

IV. WIDERSTÄNDE GEGEN DEN THATCHER-KURS UND IHRE ÜBERWINDUNG

1. DER KONFLIKT MIT DEN INNERPARTEILICHEN GEGNERN

A) THATCHERS SCHWÄCHEN

Wenn man Thatchers Zeit als Oppositionsführerin betrachtet, darf man nicht den Fehler begehen, in Kenntnis der weiteren Entwicklung allzu sehr den Auftrieb zu betonen, den die Tory-Chefin durch die Erosion der Nachkriegsordnung und das Aufkommen der „Neuen Rechten“ erhielt. Vielmehr muß man sich auch vor Augen führen, in welcher schwieriger Lage sie sich nach ihrem Überraschungserfolg im innerparteilichen Machtkampf befand. Das begann bereits damit, daß sich die weithin unbekannte, unerfahrene Parteiführerin in der Auseinandersetzung mit der Labour-Partei im Unterhaus als ernstzunehmender politischer Gegner zu erweisen hatte. Gegen Premierminister Wilson, einen rhetorisch versierten und taktisch geschickten Debattenredner, wäre diese Aufgabe niemandem leicht gefallen, zumal die Spielregeln der parlamentarischen *Question Time*, des jeden Dienstag und Donnerstag stattfindenden Rededuells zwischen Regierungschef und Oppositionsführer, den Premierminister begünstigten.¹ Thatcher tat sich im Umgang mit ihrem Kontrahenten, der sie mit einer galanten Herablassung zu behandeln pflegte, besonders schwer.² Von Thatchers späterer Dominanz und Selbstsicherheit im Umgang mit dem Parlament war zu dieser Zeit wenig zu spüren. Vielmehr wirkte sie nervös und angespannt, sorgfältig darauf bedacht, keinen Fehler zu begehen. Sie riskierte nie etwas, notierte die Labour-Politikerin Barbara Castle im August 1975 zufrieden in ihrem Tagebuch,

[she] just sits there listening to Harold with a carefully modulated look of disapproval on her face, then produces one regulation intervention per Question Time. When she is ready for this great act she starts to lean forward slightly and an atmosphere of „wait for it“ builds up behind her. When finally she rises our chaps cheer ironically. She ignores them and fires her shaft. It never completely misses but is

¹ Vgl. BRUCE-GARDYNE, Thatcher, S. 4.

² „Experienced, wily, quick thinking, armed with an excellent memory, Harold Wilson was a difficult man to beat at the despatch box“, erinnerte sich ein Anhänger Thatchers später. „Margaret, although intellectually several classes ahead of him lacked his wide experience and ability to turn a difficult question with a joke. Her strength was in the strength of her case, not in her parliamentary style“, TEBBIT, S. 144.

never (or very, very rarely) deadly. The lads behind her cheer lustily. Once again their tame bird has laid her egg.³

Thatcher fehlten zu dieser Zeit beinahe alle Eigenschaften, die einen guten Unterhausredner ausmachen: Spontaneität, Improvisationsgabe und Humor gehörten nicht zu ihren Stärken. Gegenüber dem entspannten, geistreich-ironischen Auftreten Harold Wilsons nahm sie sich oft genug wie eine Musterschülerin aus, die sich gründlich auf eine Prüfung vorbereitet hat, jedoch nicht die erhoffte gute Note erhält. Als Wilson im März 1976 zurücktrat und von Callaghan abgelöst wurde, verbesserte sich die Lage für die Tory-Chefin nur wenig. Auch der neue Premier behandelte sie von oben herab, wenn auch mit der für ihn typischen onkelhaft-freundlichen Art.⁴ Selten gelang es Thatcher, schlagfertig zu reagieren. Sie sprach ungern im Parlament und beschränkte sich auf die protokollarisch unumgänglichen Anlässe wie die *Queen's Speech* bei der jährlichen Eröffnung des Parlamentsjahres im November, die Erwiderung auf die Budgetrede des Schatzkanzlers und Entgegnungen auf Stellungnahmen des Premierministers nach internationalen Gipfeltreffen. Ansonsten überließ sie es ihren Schattenministern, für die Opposition im Parlament zu sprechen.⁵

Hinzu kam, daß es Thatcher vielfach schlicht an Kenntnissen und Routine mangelte. Ihre Kontrahenten Wilson und Callaghan blickten auf jahrzehntelange Erfahrungen in höchsten Partei- und Regierungsämtern zurück. Callaghan hatte sogar alle drei großen Ressorts, das Schatzamt, das Innen- und das Außenministerium, geleitet, bevor er Premierminister wurde. Thatcher hingegen hatte vor ihrer Wahl zur Tory-Chefin lediglich dreieinhalb Jahre an der Spitze des Bildungsministeriums gestanden, das noch dazu eher am Rande des allgemeinen politischen Interesses lag und wenig Berührungspunkte mit anderen Ressorts besaß. Obwohl sie hart arbeitete und sich gründlich auf ihre Parlamentsauftritte vorbereitete, ließ sich der Wissensvorsprung ihrer Kontrahenten nicht ohne weiteres aufholen.

Thatchers Unerfahrenheit und Unsicherheit im Unterhaus fand ihren Niederschlag in den Ergebnissen der Meinungsumfragen, in denen regelmäßig die Beliebtheit der Spitzenpolitiker eingeschätzt wurde. Nach einem

³ Tagebucheintrag vom 5. August 1975, in: CASTLE, Diaries 1974–76, S. 487. Vgl. auch die Eintragungen vom 12. Februar, 11. und 22. Juli 1975, 16. März 1976, ebd., S. 310, 448, 473, 692.

⁴ Sie werde besser verstehen, was unter Freiheit zu verstehen sei, versicherte er ihr zum Beispiel bei einem ihrer ersten Aufeinandertreffen im Parlament, „[w]hen the right hon. Lady has been Leader of the Opposition longer [...] and she will be that for a very long time“; am 8. April 1976 im Unterhaus; Hansard Vol. 909, Col. 631.

⁵ Vgl. hierzu CAMPBELL, Thatcher, S. 344. Siehe auch THATCHER, Erinnerungen, S. 339; BRUCE-GARDYNE, Thatcher, S. 4.

kurzen Höhenflug unmittelbar im Anschluß an ihre Wahl zur Tory-Chefin flaute die Begeisterung der Briten für Thatcher rasch ab. Danach dümpelten Konservative und Labour mit ähnlich geringen Zustimmungsraten dahin, wie groß die Schwierigkeiten auch sein mochten, denen sich die Regierung in den folgenden Monaten und Jahren gegenüber sah. Nur im Gefolge der IWF-Krise konnten Thatcher und die Tories für einige Monate wieder eine deutliche Führung von bis zu zwanzig Prozent in den Umfragen verzeichnen, die freilich schon im folgenden Frühjahr wieder schrumpfte. In den folgenden Monaten erzielte Callaghan stets höhere Zustimmungsraten als seine Kontrahentin, und im Herbst 1978 überholte auch seine Partei die Konservativen. Aller Imagepflege zum Trotz galt die Tory-Chefin vielen Befragten nicht nur als unerfahren und wenig souverän, sondern auch als allzu schrill, hartherzig und abgehoben von den Alltagsproblemen einfacher Leute.⁶

Die Auseinandersetzungen mit der Labour-Partei und die schwachen Ergebnisse in den Meinungsumfragen stellten keineswegs Thatchers einzige Probleme dar. Als mindestens ebenso kompliziert und konfliktträchtig erwies sich die Beziehung zu ihrer eigenen Partei, genauer gesagt: zu deren Establishment. In mancher Hinsicht war die Schwierigkeit, vor der sie stand, das Gegenstück zu den Problemen, über die ihr Vorgänger gestürzt war: Heath hatte sich zwar auf sein Schattenkabinett und die Führungsebene der Partei verlassen können, nicht jedoch auf deren Basis. Thatcher ihrerseits genoß beträchtliche Sympathien bei einfachen Mitgliedern, sah sich aber mit einer Führungsschicht konfrontiert, die ihr versteckt ablehnend bis offen feindlich gegenüberstand. „My God! The bitch has won!“, rief einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Parteiorganisation aus, als er von ihrem Sieg über Heath erfuhr.⁷ Er drückte damit aus, was weite Teile des Establishments empfanden. Die Partei habe den Verstand verloren, meinte Reginald Maudling am Wahltag. „This is a black day.“⁸ Er fand die neue Parteichefin unmöglich im Umgang, unerträglich anmaßend und engstirnig. „God help us“, seufzte er hinter vorgehaltener Hand.⁹ Die meisten anderen Mitglieder des Schattenkabinetts sahen das ähnlich. Er erinnere sich noch genau an dessen erste Zusammenkunft nach Thatchers Wahlsieg, erklärte ein Beteiligter, „an die langen Gesichter und wie die Leute in den Raum gestolpert

⁶ Siehe DAVID BUTLER und DENNIS KAVANAGH, *The General Election of 1979*, London 1979; CAMPBELL, Thatcher, S. 318.

⁷ Zit. nach RANELAGH, S. IX.

⁸ Zit. nach BAKER, S. 44.

⁹ So etwa gegenüber Julian Critchley; vgl. CRITCHLEY, Bag, S. 148.

kamen [...] Es herrschte das niederschmetternde Gefühl vor, die Konservative Partei sei geradewegs in eine Katastrophe geschlittert.“¹⁰

Die neue Parteichefin war sich der Ablehnung, die ihr viele Angehörige der Führungsriege entgegenbrachten, vollauf bewußt. Sie habe kein Mitleid mit ihnen verspürt, erinnerte sie sich später an ihre Gefühle nach dem Sieg im ersten Wahlgang. Als sie wenige Tage später, nach dem zweiten Wahlgang, der Parteizentrale einen Antrittsbesuch abstattete, sei ihr durch den Kopf geschossen, „wie sehr einige Leute dort alles daran gesetzt hatten zu verhindern, daß ich die Führung übernahm“.¹¹ Dennoch fühlte sie sich zu schwach, besaß zu wenig Gefolgsleute von ausreichendem politischen Format, um die Führungsebene nach ihren eigenen Vorstellungen vollständig umzugestalten. Außerdem war sie der Ansicht, nach „dem erbitterten Ringen mit Ted“ brauche man „Kontinuität, um die Partei zusammenzuhalten“.¹² Sie veränderte das Schattenkabinett nur auf wenigen Positionen. Lediglich einige der exponiertesten Anhänger ihres Vorgängers wie Peter Walker, Robert Carr und Nicholas Scott verloren ihre Posten; zwei weitere, Peter Thomas und Geoffrey Rippon, erklärten von sich aus, sie stünden unter den veränderten Umständen nicht mehr zur Verfügung. Heaths übrige Gefolgsleute blieben in einflußreichen Stellungen: Gilmour als Schattensprecher für Inneres, Prior für Arbeit und Whitelaw als stellvertretender Parteiführer. Selbst einige Politiker, die Thatcher neu berief, gehörten, wie der neue Schattenaußenminister Maudling, eher in das Lager ihrer innerparteilichen Gegner – und zu jener gesellschaftlichen Oberschicht, die sie stets mit einer Mischung aus Neid, Bewunderung und Verachtung betrachtete. Ironischerweise zählten mehr Absolventen elitärer Privatschulen zu Thatchers Schattenkabinett als zu demjenigen ihres Vorgängers.¹³

Umgekehrt nahm sie anfangs keinen der Kritiker des Heath-Kurses in ihr Team auf, weder Ridley noch Nott oder Biffen erhielten einen Posten im Schattenkabinett.¹⁴ Auch das Verhältnis der Tories zu Powell, dessen wirtschaftspolitische Ansichten sie doch zur Leitlinie konservativer Politik erheben wollte, verbesserte sich unter ihrer Führung zunächst nicht. Sie selbst stellte sich auf den Standpunkt, Powell habe seine Partei verraten und könne daher nicht damit rechnen, wieder eine prominente Rolle bei den Konser-

¹⁰ Zit. nach WAPSHOTT und BROCK, S. 201.

¹¹ THATCHER, Erinnerungen, S. 331, 334.

¹² Ebd., S. 337.

¹³ Vgl. RAMSDEN, *Winds of Change*, S. 455.

¹⁴ John Biffen berief sie erst ein Jahr später als Schattenenergieminister in ihre Mannschaft.

vativen spielen zu dürfen.¹⁵ Thatchers Auswahl ihres Schattenkabinetts war keine Kampfansage, sondern ein Friedensangebot. Sie wollte signalisieren, daß sie sich bemühte, ihre Partei zu einen und Gräben zu überwinden.¹⁶ Ein geschlossenes, schlagkräftiges Team schuf sie auf diese Weise nicht. Sie sei sich bewußt gewesen, schrieb sie später, „daß ich von Einigkeit nicht ausgehen konnte – auch nicht in Grundprinzipien“.¹⁷

Besonders kompliziert blieb die Beziehung zu ihrem Vorgänger, den seine überraschende Abwahl hart getroffen hatte. „They are absolutely mad to get rid of me, absolutely mad“, tobte Heath, als er von seiner Niederlage erfuhr.¹⁸ In seinen Augen war die Kür Thatchers zur Parteichefin eine unverständliche Verirrung, die nur auf eine vorübergehende geistige Umnachtung seiner Fraktionskollegen zurückzuführen sein konnte. Den Worten seines damaligen Parlamentarischen Privatsekretärs Kenneth Baker zufolge sah der abgelöste Tory-Chef in seiner Nachfolgerin nichts anderes als „a temporary bird of passage“.¹⁹ Thatcher ihrerseits verspürte wenig Neigung, Heath in ihr Schattenkabinett aufzunehmen. Gleichzeitig fürchtete sie jedoch, den Grollenden zusätzlich vor den Kopf zu stoßen, und entschloß sich daher, ihn persönlich aufzusuchen. Später schrieb sie über das Treffen:

Ted saß am Schreibtisch. Er stand nicht auf; ich setzte mich unaufgefordert. Es war sinnlos, sich lange bei Vorreden aufzuhalten. Was er von den jüngsten Ereignissen und von mir hielt, war unschwer zu erraten. Ohne ihm einen bestimmten Posten anzubieten, fragte ich ihn, ob er dem Schattenkabinett beitreten würde. Er sagte nein, er bleibe auf den Hinterbänken. Damit war im Grunde alles gesagt. Ich hatte kein Verlangen, das Beisammensein zu verlängern.²⁰

¹⁵ Powell seinerseits erwiderte, er habe gar kein Interesse an einer Zusammenarbeit. Denn erstens sei er kein Mitglied der Partei mehr, „and, secondly, until the Conservative party has worked back a very long way it will not be rejoining me“; zit. nach HEFFER, S. 747. Thatchers Sieg über Heath kommentierte er mit der boshaften Bemerkung, wenn man jemanden suche, der in den Schmutz getretene Grundsätze wieder aufrichte, suche man ihn doch nicht unter denjenigen, die mitgetrampelt hätten; vgl. THATCHER, Erinnerungen, S. 235. Zum gespannten Verhältnis zwischen Thatcher und Powell vgl. auch *The Times*, 14. Januar 1976.

¹⁶ Einige von Thatchers Beratern hielten die Zurückhaltung für einen Fehler, der in ihren Augen zeigte, daß die Parteiführerin zu diesem Zeitpunkt selbst glaubte, sie sei nur durch Zufall an die Parteispitze gelangt und daher nicht berechtigt, frei zu schalten und zu walten; so etwa COSGRAVE, *First Term*, S. 34.

¹⁷ THATCHER, Erinnerungen, S. 347.

¹⁸ So jedenfalls der Labour-Fraktionschef Cledwyn Hughes gegenüber seinem Parteifreund Tony Benn; siehe Tagebucheintrag vom 18. Februar 1975, in: BENN, *Tide*, S. 319.

¹⁹ BAKER, S. 45.

²⁰ THATCHER, Erinnerungen, S. 338.

In Heaths Erinnerung nimmt sich der Ablauf des Treffens ein wenig anders aus. Er habe, schreibt er in seinen Memoiren, am Morgen nach dem Wahlsieg eine Nachricht an seine Nachfolgerin geschickt, in der es hieß, „that I had decided that I did not wish to join the Shadow Cabinet for the time being“. Es habe ihn daher sehr überrascht, daß Thatcher wenig später plötzlich in seiner Wohnung aufgetaucht sei. In dem anschließenden Gespräch habe er ihr gratuliert, und sie habe ihn um Rat gebeten, wie sie sich der Presse gegenüber verhalten, wie sie insbesondere die wöchentliche Pressekonferenz im Unterhaus gestalten solle. Zu keiner Zeit aber, so Heath, „did she invite me to become a member of the Shadow Cabinet or to play any part on her front bench.“²¹ Da außer den beiden Beteiligten und Heaths Privatsekretär Tim Kitson niemand an dem Gespräch teilnahm, wird sich sein Ablauf nie genau rekonstruieren lassen. Allen Widersprüchen zum Trotz sind die wichtigsten Tatsachen jedoch unbestritten: Das Klima zwischen den beiden Politikern war inzwischen so eisig geworden, daß keiner mehr als nötig mit dem anderen zu tun haben mochte. Thatcher gab später offen zu, sie habe insgeheim gehofft, „daß er mein Angebot ausschlagen würde“.²² Heath wiederum verhehlte nicht, daß für ihn ein Eintritt ins Schattenkabinett nicht in Betracht kam. „I felt both disillusioned towards the party and apprehensive about the future of our country“, schrieb er später. „All of my hard work and achievements were threatened, and I had to work out in my own mind what role I could establish for myself in the years ahead.“²³

Die Rolle, die er schließlich wählte, ähnelte derjenigen Charles de Gaulles in Colombey-les-deux-Églises – mit dem Unterschied, daß sich Heaths Exil nicht in der Provinz befand, sondern im Herzen der Hauptstadt. „I’m in reserve“²⁴, ließ er wissen und verfolgte das politische Geschehen von seinem neuen Sitzplatz auf den konservativen Hinterbänken aus zunächst mit grimmigem Schweigen, schon bald aber auch mit spitzen Bemerkungen in Richtung seiner Nachfolgerin. Im April 1975 warnte er auf einer Konferenz der konservativen Jugend vor einem Rechtsruck seiner Partei.²⁵ Auf vielen Politikfeldern, so gab er mehrfach zu verstehen, vertrat er Ansichten, die sich von Thatchers Position grundlegend unterschieden: Er begrüßte größere Autonomierechte für Wales und Schottland, sie war dagegen; er be-

²¹ HEATH, Course, S. 536–7.

²² THATCHER, Erinnerungen, S. 337.

²³ HEATH, Course, S. 537–8.

²⁴ Das Zitat wird überliefert von Tony Benn, der sich auf Cledwyn Hughes beruft; siehe Tagebucheintrag vom 18. Februar 1975, in: BENN, Tide, S. 319.

²⁵ Vgl. *The Times*, 6. April 1975.

tonte die Notwendigkeit einer Lohnpolitik, sie deren Gefahren; er war ein enthusiastischer Befürworter der europäischen Integration, sie zu diesem Zeitpunkt allenfalls eine lustlose Mitläuferin.²⁶ Mit sichtlichem Behagen beobachtete Heath, wie seine öffentlichen Stellungnahmen in Reden und Interviews seine Nachfolgerin in eine Verlegenheit nach der anderen stürzten. „I think“, schrieb ihm 1976 sein ehemaliger Parlamentarischer Privatsekretär Douglas Hurd, „you have quite enjoyed being a volcano on the edge of the plain, watching the tribesmen scurry about when you erupt“.²⁷ Tatsächlich stellten Heaths Ausbrüche für die Tory-Chefin eine große Gefahr dar. Es gelang ihm, sich auf diese Weise als eigenständige politische Größe und als potentielle Alternative im Gespräch zu halten.²⁸

Viele fragten sich, ob Thatcher ihr erstes Jahr als Oppositionsführerin überstehen würde. „The lady will not do“, prophezeite der Führer der Liberalen Partei Jeremy Thorpe im Sommer 1975.²⁹ Wenig später sammelten sich prominente Thatcher-Gegner, unter ihnen Peter Walker und Robert Carr, in der sogenannten *Tory Reform Group*, deren Ziel es war, die Partei wieder auf den Pfad einer gemäßigten, pragmatischen Politik der Mitte zurückzuführen. Thatcher betrachtete man als „an unfortunate although possibly necessary interlude“, wie ein Mitglied der Gruppe es formulierte, „which allows the party to get the bile out of its system before – regrettably after another election defeat first – it can settle back into a normal orthodox pattern once more.“³⁰ Etwa zur gleichen Zeit konnte man in diversen Zei-

²⁶ Vgl. hierzu THATCHER, Erinnerungen, S. 386, 396–8, 487; HEATH, Course, S. 546, 564–7, 570. Vgl. auch *The Times*, 18. November 1976 (über Devolution) und vom 20. Oktober 1978 (über Lohnpolitik).

²⁷ Zit. bei HEATH, Course, S. 552.

²⁸ In seinen gelegentlichen Debattenbeiträgen im Unterhaus grenzte er sich gewöhnlich von der Linie seiner eigenen Partei ebenso ab wie von der Labour-Regierung. Nach einem dieser Auftritte, bei dem sich Heath gegen die Wirtschaftspolitik Wilsons ausgesprochen, aber auch die Rezepte der Oppositionsführerin abgelehnt hatte, vermerkte Barbara Castle in ihrem Tagebuch: „Margaret sat with her air of knowing primness, immaculately groomed as usual, in a new dress. The general view was that she flopped yesterday. [...] Later the House was buzzing with excitement about Ted Heath's speech – by common agreement the best he ever made. Apparently it made Margaret look like a tinny amateur and speculation began to circulate as to whether she could survive“; Tagebucheintrag vom 22. Juli 1975, in: CASTLE, Diaries 1974–76, S. 473.

²⁹ Zit. nach Tagebucheintrag vom 11. Juli 1975, ebd., S. 458.

³⁰ Die *Tory Reform Group* war ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen des linken Flügels der konservativen Partei – darunter „PEST“ (Pressure for Economic and Social Toryism), die Iain Macleod Group und „STAG“ (Social Tory Action Group); vgl. NORTON und AUGHEY, S. 236–7; PATRICK SEYD, Factionalism in the 1970s, in: LAYTON-HENRY (Hrsg.), S. 239. Die Äußerung des anonymen Mitglieds der Gruppe ist zit. nach CAMPBELL, Thatcher, S. 317.

tungen lesen, die Tory-Partei werde die neue Parteiführerin nicht lange an ihrer Spitze dulden. Sie sei eine Übergangsfigur, eine Zwischenlösung bis zu den nächsten Wahlen.³¹ Auf die eine oder andere Weise werde man sich ihrer entledigen und dann zum normalen Gang der Dinge zurückkehren, glaubten viele Konservative. „In the better class of political dining-room she rapidly became an object of derision“, schrieb einer ihrer Anhänger später, „and the speculation turned around the identity of her successor when she had lost the next election. Members of her Shadow Cabinet indulged in analyses of her character as the port was circulating.“³² Manche Angehörige des Parteiestablishments bezweifelten sogar, daß man bis zu den nächsten Wahlen warten müsse. „She'll be gone by Christmas“, lautete eine oft geäußerte Vermutung, „and after Christmas sanity will return and we'll have Willie Whitelaw, and all will be well“.³³ Auch als Weihnachten verstrich und Thatcher weiterhin an der Spitze der Partei stand, erschien vielen Beobachtern ihre Aussichten, jemals Premierministerin zu werden, fragwürdig. Die Labour-Politikerin Shirley Williams glaubte im Sommer 1976 immer noch, „[that] Mrs Thatcher would be out by the end of the year, that the Tories would simply not accept her“.³⁴ Wenn Labour-Abgeordnete ihre konservativen Kollegen fragten, ob Thatcher nach einer Wahlniederlage gestürzt werden würde, antworteten diese gutgelaunt: Oh ja, wir sind viel weniger großzügig als ihr.³⁵ Selbst im *Spectator* konnte man lesen, Thatcher habe bislang als Parteiführerin keine nennenswerten Spuren hinterlassen, „and such impact as she has made has been, on the whole, rather unfortunate“.³⁶

³¹ „Even if she wins an Election“, erklärten Freunde von Heath in privaten Gesprächen, „there will be a coup d'état between the Election and the formation of the government and someone else will be Prime Minister“; so Sandy Much, ehemaliger Präsident der schottischen Konservativen zu Tony Benn: Tagebucheintrag vom 16. Juli 1975, in: BENN, Tide, S. 420.

³² BRUCE-GARDYNE, Thatcher, S. 4.

³³ Zit. nach RANELAGH, S. 157; vgl. auch THATCHER, Erinnerungen, S. 397.

³⁴ So jedenfalls Tony Benn: Tagebucheintrag vom 11. Juni 1976, in: BENN, Tide, S. 579.

³⁵ So der Tory-Abgeordnete William van Straubenzee zu Tony Benn: Tagebucheintrag vom 20. Juli 1977, in: BENN, Conflict, S. 196–7. Die Tory-Chefin selbst sah das genauso. Sie war überzeugt, ihre Partei werde ihr höchstens eine Gelegenheit geben, eine Unterhauswahl zu gewinnen. „I'll only be given the chance to win or lose one“, sagte sie in einem Interview im Februar 1979. „If we win, I'll have a chance of another“; siehe *The Observer*, 18. Februar 1979.

³⁶ *Spectator*, 19. Juni 1976, S. 4.

B) DIE WELTSICHT DER GEMÄSSIGTEN KONSERVATIVEN

Die Auseinandersetzung zwischen Thatcher und weiten Teilen des Tory-Establishments hing nur zum Teil mit persönlichen Animositäten, enttäuschten Hoffnungen und unvereinbaren Temperamenten der Protagonisten zusammen. Vor allem wurzelte der Konflikt in grundverschiedenen Auffassungen vom Wesen, den Aufgaben und der Tradition der Konservativen Partei. Thatcher und ihre Anhänger sahen die Bestimmung der Partei darin, mit Überzeugungskraft und Willensstärke einen anti-sozialistischen Feldzug für Individualismus, Freiheit und Marktwirtschaft zu führen. Ihre innerparteilichen Opponenten dagegen hielten Mäßigung, Flexibilität und Pragmatismus für die Wesensmerkmale des britischen Konservatismus. Sie selbst bezeichneten sich als *moderates*, von Thatchers Parteigängern wurden sie bald als *wets* verunglimpft.³⁷ Wie immer man sie auch nennen mochte, die meisten Gegner Thatchers fühlten sich nicht nur als Angehörige einer bestimmten sozialen Gruppe, sie verfügten auch über eine gemeinsame Weltsicht, die sich fundamental von derjenigen ihrer neuen Parteichefin unterschied. Sie sahen sich als Vertreter der ganzen Nation, nicht einzelner Klassen und hielten den harmonischen Ausgleich divergierender Interessen für die wichtigste Aufgabe der Politik. Das Wohlergehen der Nation und die Kontinuität des Staates erklärten sie zur Leitlinie konservativer Politik. Ideologien und politische Weltanschauungen traten demgegenüber in den Hintergrund. Sie konnten, ja sie mußten je nach Bedarf gewechselt, der Realität angepaßt werden.³⁸

Die *moderates* warfen ihrer neuen Parteiführerin vor, die traditionellen Grundwerte der Partei aufzugeben und eine Ideologie, nämlich den Wirtschaftsliberalismus, an ihre Stelle zu setzen. Damit unterscheide sie sich letztlich kaum von den Sozialisten, die ebenfalls ihrem Glauben an ökonomische Gesetzmäßigkeiten alles andere unterordneten. „Political ideology, be it laissez-faire capitalism or state Socialism, is at best irrelevant to our needs, and at worst positively dangerous to our wellbeing as a nation“, konstatierte der Unterhausabgeordnete David Knox, ein aus der Organisation

³⁷ Der Ausdruck läßt sich im Deutschen mit „Waschlappen“ oder „Weichei“ nur sehr unzureichend wiedergeben. Er stammt aus dem Wortschatz von Schuljungen und bezeichnet einen jämmerlichen Feigling, der es nicht wagt, etwas Unartiges zu tun. „The zenith of wetness“, so Nicholas Ridley in seinen Erinnerungen, „is when somebody is described as ‚so wet you could shoot snipe off him‘“; RIDLEY, S. 173. Vgl. LAWSON, S. 27.

³⁸ „Conservatism is not so much a philosophy as an attitude“, hatte Hailsham schon in den fünfziger Jahren in seinem einflußreichen Buch „The Conservative Case“ geschrieben; LORD HAILSHAM (ehemals: QUINTIN HOGG), *The Conservative Case*, überarb. Aufl. London 1959, S. 15–6.

der Jungkonservativen hervorgegangener Wortführer der *moderates*, in einer Rede vor der *Tory-Reform Group*. „Indeed, throughout history, more evil has been perpetrated in the name of political ideology than almost any other reason.“³⁹ Douglas Hurd, ehemals einer der engsten Mitarbeiter von Heath, stellte in deutlicher Anspielung auf Thatcher fest, Großbritannien könne nicht dogmatisch oder allein mit Willensstärke regiert werden. Wie wohlbegründet das Dogma, wie stark der Wille auch sein möge, das Land könne man nur lenken, indem man auf ganz unterschiedliche Ansichten und Einstellungen Rücksicht nehme, sie gelten lasse und einbinde.⁴⁰ Peter Walker, ein anderer Vertrauter des alten Parteichefs, betonte, daß die Tories niemals eine extreme Partei gewesen seien, sondern sich stets bemüht hätten, den Mittelweg zu finden, der allein die Einheit der Nation gewährleiste.⁴¹ Wenn die „Neue Rechte“ Friedman und von Hayek für sich entdeckte, schrieb William Waldegrave, ein anderer Vertrauter Heaths, finde sie nicht den wahren Konservatismus wieder, sondern den wahren Liberalismus.

[T]o maintain that the Conservative tradition [...] is nothing without a belief in a primary role for the community and a decisive role for the state [...] and above all to remind Conservatives that no single intellectual system, learned from books, can match the subtlety of a society made up of relationships of millions of people grouped in myriads of communities“⁴²

Knox', Hurds, Walkers und Waldegraves Kritik kam von den Hinterbänken der Tory-Fraktion im Unterhaus und war für Thatcher zwar unangenehm, aber nicht gefährlich. Bedrohlich wurde sie erst durch den Umstand, daß die Unzufriedenen über wichtige Gesinnungsgenossen innerhalb des Schattenkabinetts verfügten, die nicht zögerten, ihre Ansichten ebenfalls öffentlich vorzutragen. Ian Gilmour etwa, im Schattenkabinett zunächst Sprecher für Inneres, später für Verteidigung, publizierte 1977 unter dem Titel *Inside Right* sein politisches Glaubensbekenntnis, in dem er, ohne die Parteichefin ausdrücklich beim Namen zu nennen, hart mit dem Thatcher-Kurs ins Gericht ging. Anders als für Sozialisten, schrieb Gilmour, gebe es für Konservative weder ein zukünftiges Utopia noch ein untergegangenes Goldenes Zeitalter, auf das sie ihre Politik ausrichteten. „Similarly, there is no discer-

³⁹ Am 14. Mai 1977 vor der Tory Reform Group, zit. nach TREVOR RUSSEL, *The Tory Party. Its Policies, Divisions and Future*, Harmondsworth 1978, S. 163.

⁴⁰ DOUGLAS HURD, *An End to Promises. Sketch of a Government*, London 1979, S. 140.

⁴¹ „The tradition of the Tory Party is not that of a doctrine of left or right, but it is an essentially pragmatic approach to the problems facing the nation“; am 20. September 1975 vor der Tory Reform Group; zit. nach RUSSEL, S. 163.

⁴² WILLIAM WALDEGRAVE, *The Binding of Leviathan: Conservatism and the Future*, London 1978, S. 46.

nible fixed or ‚golden‘ policy to which the Conservative Party could or should return“, fügte er mit einem Seitenhieb auf Thatchers Vorliebe für das viktorianische Zeitalter hinzu. Daher dürfe man von konservativer Politik auch keine ideologische oder programmatische Konsistenz erwarten. Harmonie, nicht Gleichklang sei das Ziel der Tories. Die Konservative Partei sei in ihrer Geschichte immer stärker an der Kontinuität des Staates interessiert gewesen als an der Kontinuität ihrer eigenen Politik. Kein britischer Konservativer habe jemals ein geschlossenes Gesellschaftsbild, geschweige denn eine Ideologie hervorgebracht. Diese Ablehnung gegenüber einem Denken in Systemen beruhe darauf, daß praktische Erfahrung gelehrt habe, welchen Schaden politische Systeme schon angerichtet hätten. Für jeden Versuch, ein derartiges System zu verwirklichen, müsse man letztlich auf Gewalt und Diktatur zurückgreifen. Statt dessen komme es darauf an, flexibel auf die ständige Veränderung der Gesellschaft zu reagieren. „[T]hroughout the economic and political field, conservatives see that the facts change, and they believe that theories and policies should change with them.“ Aus diesem Grunde lehnten sie den Wirtschaftsliberalismus à la Hayek ab: „Liberalism is Conservatism dogmatized, and therefore distorted.“⁴³ Für Gilmour waren die Begriffe „Ideologie“ und „Klasse“ untrennbar miteinander verbunden. Daher konnten die Tories seiner Ansicht nach nur dann eine wahrhaft nationale Partei bleiben, wenn sie „free from ideological infection“ blieben. Das hieß, sie mußten Skepsis, Flexibilität und Anpassungsbereitschaft über sture Prinzipientreue stellen.⁴⁴

Thatcher und ihre Gefolgsleute bestritten die Bedeutung der konservativen Traditionen für ihre Partei nicht. Sie hatten freilich ganz andere Vorstellungen von ihr als die *moderates*. Ihrem Geschichtsverständnis nach war das keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Denken der Nachkriegszeit eine verhängnisvolle Abkehr von konservativen Prinzipien, den Wirtschaftsliberalismus hingegen sahen sie als wesentlichen, wenn nicht sogar wichtigsten Bestandteil der Parteihistorie.⁴⁵ Für gemäßigte Tories stellte sich die Geschichte des britischen Konservatismus genau umgekehrt dar. Im wirt-

⁴³ GILMOUR, Right, S. 37, 39, 111–7.

⁴⁴ Der Konservatismus britischer Prägung ließ sich für Gilmour nur negativ definieren: „British Conservatism [...] is not an ‚-ism‘. It is not an idea. Still less is it a system of ideas. It cannot be formulated in a series of propositions, which can be aggregated into a creed. It is not an ideology or a doctrine. It is too much bound up with British history and with the Conservative Party“; GILMOUR, Right, S. 121.

⁴⁵ Siehe etwa COLERAINE, Conservatives; BLAKE, Conservatism. In diesem Sinne auch WILLIAM HAROLD GREENLEAF, The British Political Tradition, Bd. 2: The Ideological Inheritance, London 1983, S. 193–4.

schaftsliberalen Erbe des 19. Jahrhunderts erblickten sie lediglich einen Teil – und nicht einmal den wichtigsten – der Parteigeschichte.⁴⁶ Thatcher und ihre Anhänger, die an diesen Traditionsstrang anknüpfen wollten, repräsentierten die dunkle Seite der Parteigeschichte. Sie verkörperten jene Reaktionsäre, „whose grip on the levers of power has usually been short-lived, and whose control over the Tory Party’s thinking has been steadily and inevitably diminishing since the war.“⁴⁷ Die pragmatische Reformpolitik der Nachkriegszeit unter Macmillan, Home und später auch Heath setze hingegen die ideologiefreudliche, skeptisch-mäßvolle Traditionslinie des wahren Toryismus fort, die 1846 mit der Abschaffung der *Corn Laws* durch Peel begonnen habe, über Disraelis Wahlrechtsreform von 1867, Baldwins und Chamberlains sozialreformerische Ansätze der dreißiger Jahre bis hin zu Churchills Kooperation mit der Labour-Partei in der Kriegskoalition reiche.⁴⁸

Als wichtigster historischer Bezugspunkt galt den gemäßigten Konservativen Benjamin Disraeli. Er symbolisierte für sie die Transformation der Tories zur *national party*, zur einzigen wahrhaft patriotischen Partei, die – über den Einzelinteressen der verschiedenen Gruppen und Klassen stehend – das Wohl der gesamten Nation im Auge hatte. Eng damit verbunden war die Idee einer Politik der nationalen Einheit, die Klassengegensätze dadurch überwand, daß sie das Los der Ärmsten zu verbessern half.⁴⁹ Disraelis Wirken verdeutliche, so Walker, daß Verantwortung das zentrale Konzept des Konservatismus sei und daß Interventionen des Staates notwendig seien, um das Leid zu mildern, das von ungeplanter Industrialisierung verursacht werde. Disraeli sei „the antidote to the other two dominant philosophies of our time: the naive optimism of the Liberals and the hate-filled pessimism of Marx“.⁵⁰

Der zweite wichtige Gewährsmann der *moderates* in der konservativen Parteigeschichte war Harold Macmillan, in dem seine Anhänger den Disraeli des 20. Jahrhunderts erblickten. Der Mittelweg zwischen laissez-faire-Kapitalismus und Sozialismus, den jener 1938 in seinem Buch *The Middle*

⁴⁶ Ian Gilmour am 30. Januar 1975 in Amersham, zit. in: RUSSEL, S. 164.

⁴⁷ Ebd., S. 167.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 11.

⁴⁹ Disraeli sei der erste gewesen, erklärte Knox 1977, „who enunciated one of the principles of the Party as being to elevate the condition of the people and so to create One Nation. And this principle has been the basis of Conservative politics and has motivated Conservative Statesmen ever since“; David Knox am 14. Mai 1977 vor der Tory Reform Group; zit. nach ebd., S. 163.

⁵⁰ PETER WALKER, *The Ascent of Britain*, London 1977, S. 35–6.

Way skizziert hatte, erschien ihnen als hellsichtige Vorwegnahme der *mixed economy* und des Keynesianismus, die nach 1945 verwirklicht wurden. Er galt ihnen zusammen mit Keynes als Begründer der reformierten marktwirtschaftlichen Gesellschaft der Gegenwart, die Disraelis Traum der *one nation* in die Realität umgesetzt habe. Zitate aus *The Middle Way* standen bei Thatchers Gegnern entsprechend hoch im Kurs. „[I]f capitalism had been conducted all along“, konnte man dort etwa lesen, „as if the theory of private enterprise were a matter of principle (and all intervention by the state had been resisted) we should have had civil war long ago.“⁵¹ Diese Analyse hatte in den Augen der *wets* in vierzig Jahren nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt. Auch Macmillans Verhalten als Regierungschef zwischen 1957 und 1963 erschien ihnen immer noch als Vorbild für aktuelle Entscheidungen. „When faced with a choice between laissez-faire and a policy of growth“, schrieb Walker 1977, „[Macmillan] came down unhesitatingly on the side of full employment and growth. [...] His policies really did represent a middle way in that they secured the benefits of individualism without the burden of mass unemployment.“⁵²

Heath und seine Anhänger versuchten nach Thatchers innerparteilichem Wahlsieg, die konservative Regierung der Jahre 1970 bis 1974 in diese Traditionslinie einzufügen, indem sie sich von den marktwirtschaftlichen Reformversuchen der beiden ersten Regierungsjahre distanzieren. Diese seien der schlechteste Teil der Regierungszeit gewesen, erklärten sie im Rückblick.⁵³ In Wahrheit habe man sich immer dem wirtschafts- und sozialpolitischen Konsens der Nachkriegszeit verpflichtet gefühlt, „in which the basic goal of economic policy was full employment“.⁵⁴ Der abgewählte Parteichef selbst machte unmißverständlich deutlich, in welcher Tradition er sich sah. Die Briten seien ein gemäßigtes und gerechtigkeitsliebendes Volk, erklärte er auf einer Wahlkampfveranstaltung im Juli 1978.

After the last four and a half years they want to see a government that reflects this attitude and cares about the future. This is the tradition of the Conservative governments in which I have served under Churchill, Eden, Macmillan and Home. It was the purpose of the government over which I presided and in which Mrs Thatcher

⁵¹ HAROLD MACMILLAN, *The Middle Way. A Study of the Problem of Economic and Social Progress in a Free and Democratic Society*, London 1938, S. 110. Zit. etwa bei GILMOUR, *Right*, S. 168.

⁵² WALKER, *Ascent*, S. 25, 28. Vgl. auch Walkers „Iain Macleod Memorial Lecture“ vom 14. September 1978, der er den bezeichnenden Titel „The Middle Way Forty Years On“ gegeben hatte; abgedruckt in: DERS., *Trust*, S. 35–46.

⁵³ David Knox zit. nach HOLMES, *Failure*, S. 49.

⁵⁴ PRIOR, S. 71.

and many of those now on the opposition front bench were ministers. I want to see the British people again represented in this way.⁵⁵

Die deutliche Distanzierung von dieser Tradition, die Thatcher und Joseph erkennen ließen, hielten die gemäßigten Konservativen für moralisch verwerflich und politisch verheerend. „They want to destroy the past“, fürchtete Michael Wolff, ein wichtiger Berater von Heath.⁵⁶ Gilmour warnte davor, die Parteigeschichte der zurückliegenden dreißig Jahre als Abkehr vom Pfad der Tugend zu verteufeln. Zum einen behauptete man damit implizit, daß Churchill, Eden, Macmillan, Butler, Douglas-Home, Heath und Macleod allesamt entweder töricht oder zumindest keine echten Tories gewesen seien. Außerdem müsse man sich aus wahltaktischen Gründen davor hüten, angebliche Irrtümer der Vergangenheit allzu sehr hervorzuheben. „If [a party] has been so wrong in the past, why should people flock to support it in the future?“ Drittens schließlich sei es für eine ideologie-feindliche, pragmatische, vor allem auf ihre Regierungserfolge stolze Partei wie die britischen Konservativen besonders gefährlich zuzugeben, daß man sich seit 1945 permanent geirrt habe.⁵⁷

Die *moderates* waren überzeugt, die Tradition des wahren Toryismus zu verteidigen, wenn sie am wirtschafts- und sozialpolitischen Status quo der Nachkriegszeit festhielten. Marktwirtschaft und staatliche Interventionen in die Wirtschaft schlossen sich für sie nicht aus.⁵⁸ Das Erbe des Manchesterkapitalismus, den die Nachkriegskonservativen weniger mit dem viktorianischen Zeitalter als mit der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre identifizierten, wollten sie jedenfalls nicht antreten. „We are not the party of unbridled, brutal capitalism“, erklärte Eden Mitte der fünfziger Jahre, „we are not the political children of the *laissez-faire* school. We opposed them decade after decade.“⁵⁹ Statt dessen glaubten die gemäßigten Konservativen, ähnlich wie die britischen Sozialdemokraten, im keynesianischen Wohlfahrtsstaat die Lösung der meisten ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der Vergangenheit gefunden zu haben. Macmillans Popularität rührte nicht zuletzt daher, daß er für viele die – im Rückblick häufig verklärte – Überflußgesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre verkörperte, die auch Arbei-

⁵⁵ Am 5. Juli 1978 in Penistone; zit. nach HEATH, Course, S. 568.

⁵⁶ Zit. nach COSGRAVE, First Term, S. 9.

⁵⁷ Siehe GILMOUR, Right, S. 12.

⁵⁸ „Modern Conservatism“, schrieb Quintin Hogg 1947, „inherits the traditions of Toryism which are favourable to the activity and authority of the state“; QUINTIN HOGG (später: LORD HAILSHAM), The Case for Conservatism, London 1947, S. 294.

⁵⁹ ANTHONY EDEN, The New Conservatism, London 1955, S. 11–2.

tern Waschmaschinen, Fernsehgeräte und Ferienreisen nach Spanien beschert und auf diese Weise geholfen habe, Klassengegensätze aufzulösen.

Der keynesianische Konsens der fünfziger und sechziger Jahre fügte sich, so betrachtet, bruchlos in die Tradition des *one nation*-Konservatismus ein. „[T]he consensus“, schrieb Gilmour, „was founded upon making capitalism work, not upon destroying it. Seemingly, therefore, it was rather more of a Tory than a socialist consensus.“ Der reine Kapitalismus hingegen sei im Lande nicht sehr viel beliebter als der pure Sozialismus.⁶⁰ Heath formulierte seine Vorbehalte gegenüber einem ungebändigten Kapitalismus in einer Rede in Rom im November 1975 ganz ähnlich: „[P]rivate enterprise can hardly be said to enjoy the positive and enthusiastic backing of the majority of the British people. Instead they seem to view it with a profound indifference.“ Ein Grund hierfür liege darin, erklärte er mit einem Seitenhieb auf Thatcher, „[that] the case of private enterprise is put so stridently that it comes across as a defence of the rather crude values of early capitalism“. Der Frühkapitalismus aber habe sich durch die Rücksichtslosigkeit des Gewinnstrebens ausgezeichnet, mit der man bei der Jagd nach möglichst raschen und großen Profiten alle anderen Werte mit Füßen getreten habe. Das Fundament des Frühkapitalismus sei soziale Ungleichheit gewesen, so Heath. „The prosperity of the few depended on the poverty of the many. This concept of capitalism is hardly likely to have a wide popular appeal with a mass and mature electorate.“ Heutzutage seien die Menschen nicht mehr bereit, Arbeitslosigkeit als gottgewolltes Übel einfach hinzunehmen; sie würden politischen Erfolg nicht mehr nur anhand von Wirtschaftsdaten messen. Die Werte des Frühkapitalismus seien inzwischen durch die Forderung nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit für alle ersetzt worden.⁶¹

Für Heath und andere gemäßigte Konservative waren Marktwirtschaft und Gewinnstreben „tools to be used for the good of all individuals in society“, wie es in einer Broschüre der *Young Conservatives* aus dem Jahr 1973 hieß. Weil das freie Spiel der Marktkräfte nicht automatisch zu größerem Wohlstand für alle führe, hieß es dort weiter, müsse die Macht der Wirtschaft gebündelt, vom Staat eingegrenzt und zielgerichtet gesteuert werden.⁶² Das bedeutete, daß es Aufgabe des Staates war, bei der Steuerung der Volkswirtschaft eine aktive Rolle zu spielen, sei es direkt durch die Leitung

⁶⁰ GILMOUR, Right, S. 20, 131.

⁶¹ Am 21. November 1975 bei der Konferenz über die „Zukunft des Kapitalismus“ in Rom, News Service 971/75, S. 2.

⁶² „Something Old, Something New, Something Borrowed, Mostly Blue“, Greater London Young Conservatives Pamphlet, October 1973, zit. nach RUSSEL, S. 22.

von Staatsbetrieben oder durch gesetzliche Vorgaben – etwa in Form einer Lohnpolitik –, sei es indirekt durch Vermittlung im Fall von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.⁶³ Planung sei durchaus mit marktwirtschaftlichen Prinzipien vereinbar, schrieb Walker 1977. Staatliche Lenkung sei notwendig, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten, die Inflation zu begrenzen und weiterreichende soziale Ziele zu verfolgen. „In a modern society, the government must elaborate national goals, let industry know its targets for the rate of growth and make clear how productive capacity may be increased to make the objective feasible.“⁶⁴

Das oberste Ziel bei alldem blieb für die gemäßigten Konservativen die Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Das Massenelend der dreißiger Jahre hatte sich ihnen unauslöschlich ins Gedächtnis gebrannt. Noch vierzig Jahre später fühlten sich die Nachfolger Baldwins und Chamberlains zumindest teilweise für die Schlangen hohlwangiger und schmallippiger Gestalten verantwortlich, die sich damals vor den Suppenküchen der großen Städte gebildet hatten. Die düsteren Farben, in denen Thatcher die Folgen der Geldentwertung auszumalen pflegte, benutzten ihre innerparteilichen Gegner, wenn sie die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit beschrieben. Diese bringe nicht nur ein beträchtliches Absinken des Lebensstandards mit sich, sondern auch ein tiefes Gefühl der Demütigung, so Knox. „It is still a dreadful thing for a man to have to go home to his wife and children and say that he has lost his job, or to tell his mates in his club or pub. It is still a dreadful thing for a man to feel he is no longer wanted, or needed.“⁶⁵ Die Priorität, die Männer wie Knox dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einräumten, war ein wichtiger Grund, warum sie zugleich den Monetarismus ablehnten. Der Staat durfte sich ihrer Ansicht nach in keinem Fall allein auf die Eindämmung der Geldentwertung konzentrieren, sondern mußte immer auch die Auswirkungen im Auge behalten, die seine Anti-Inflationspolitik auf den Arbeitsmarkt hatte.⁶⁶

⁶³ „Our proposals in the economic and social sphere can hardly be interpreted as a desire to return to the referee state“, hieß es in der Flugschrift einer Vorläufer-Organisation der Tory Reform Group. „On the contrary, our ideas will involve the full and judicious use of public power.“; PEST Pamphlet „Call an End to Feeble Opposition“; zit. nach ebd., S. 19.

⁶⁴ WALKER, Ascent, S. 75.

⁶⁵ Am 7. April 1976 im Unterhaus, Hansard Vol. 909, Cols. 526–7.

⁶⁶ „A Tory would examine the political and economic consequences of a monetarist policy“, erklärte Gilmour 1975. „He might, for instance, come to the conclusion that such a policy would produce an unacceptable level of unemployment, or he might think that the pursuit of such a policy would be likely to lead to civil disturbance“; am 30. Januar 1975 in Amer-sham; zit. nach RUSSEL, S. 44. Derartige Einwände hörte man nicht nur von erklärten Gegnern des Thatcher-Kurses wie Gilmour, auch Politiker, die ihr durchaus Sympathien

Ein wirkungsvoller Kampf gegen die Inflation erforderte nach Ansicht der *wets* ein pragmatisches und flexibles Vorgehen, das geld- und fiskalpolitische Elemente miteinander kombinierte und im Bedarfsfall auch vor einer staatlichen Lohnpolitik nicht zurückschreckte. Wer dagegen den Monetarismus als Allheilmittel pries, den hielten sie für einen gefährlichen Scharlatan.⁶⁷ Allenfalls in der Opposition mochte Friedmans Konzept einen gewissen Nutzen bringen, räumte Waldegrave ein, „since it enables you to support all the pressure groups who are resisting the government of the day, and to say that they are fine Liberal fellows downtrodden by the arrogance of bureaucratic government“.⁶⁸ Sobald man jedoch an die Regierung gelange, werde man sich unweigerlich derart komplexen Problemen gegenübersehen, daß die simplen Rezepturen des Monetarismus kläglich versagen müßten.⁶⁹

In Thatchers und Josephs Konfrontationsstrategie gegenüber Labour erblickten die *moderates* kein geeignetes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Die Suche nach einem neuen *common ground* der Politik, die Thatcher betrieb, hielten sie für einen bloßen Vorwand, um die Konservative Partei weiter nach rechts zu rücken, womit sie sich ihrer Ansicht nach isolieren und zu pragmatischer Politik unfähig machen mußte. Den Metaphern vom *common* und *middle ground* sowie vom *ratchet effect* liege überdies ein schwerwiegender Denkfehler zugrunde, wie Gilmour feststellte. Politiker kämpften nicht wirklich um Geländegewinne, wie diese Bilder nahelegten, sondern um Wählerstimmen. „When they talk about occupying or appealing to the middle ground, they mean they are appealing for the support of voters who are not irremediably committed to either party. This has nothing whatever to do with literal ground.“ Wechselwähler rückten, anders als der metaphorische *middle ground*, gerade nicht weiter nach links, wenn der extreme Flügel der Labour-Partei stärker werde. Im Gegenteil: Sie waren dann eher geneigt, für die Tories als un-ideologische, pragmatische Partei zu stimmen.⁷⁰ Aus diesem Grund müsse man unbedingt an der bewährten Strategie der Mitte festhalten. Alle Versuche, dies zu ändern,

entgegenbrachten, warnten vor einer strikt monetaristischen Politik: „[T]he price we should pay for that would be very high. The price in terms of the level of unemployment and the level of bankruptcies in industry, the City and agriculture would be an intolerable price“; so Peter Tapsell am 6. Juli 1976 im Unterhaus: Hansard Vol. 914, Col. 1238.

⁶⁷ So Knox am 6. Juli 1976 im Unterhaus, Hansard Vol. 914, Col. 1288–93.

⁶⁸ WALDEGRAVE, S. 71.

⁶⁹ Vgl. auch Heath am 7. Juli 1976 im Unterhaus, Hansard Vol. 914, Cols. 1408–28.

⁷⁰ GILMOUR, Right, S. 130.

schadeten den Erfolgsaussichten der Partei.⁷¹ Gilmour glaubte zudem, daß konservative Zurückhaltung auch mäßigend auf den politischen Gegner wirke. Im britischen Zwei-Parteien-System erleichtere es die Mäßigung der einen Partei auch der anderen, eine moderate Politik zu betreiben; Extremismus auf der einen Seite des politischen Spektrums werde hingegen gewöhnlich mit Extremismus auf der anderen beantwortet. „The true Conservative course therefore is to stick as closely as possible to the centre with a slight Right incline.“⁷²

Diese Strategie der Mäßigung hatte nach Ansicht der *moderates* den besonderen Vorteil, einen konkreten Ausweg aus Krisensituationen aufzuzeigen: nämlich den Zusammenschluß der Gemäßigten und Vernünftigen aus beiden Parteien in einer Regierung der nationalen Einheit. Heath hatte im Oktober 1974 erstmals eine derartige Lösung vorgeschlagen, als er erklärte: „The crisis of authority in our democratic system represents a problem for any government. To tackle it, we need a broadly based government to call on the support of the whole community and protect the public interest.“⁷³ Daher lud er „all men and women of good will“ ein, Parteigezänk und Fraktionshader hintanzustellen und in „a government of national unity“ einzutreten.⁷⁴ Die Idee einer Koalitionsregierung erschien Heaths Anhängern auch in den folgenden Jahren als vielversprechende Antwort auf die aktuelle Malaise. Der Appell sei im Herbst 1974 lediglich deswegen gescheitert, weil er nicht glaubwürdig genug vorgebracht wurde, erklärte Nicholas Scott. „Throughout the history of the modern Tory Party, ‚One Nation‘ has been our most successful approach.“⁷⁵

Die Koalitionsregierung der nationalen Einheit, an die sich die Hoffnungen Heaths und anderer knüpften, blieb keine bloße Gedankenspielerlei. Sie schien vielmehr tatsächlich im Verlauf der Jahre 1975 bis 1979 wenigstens zweimal konkrete Gestalt anzunehmen. Die erste Gelegenheit zu Spekulationen in dieser Richtung bot sich bereits kurz nach Thatchers Wahl zur Parteiführerin im Vorfeld des Europa-Referendums vom Sommer 1975, zu dem sich die Wilson-Regierung verpflichtet hatte, um die britischen Wähler über den Verbleib des Landes in der EWG entscheiden zu lassen. Die Fron-

⁷¹ „We must always defend the middle ground against attacks whether from outside or inside our party“, hatte Lord Hailsham deswegen schon 1973 festgestellt; LORD HAILSHAM (ehemals: QUINTIN HOGG), *The Acceptable Face of Western Civilisation*, London 1973, S. 7.

⁷² GILMOUR, *Right*, S. 130.

⁷³ EDWARD HEATH, *Message to Conservative Party Candidates during the election campaign* (ohne Datum), in: *Election Manifestos. The Conservative Party* vom Oktober 1974.

⁷⁴ *Conservative Election Manifesto* vom Oktober 1974, zit. nach CRAIG, *Manifestos*, S. 215.

⁷⁵ *Cambridge Reformer*, Oktober 1977, zit. nach RUSSEL, S. 162.

ten verliefen in dieser Frage quer zu den üblichen Gräben des parteipolitischen Meinungsstreits: Zu den Gegnern der EWG gehörten so gegensätzliche Politiker und Gruppierungen wie Benn und Powell, die britischen Kommunisten, Trotzlisten und Maoisten sowie die rechtsextreme *National Front*. Die Führung der Tories hingegen trat ebenso für einen Verbleib Großbritanniens in der EWG ein wie der sozialdemokratische Flügel der Labour-Partei. In der parteiübergreifenden Organisation der *Britain in Europe*-Kampagne schien die Koalition der Vernunft, auf die Heath und seine Freunde hofften, bereits Wirklichkeit geworden zu sein: das konsensbereite, kompromißgeneigte Establishment der beiden großen Parteien schloß sich in einer existentiellen Frage des nationalen Interesses gegen gefährliche Extremisten von links und rechts zusammen.⁷⁶

Bezeichnenderweise überließ es Thatcher ihrem Vorgänger, den zentralen Part auf der konservativen Seite zu spielen. Heath zog als unermüdlicher Wahlkämpfer durch das Land und warb in zahlreichen Fernsehsendungen für Großbritanniens europäische Zukunft. Wer nur die Medienberichterstattung über den Referendumswahlkampf zur Kenntnis nahm, mußte den Eindruck gewinnen, Edward Heath sei immer noch die Führungsfigur der Konservativen Partei. Lob und Ruhm für den aus Sicht der Tory-Führung überraschend positiven Ausgang des Volksentscheids galten denn auch nicht der neuen Parteichefin, sondern ihrem Vorgänger.⁷⁷ Entsprechend skeptisch reagierte Thatcher auf dessen wiedergewonnene Popularität. Sie fürchtete, er plane, „die aufgrund der Referendumskampagne gewonnene Position für eine Rückkehr an die Macht zu nutzen – vermutlich zu meinen Lasten“.⁷⁸

Ein gutes Jahr später, auf dem Höhepunkt der IWF-Krise im Herbst 1976 lebten die Gerüchte über die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit erneut auf. Thatchers aggressive anti-sozialistische Rhetorik erschien vor dem Hintergrund der sich zur Staatskrise ausweitenden Währungsturbulenzen unpassend, ja unsolidarisch, zumal sich die Labour-Regierung unter Callaghan und Healey erkennbar bemühte, schmerzhaft Sparmaßnahmen durchzusetzen. Die Öffentlichkeit erwartete von der konservativen Opposition in dieser Lage, daß sie die Regierung nicht attackierte, sondern unterstützte, sich maßvoll und verantwortungsbewußt zeigte. „Mag das

⁷⁶ Vgl. hierzu BUTLER und KITZINGER; STEPHEN GEORGE, *An Awkward Partner. Britain and the European Community*, 2. Aufl. Oxford 1994, S. 91–5.

⁷⁷ 67 Prozent der Briten sprachen sich für, 33 Prozent gegen einen Verbleib in der EWG aus; vgl. BUTLER und KITZINGER, S. 263–78.

⁷⁸ THATCHER, *Erinnerungen*, S. 397.

auch löblich gewesen sein“, schrieb Thatcher später, „mein Angriffsstil litt unvermeidlich darunter.“⁷⁹ Auf dem Tory-Parteitag, der Anfang Oktober 1976 in Brighton stattfand, rang sie sich zu einer eher moderaten Rede durch, die ihr selbst nicht gefiel und von den Delegierten ohne Enthusiasmus aufgenommen wurde.⁸⁰ Heath dagegen, der am 6. Oktober erstmals nach seiner Abwahl wieder auf einem Parteitag das Wort ergriff, dominierte die Konferenz mit einer staatsmännisch-mahnenden Ansprache, die viel Beifall fand. Großbritannien könne sich nur dann aus seiner Malaise befreien, wenn die Nation zusammenhalte, wenn sie wieder lerne, miteinander und nicht gegeneinander zu arbeiten, erklärte er.

The British used at one time to be immensely proud of the fact that they did always work together. We have lost some of that and it is that which has to be restored by leadership in this country. [...] It is all crying out for the opportunity of working together and re-establishing the standards which once we used to have and to show the rest of the world that we can re-establish our position and re-establish their confidence in us.⁸¹

Diese Bemerkungen wurden gemeinhin als Versöhnungsangebot an die neue Parteichefin interpretiert.⁸² Wer wollte, konnte sie jedoch umgekehrt auch als versteckten Aufruf zur Bildung einer nationalen Koalition unter Heaths Führung verstehen; Freunde des ehemaligen Tory-Chefs bestätigten später, er habe an der Hoffnung, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, noch lange Zeit nach seinem Sturz festgehalten.⁸³

Heath war nicht der einzige prominente Tory-Politiker, dessen Hoffnung sich im Herbst 1976 auf eine nationale Koalition richtete. Harold Macmillan forderte Mitte Oktober in einem Fernsehinterview explizit dazu auf, ein derartiges Bündnis einzugehen. Sein 13 Jahre dauerndes beharrliches Schweigen zur aktuellen Politik brechend, erklärte der Greis, er fühle sich verpflichtet, seinen Beitrag zur Lösung der aktuellen Probleme zu leisten und zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit aufzurufen. „If this thing fails“, so Macmillan, „democracy may collapse [...] It will go either to the fascists or to the communists.“⁸⁴ Glaubt man Thatchers Memoiren,

⁷⁹ Ebd., S. 375.

⁸⁰ Bezeichnenderweise ist die Parteitagsrede vom Oktober 1976 in keinem der zahlreichen Rede-Bände Thatchers veröffentlicht. Zur Reaktion auf die Rede siehe *The Times*, 9. Oktober 1976.

⁸¹ The National Union of Conservative and Unionist Associations: (94.) Annual Conference Blackpool, Oktober 1976 (Verbatim Report), S. 64.

⁸² So etwa *The Times*, 7. Oktober 1976.

⁸³ Zit. nach BEHRENS, S. 107.

⁸⁴ BBC1 vom 20. Oktober 1976; zit. nach *The Times*, 21. Oktober 1976. Vgl. auch die positive Presseresonanz auf Macmillans Vorschlag, zum Beispiel im *Spectator*, 23. Oktober 1976, oder in der *Sunday Times*, 24. Oktober 1976.

dann sah sich der inzwischen 82jährige bereits selbst als Führer eines derartigen Zusammenschlusses. „Ist der Ruf gekommen?“ soll er gefragt haben, als die Tory-Chefin ihn kurz nach dem Interview in seinem Londoner Domizil aufsuchte.⁸⁵ Selbst wenn die Anekdote nicht der Wahrheit entspricht, zeigt sie doch, wie hellhörig Thatcher damals auf alle Anzeichen möglicher Koalitionspläne reagierte. Sie hielt die Idee einer Koalition der Mitte, die ihrem eigenen Politikansatz diametral entgegenstand, für kein bloßes Hirngespinnst, sondern für eine ernstzunehmende, potentiell bedrohliche Alternative zu ihrem Kurs.

Diese Sorgen wurden noch dadurch vergrößert, daß es in ihrer Partei immer mehr Stimmen gab, die es nicht bei einer Koalitionsregierung in Krisenzeiten belassen wollten. Vielmehr verlangten sie, man solle das britische Mehrheitswahlrecht durch ein Verhältniswahlrecht, etwa nach bundesdeutschem Vorbild, ersetzen.⁸⁶ Dies war eine traditionelle Forderung der Liberalen Partei, die seit Jahrzehnten klagte, das britische *first past the post system* sei unfair, bevorzuge die beiden großen Parteien und führe dazu, daß bei jeder Wahl Millionen Stimmen unberücksichtigt blieben. Gewöhnlich hatte die Tory-Führung diese Beschwerden mit dem Hinweis abgetan, das Mehrheitswahlrecht gebe, wenn nicht die exakten, so doch zumindest die ungefähren Proportionen der abgegebenen Wählerstimmen wieder; es begünstige zudem im Gegensatz zu anderen Wahlsystemen klare Mehrheiten und damit eine stabile Regierung. Beide Argumente konnten nach der Wahl vom Februar 1974 nur noch begrenzt aufrecht erhalten werden. Damals hatte die Labour-Partei trotz eines etwas schlechteren Stimmergebnisses mehr Parlamentssitze gewonnen als die Tories, während die Liberaldemokraten, auf die 19 Prozent der Stimmen entfallen waren, nur zwei Prozent der Unterhaussitze erhielten.⁸⁷ Von klaren Mehrheitsverhältnissen und stabilen Regierungsbedingungen konnte im Großbritannien der siebziger Jahre ebenfalls keine Rede mehr sein. Das tat der Radikalität der Regierungspolitik jedoch keinen Abruch, wie das Vorgehen der Regierungen Wilson und Callaghan nach Meinung vieler Konservativer zeigte. Ange-

⁸⁵ THATCHER, Erinnerungen, S. 399. Macmillans offizieller Biograph Alastair Horne bekräftigt ebenfalls, „[that] doubtless in one corner of his mind he saw himself heading [the coalition government]“; siehe HORNE, Bd. 2, S. 613.

⁸⁶ Im Mai 1978 ermittelte eine Umfrage des Economist eine breite Unterstützung (68 Prozent) innerhalb der britischen Bevölkerung für eine Wahlrechtsreform. Unter Tory-Wählern sei die Mehrheit sogar größer als unter Labour-Anhängern; siehe *The Economist*, 13. Mai 1978.

⁸⁷ Vgl. VERNON BOGDANOR, *The Fall of the Heath Government and the End of the Postwar Settlement*, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 371–89 (S. 384). Siehe auch RAMSDEN, *Appetite*, S. 428–9.

sichts einer Labour-Regierung, die mit 37 bzw. seit Oktober 1974 mit 39 Prozent der Wählerstimmen tiefgreifende Umgestaltungen in Staat und Gesellschaft vornahm, begannen sie sich zu fragen, wie man einer derartigen „elective dictatorship“ dauerhaft Fesseln anlegen könne.⁸⁸

Die Idee einer grundlegenden Reform des Wahlrechts gewann unter gemäßigten Konservativen immer mehr Anhänger. Schon im Wahlkampf-Manifest vom Oktober 1974 verpflichtete sich die Partei darauf, nach einem Wahlsieg eine Kommission einzusetzen, die sich mit dem Thema beschäftigen sollte.⁸⁹ Zum Argument größerer Fairneß trat jetzt die Überlegung hinzu, das Verhältniswahlrecht werde besseres Regieren ermöglichen, indem es mehr Wähler einbinde, den Zwang zu Kompromiß und Konsens vergrößere und so die extremistischen Minderheiten in beiden Lagern schwäche.⁹⁰ Die Einführung eines Verhältniswahlrechts nach Bonner Vorbild „would substitute the brake of a coalition government for the accelerator of immoderation“, hoffte Julian Critchley.⁹¹ Hinzu kam ein eher parteitaktischer Grund. Nur wenn sich die Tories für die Einführung des Verhältniswahlrechts einsetzten, könne eine zentristische, gemäßigte, sozialdemokratische Labour-Partei überleben, argumentierten konservative Anhänger der Wahlrechtsreform. „PR [...] will be the salvation of the Labour centre.“⁹² Andere gingen noch einen Schritt weiter und gaben offen zu, auch den Extremisten der eigenen Partei würde der aus einem Verhältniswahlrecht resultierende Zwang zu Koalition und Kompromiß Fesseln anlegen. „[E]ither operating as a minority government or as part of a coalition with the Liberals, a Tory administration would be prevented from trying to carry through the right-wing policies which Mrs Thatcher and other leading members now support.“⁹³

Nicht alle innerparteilichen Gegner Thatchers waren Anhänger einer Wahlrechtsreform. Heath und Walker etwa hielten sich in dieser Frage

⁸⁸ Den Ausdruck „elective dictatorship“ prägte Lord Hailsham, selbst kein ausdrücklicher Verfechter einer Wahlrechtsreform, in seiner Dimpleby Lecture von 1976; genauere Ausführungen zu Hailshams Analyse und seinen Reformvorschlägen finden sich in: HAILSHAM, Dilemma.

⁸⁹ Siehe Conservative Manifesto 1974 in: CRAIG, Manifestos, S. 213–39 (S. 237).

⁹⁰ „[A] more proportional system would gain greater consent for Parliament and government“, argumentierte Gilmour, „because under it the majority in Parliament and government would normally have the backing of a higher percentage of the electorate“; 30. Januar 1975 in Amersham; zit. nach: RUSSEL, S. 136.

⁹¹ Zit. nach *The Times*, 4. September 1975, S. 2.

⁹² Schreiben von Joseph Foster an Keith Joseph vom 30. April 1975, in: CPA/NL Joseph (unverzeichnet).

⁹³ RUSSEL, S. 137.

bedeckt. Umgekehrt aber gehörten fast alle Verfechter einer Reform zu den Opponenten der Parteichefin. In dem Zusammenschluß *Conservative Action for Electoral Reform* schufen sie sich eine eigene Organisation, die an der Parteibasis für ihre Sache warb und zugleich, beispielsweise über die parteiübergreifende *Hansard Society*, Fühler zu anderen Parteien und Interessengruppen ausstreckte. Ein Bericht der *Hansard Society* mit dem Titel *Politics and Industry: The Great Mismatch* konstatierte, das scharfe Gegenüber von Regierung und Opposition bringe für die Industrie „increasingly pernicious effects“ hervor.⁹⁴ In der Tat klagten immer mehr führende britische Industrielle, die mit dem gegenwärtigen Mehrheitswahlrecht einher gehende politische Instabilität mache langfristige Investitionspläne unmöglich, und setzten sich für dessen Abschaffung ein. Im ACP war man sich bereits im April 1975 sicher, daß die Wahlrechtsfrage „a major political issue“ werden würde. „[T]he subject needed to be considered seriously as a lot of industrialists now favoured proportional representation as a way of getting greater continuity into Government.“⁹⁵ Der Gedanke einer grundlegenden Reform des Wahlrechts habe im Verlauf der krisengeschüttelten siebziger Jahre den Makel des politisch Abseitigen verloren, der ihm jahrzehntelang anhaftete, und sich zu einer neuen Orthodoxie entwickelt, stellte der Politikwissenschaftler Vernon Bogdanor rückblickend fest. „Proportional representation was becoming an establishment cause“.⁹⁶ Grund genug für Margaret Thatcher, den Reformplänen zutiefst skeptisch gegenüberzustehen.

C) THATCHERS STRATEGIEN IM KONFLIKT MIT DEN MODERATES

Da Thatcher als Oppositionsführerin von einer schwachen innerparteilichen Position aus agierte, bestand ihre Strategie im Umgang mit den Gegnern innerhalb ihrer Partei zu einem guten Teil darin, direkte Konfrontationen zu vermeiden. Sie schloß zahlreiche Kompromisse, machte Abstriche und hielt sich in brisanten Fragen zunächst bewußt zurück. Außerdem bemühte sie sich, ihren gefährlichsten Kontrahenten zu schmeicheln und nach dem Munde zu reden. Heath zum Beispiel nannte sie bei der Eröffnungs-

⁹⁴ Hansard Society: *Politics and Industry: The Great Mismatch*, London 1979, S. 56.

⁹⁵ CPA/ACP (75) 137th Meeting vom 16. April 1975, S. 4.

⁹⁶ VERNON BOGDANOR, *The Fall of the Heath Government and the End of the Postwar Settlement*, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 371–89 (S. 385). Die einflußreichste Studie, die für eine Wahlrechtsreform warb, stammte aus der Feder von Samuel E. Finer, Gladstone Professor of Government and Public Administration in Oxford; SAMUEL E. FINER, *Adversary Politics and Electoral Reform*, London 1975.

veranstaltung der konservativen Wahlkampfkampagne für das Europa-Referendum, bei der sie gemeinsam mit ihm auf dem Podium erschien, ihren „Lehrmeister“.⁹⁷ Bei anderer Gelegenheit bezeichnete sie Ian Gilmour sogar als eines der drei größten Genies des 20. Jahrhunderts – in einer Reihe mit von Hayek und Einstein.⁹⁸ Gleichzeitig unterstrich die Parteichefin immer wieder, daß sie sich durchaus in der Tradition eines moderaten Torytums sah. Bei ihrer ersten Parteitagsrede im Oktober 1975 in Blackpool betonte sie, wie klein sie sich in der Reihe der konservativen Parteiführer der Nachkriegszeit fühle, namentlich erwähnte sie bei dieser Gelegenheit außer Churchill, Eden und Home gerade auch „Harold Macmillan, whose leadership brought so many ambitions within the grasp of every citizen“ und „Edward Heath, who succesfully led the party to victory in 1970 and brilliantly led the nation into Europe in 1973“.⁹⁹

Um ihre innerparteilichen Kritiker zu beruhigen, berief sie sich in jenen Anfangsjahren gern auf Disraeli. Die Gesellschaft sei zwar nicht mehr derart in Arme und Reiche gespalten wie zu dessen Zeiten, konstatierte sie im September 1976, aber immer noch gebe es Interessenkonflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die man lösen müsse. „My purpose in politics is to reach towards the reconciliation of these interests, and the creation of one nation. Unlike the Marxists, I believe in the virtues – and indeed, the necessity – of peaceful change, in the gradual advance of the Civilised Society. The great features of our way of life – tolerance, kindness, compassion, good neighbourliness, and the rule of law – survive.“¹⁰⁰ Die britischen Konservativen könnten stolz sein auf ihre Leistungen bei dem Versuch, die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern, erklärte sie im Mai 1978. „From the days of our early leaders, like Robert Peel and Disraeli, the aim has been to improve the condition of the people. [...] Conservative Governments since have followed their lead: in improving education, housing, public health, conditions at work.“¹⁰¹ Ihre eigene politische Philosophie wollte sie als Anpassung von Disraelis Ideen an die gewandelten Zeitläufe verstanden wissen. Das Geheimnis der einzigartigen Kontinuität der

⁹⁷ Am 16. April 1975 bei der Eröffnung der Conservative Group for Europe's Campaign im St. Ermin's Hotel: News Service 314/75, S. 2. Vgl. HEATH, Course, S. 546; THATCHER, Erinnerungen, S. 396–7.

⁹⁸ Vgl. RANELAGH, S. 189.

⁹⁹ Am 10. Oktober 1975 auf dem Tory-Parteitag in Blackpool, in: THATCHER, Revival, S. 18–27 (S. 19), ebenfalls abgedruckt in: THATCHER, Collected Speeches, S. 29–38 (S. 30).

¹⁰⁰ Am 10. September 1976 bei einem Parliamentary Luncheon in Wellington, Neuseeland: News Service 832/76, S. 3–4. Ähnlich auch am 2. Dezember 1976 beim Social Services Conference Dinner im Adelphi Hotel in Liverpool: News Service 1121/76, S. 2.

¹⁰¹ Am 19. Mai 1978 in der Guildhall in Worcester: News Service 687/78.

britischen Geschichte liege in der Flexibilität begründet, mit der die Briten die immergleichen Grundsätze auf stets neue Herausforderungen anwandten, sagte sie im selben Jahr bei einem Besuch in Spanien. „As Disraeli said in 1867, at the height of a period of technical invention, 'The question is not whether you should resist change which is inevitable, but whether that change should be carried out in deference to the manners, customs, laws and traditions of a people'.“¹⁰²

Lippenbekenntnisse wie diese verfehlten ihre Wirkung nicht. Einer ihrer Anhänger vom linken Parteiflügel schrieb im Oktober 1977 in der *Times*: „The shift to the right in the party in 1970 under Heath was largely rhetorical and it is the same under his successor [...] today.“¹⁰³ Im Mai 1978 konstatierte der *Economist*, es sei keineswegs ausgemacht, daß Thatcher als Regierungschefin mit der Tory-Tradition einer gemäßigten Reformpolitik brechen werde. Absehbar sei aber auch das nicht. Sie bleibe ein Rätsel.¹⁰⁴ Thatcher versuchte bewußt, den Eindruck sphinxhafter Undurchschaubarkeit zu verstärken. Trotz des absoluten Vorrangs, den Wirtschaftsfragen für sie unzweifelhaft genossen, streute sie in ihre Reden immer wieder Bemerkungen ein, in denen sie das Gegenteil behauptete. Wer das Bekenntnis zur Marktwirtschaft für das Hauptmerkmal der britischen Konservativen halte, der verwechsle das Ganze mit einem seiner vielen Teile, versicherte sie im Juli 1977. „Conservatism will, I believe, continue to be a living, growing creed long after economic controversy gives way to other issues“. In dieser Rede griff sie auch die besondere Verbindung von Tory-Partei und Gesamtnation auf, die bei ihren innerparteilichen Kritikern so beliebt war. „The Conservative Party is an integral part of the British tradition, not to be explained in abstract terms, but as part of the living flesh of the British over the generations. [...] We are essentially a *British party*.“¹⁰⁵ Der Patriotismus, der in Sätzen wie diesen zum Ausdruck kam, bildete den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den sich die Parteichefin mit ihren innerparteilichen Gegenspielern einigen konnte.¹⁰⁶ Weil die Nation das einzige Kollektiv war, für das die überzeugte Individualistin Einbußen bei der Freiheit des Einzel-

¹⁰² Am 21. Oktober 1978 beim ersten Nationalkongreß der Union de Centro Democratico in Madrid: News Service 1339/78, S. 4.

¹⁰³ *The Times*, 10. Oktober 1977.

¹⁰⁴ *The Economist*, 25. März 1978, S. 108.

¹⁰⁵ Am 4. Juli 1977 in ihrer Iain Macleod Memorial Lecture, abgedruckt in: THATCHER, *Revival*, S. 48–61 (S. 50, Hervorhebung im Original), ebenfalls abgedruckt in: THATCHER, *Collected Speeches*, S. 58–69 (S. 59–60).

¹⁰⁶ Siehe etwa ihre Rede am 13. Mai 1978 auf der Scottish Conservative Party Conference Rally in Perth: News Service 660/78, S. 18–19.

nen hinnahm, appellierte sie immer dann an den Patriotismus, wenn es galt, die Kluft zwischen ihrer Freiheitsrhetorik und den kollektivistischen Prinzipien der *moderates* zu überbrücken.

Die zweite wichtige Gemeinsamkeit fanden Thatcher und ihre Widersacher in der Innen- und Rechtspolitik. Denn eine *law and order*-Politik fügte sich ebenso gut ins paternalistische Weltbild der gemäßigten Konservativen wie in Thatchers radikalen Populismus. Beide Seiten beriefen sich auf Edmund Burke, den Gründervater des modernen britischen Konservatismus, der gesagt hatte: „The only liberty I mean is a liberty connected with order; that not only exists along with order and virtue, but which cannot exist at all without them.“¹⁰⁷ Vor diesem Hintergrund ist es gewiß kein Zufall, daß die Parteichefin Ian Gilmour, einen ihrer gefährlichsten Kritiker im Schattenkabinett, zunächst mit dem Innen-, später mit dem Verteidigungsressort betraute. In beiden Ämtern überwogen die Gemeinsamkeiten zwischen ihnen, während die Bereiche fundamentaler Meinungsverschiedenheit, etwa in der Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik, auf diese Weise außerhalb von Gilmours Zuständigkeitsbereich fielen.

Eine weitere Möglichkeit, die direkte Konfrontation mit Gilmour und seinen politischen Freunden zu vermeiden, bestand für Thatcher darin, sich nicht auf detaillierte Reformvorschläge festzulegen, sondern lediglich die Grundprinzipien ihrer politischen Philosophie unermüdlich zu wiederholen. Dem ACP erklärte sie im April 1976, „that in her view it was wrong to publish in too much detail ones policies before the election“. Damit erreiche man nur, daß man sich als Oppositionspartei gezwungen sehe, seine eigene Politik zu verteidigen anstatt die Politik der Regierung zu attackieren. Thatchers Ansicht nach achteten die Wähler ohnehin nicht auf programmatische Einzelheiten, „but looked for a difference of general approach between Parties“. Als konkretes Beispiel für die Gefahren, die allzu ausführliche Politikvorschläge für Oppositionspartei mit sich bringen konnten, erwähnte sie ausdrücklich die Gesetzgebung zur Gewerkschaftsreform, die ihre Partei Ende der sechziger Jahre unter der Leitung von Heath ausgearbeitet hatte. „Few policies had been worked out in as much detail as our industrial relations policy. The details of the policy had been published months before the General Election [...] and yet the Act which followed the proposals extremely closely was one of the biggest failures of that period of office.“¹⁰⁸

¹⁰⁷ So etwa am 10. September 1976 bei einem Parliamentary Luncheon in Wellington, Neuseeland: News Service 832/76, S. 9.

¹⁰⁸ CPA/ACP (76) 144th Meeting vom 7. April 1976.

Die von Heath – nicht nur bei der Gewerkschaftsreform – praktizierte Methode detaillierter, praxisorientierter Programmarbeit während der Jahre 1965 bis 1970 erschien der neuen Parteichefin als abschreckendes Beispiel. Heath hatte sein Schattenkabinett als Regierung im Exil begriffen, die unter seiner Führung ausführliche, nach einem Wahlsieg sofort umsetzbare Reformprogramme für alle möglichen Politikfelder erarbeiten sollte. Zu diesem Zweck waren bis zu 29 Arbeitsgruppen eingesetzt worden, in denen konservative Politiker gemeinsam mit auswärtigen Experten umfangreiche Reformvorschläge konzipierten. Gleichzeitig bemühte sich der Parteichef erfolgreich darum, grundsätzliche Diskussionen über konservative Grundprinzipien, die er für fruchtlos hielt, zu unterbinden.¹⁰⁹ In der Partei hatte sich nach den beiden Wahlniederlagen des Jahres 1974 die Erkenntnis durchgesetzt, daß dieses Vorgehen kontraproduktiv gewesen sei. Man zitierte jetzt gern Lord Derbys Warnung, bloß keine detaillierten Vorschläge zu machen, solange man in der Opposition sei, und nahm sich vor, in Zukunft zurückhaltender zu verfahren.¹¹⁰ „[U]nder Heath the years 1965–70 were too busily spent by conservative leaders impaling themselves on policy hooks that, in the event, would have been better avoided“, beschrieb die *Times* die Stimmung bei den Tories vor dem Parteitag 1975 in Blackpool, „simply because they made immediately impossible the flexibility of tactical manoeuvre that had to be resorted to in 1971 and following years as unemployment and inflation created a double threat.“¹¹¹

Thatcher wußte einen Großteil der Partei hinter sich, wenn sie Heaths Vorgehensweise auf den Kopf stellte. Sie engagierte sich viel weniger bei der Ausgestaltung der Programmarbeit, die sie weitgehend anderen überließ. Die Hauptaufgabe des Schattenkabinetts erblickte sie nicht darin, der späteren Regierungsarbeit vorzugreifen, sondern den politischen Gegner zu kritisieren, selbst möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten und im übrigen dafür zu sorgen, daß die wesentlichen Koordinaten der eigenen Politik stimmten. In der Regierungsverantwortung galt es, diese Grundgedanken auf die aktuellen politischen Probleme anzuwenden. Prinzipiendiskussionen und Grundsatzbekenntnisse hatten für Thatcher und ihre Gesinnungsgenossen darum Vorrang vor programmatischer Detailarbeit. Der Tory-Abgeordnete David Howell, der damals zu den Anhängern der Parteichefin

¹⁰⁹ Siehe MARTIN BURCH, *Approaches to Leadership in Opposition: Edward Heath and Margaret Thatcher*, in: LAYTON-HENRY (Hrsg.), S. 166–8; CHRISTOPHER PATTEN, *Policy Making in Opposition*, ebd., S. 15–7.

¹¹⁰ Schreiben von Derby an Disraeli vom 22. September 1849, zit. nach BLAKE, *Conservative Party*, S. 117; vgl. auch RAMSDEN, *Appetite*, S. 427.

¹¹¹ *The Times*, 13. Oktober 1975, S. 13.

zählte, erklärte im ACP, „that it was undesirable to publish too much detail as one was then forced to spend a lot of time defending and explaining ones own policies often in conditions different to those in which they had been first formulated but this was not at all the same as saying that there should be no clear themes“. Howell plädierte ganz im Gegenteil entschieden dafür, „that the Party should develop clear themes for example those developed in Mrs Thatcher's recent speeches and make them stick in people's mind“.¹¹²

Nur an den Arbeitsgruppen, den sogenannten *policy groups*, die Heath eingerichtet hatte, hielt Thatcher fest; ja, sie vervielfachte deren Anzahl sogar auf über neunzig.¹¹³ Freilich dienten die Gruppen unter ihrer Führung einem völlig anderen Zweck. Nicht mehr die Vorbereitung der Regierungsarbeit stand im Mittelpunkt, sondern die Einbindung und Ruhigstellung möglichst großer Teile der Partei, sowohl in der Fraktion als auch an der Basis.¹¹⁴ Der Wille, auch die Parteibasis in die Programmgestaltung einzubeziehen, kam in einem Rundschreiben an die Vorsitzenden der verschiedenen *policy groups* zum Ausdruck, das Anfang August 1975 verschickt wurde. „[O]n previous occasions the ‚party in the country‘ did feel rather left out“, hieß es darin. Zwar finde man in der *National Union* nicht unbedingt die größten Experten zu den jeweiligen Sachfragen; doch sei deren Beteiligung an der Tätigkeit der Arbeitsgruppen wünschenswert, weil auf diese Weise „the view of the ordinary grass roots Conservative workers“ eingebracht werde.¹¹⁵

Thatcher habe in der Programmarbeit tausend Blumen blühen lassen, bemerkte ein Mitarbeiter in Anspielung auf die maoistische Kulturrevolution.¹¹⁶ Vieles blieb dabei allerdings bewußt Wildwuchs. Selbst die Vorsitzenden der einzelnen Arbeitsgruppen wußten oft nicht, welchen Status ihre Berichte hatten und ob sie am Ende mit dem Segen der Parteiführerin

¹¹² CPA/ACP (76) 144th Meeting vom 7. April 1976. Tatsächlich war zu dem Zeitpunkt von Howells Forderung schon seit längerem eine Liste von Themen zusammengestellt worden, an denen sich die Rhetorik der Tories orientieren sollte; siehe CPA/ACP (75) 4 vom 10. Juli 1975.

¹¹³ Vgl. „Review of the Work of the Policy Study Groups“ vom 15. April 1976, in: Sherman Papers, B3-1-1, Box 5, Folder 1, wo über sechzig verschiedene Gruppen aufgelistet sind – von der „Economic Reconstruction Group“ unter Geoffrey Howe bis zur „Aviation Group“ mit Kenneth Warren als Vorsitzendem.

¹¹⁴ „[S]he saw all this more as an exercise to keep the young turks happy than as a serious contribution to what she would do on becoming Prime Minister“, bemerkte einer ihrer Anhänger später. „Nothing is more cheering to a young aspirant than being asked to chair a study group into some area of policy. It is the invitation which flatters – what happens to the conclusions is of secondary importance“; RIDLEY, S. 14.

¹¹⁵ Schreiben von Sir Keith Joseph an die Vorsitzenden der „policy groups“ vom 1. August 1975, in: CPA/NL Joseph (unverzeichnet).

¹¹⁶ CHRISTOPHER PATTEN, Policy Making in Opposition, in: LAYTON-HENRY (Hrsg.), S. 19.

rechnen durften. Das wichtigste Beispiel für diese Taktik war der Abschlußbericht der *Economic Reconstruction Group* unter dem Vorsitz Geoffrey Howes. Die Autoren, neben Howe Schattenarbeitsminister Prior, Joseph, David Howell und Angus Maude, hatten geplant, ihren Text als offizielle Stellungnahme des Schattenkabinetts zur Wirtschaftspolitik zu veröffentlichen. Da ihre Parteichefin sich jedoch diesem Vorhaben verweigerte, erschien das Papier im Oktober 1977 mit dem vorsichtigen Zusatz „Outline of an Economic Strategy for the Next Conservative Government“, was Thatcher nach der weithin positiven Aufnahme durch die Presse nicht daran hinderte, fortan von „*unserer*“ Broschüre zu sprechen.¹¹⁷ Indem sie den genauen Status des Textes offen ließ, legte sich die Tory-Chefin im Hinblick auf die Ausgestaltung späterer Regierungspolitik nicht fest und vermied auf diese Weise den Konflikt mit ihren innerparteilichen Opponenten.¹¹⁸

Auch die Broschüre *The Right Approach* vom Oktober 1976, das einzige Parteidokument, das Thatchers offizielle Zustimmung erhielt, war in einer vorsichtigen, abwägenden Sprache formuliert und betonte die Unwägbarkeiten zukünftiger Reformpolitik. Es wurde dementsprechend im Kreise der Parteiführung „as a *strategy* rather than a *policy* document“ verstanden und trug den bezeichnenden Untertitel „A Statement of Conservative Aims“. ¹¹⁹ In der Einleitung hieß es, man werde gar nicht erst versuchen, alle wichtigen politischen Themen anzusprechen, das bleibe einem künftigen Wahlkampfmanifest vorbehalten.¹²⁰ Die Leitlinien, die auf den folgenden sechzig Seiten skizziert wurden, waren ein geschickt zusammengestellter Kompromiß zwischen Thatchers radikalem Populismus und dem paternalistischen Staatsinterventionismus ihrer Gegner. Das Grundmuster, nach dem die beiden Autoren Patten und Maude verfahren, bestand darin, die konträren Positionen sprachlich zu glätten und dann wie selbstverständlich nebeneinander zu stellen, als widersprächen sie sich nicht im geringsten. Als Heilmittel für Großbritanniens Wirtschaftsmisere empfahl die Broschüre zum Beispiel: „The priorities of any government should be the reduction of our debt burden and the mastering of inflation, leading to a fall in unemployment and the resumption of soundly based economic expansion.“ Dieser Satz enthielt die monetaristische Forderung nach einer Begrenzung der Staatsschulden und der Priorität der Inflationsbekämpfung, ohne offen mit

¹¹⁷ Right Approach to the Economy; vgl. HOWE, S. 101.

¹¹⁸ Vgl. RAMSDEN, Appetite, S. 427.

¹¹⁹ Right Approach to the Economy, S. 20 [Hervorhebungen im Original].

¹²⁰ „We do not pretend to know today the answers to every problem that may confront us when we are called upon to govern“; The Right Approach, S. 8.

den – diametral entgegengesetzten – Zielen von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum zu brechen. Auf die gleiche Weise versuchten Patten und Maude auch andere Streitfragen der Partei zu entschärfen. „[T]here is nothing ‚extreme‘ about the philosophy of balance and moderation which is the ethos of modern Conservatism“, beruhigten sie besorgte *moderates*, nur um im nächsten Satz fortzufahren: „There is no future in trying to find a middle road between folly and common sense.“ Der Text enthielt alle Stichworte, die Verfechter des Monetarismus sich nur wünschen konnten – von der Kontrolle der Geldmenge über die Begrenzung der Staatsausgaben bis hin zur Bedeutung des Profits für das Überleben der Marktwirtschaft. Zugleich jedoch konnte man auch lesen, die Tories seien nicht die Partei des *laissez faire*-Kapitalismus: „We have always conceded that the State should have a role as the trustee of the whole community in any economic system, holding the balance between different interests.“¹²¹

So ungeeignet eine derartige Zusammenstellung als Regierungsprogramm war, in der Situation des Jahres 1976 erfüllte sie ihren Zweck: Sie wurde von den Medien – nicht zuletzt dank der Formulierungskunst der beiden Autoren – wohlwollend aufgenommen und half, die Risse in der Partei zu übertünchen, den offenen Bruch zu vermeiden. Jeder konnte aus dem Papier herauslesen, was ihm behagte. Heath sah darin „a continuation of the mainstream policies of the Conservative Party over many years“, während Thatcher das Dokument mit gleicher Berechtigung als „eine überzeugende Darstellung des neuen Konservatismus“ bezeichnen konnte.¹²² Noch wichtiger für die Parteichefin war der Umstand, daß ihre offenkundige Zurückhaltung bei der Kodifizierung der Programmatik ihren Gegnern das Gefühl vermittelte, sie zähmen und einbinden zu können. „[S]he was so cautious and sympathetic to the tolerant left-wing approach“, behauptete Patten 1978, „that there was a possible problem of party management keeping the right-wing happy at so moderate a position.“¹²³ Zeitgenössische politikwissenschaftliche Studien gelangten zu dem Ergebnis, daß die neue Parteichefin zwar eine radikale Rhetorik liebte, aber programmatisch auf Kontinuität setzte. Robert Behrens etwa vertrat in seiner 1979 erschienen Abhandlung *The Conservative Party from Heath to Thatcher* die These, daß in der Auseinandersetzung zwischen dem radikalen Reformflügel und den Gemäßigten letztere triumphiert hätten.¹²⁴

¹²¹ Ebd., S. 10, 16, 18.

¹²² HEATH, Course, S. 552–3; THATCHER, Erinnerungen, S. 376.

¹²³ Zit. nach CAMPBELL, Thatcher, S. 385.

¹²⁴ Vgl. BEHRENS, S. 118.

Behrens und Pattens Irrtum bestand darin, daß sie die offizielle Programmatik der Partei und nicht den Tenor von Thatchers Reden für ausschlaggebend hielten. In Wirklichkeit verhielt es sich genau umgekehrt: Nach Thatchers Willen sollte man ihren Reden die Umrissse künftiger Regierungspolitik entnehmen können, während die Programmdokumente lediglich der Integration innerparteilicher Gegner und der Beruhigung der bangen Wählerschaft dienten. Sie vertraute darauf, daß in der Konservativen Partei traditionell politische Programme weniger wogen als der Wille des Parteiführers. „In the end, policy is what the leaders says it is.“¹²⁵ Einige Mitarbeiter der Tory-Chefin sprachen diese Überlegung ganz offen aus. Die Partei müsse sich hüten, schrieb Cosgrave im Herbst 1976 in *Crossbow*, unzählige Positionspapiere und Parteidokumente zu veröffentlichen, detaillierte Wahlkampfmanifeste zu planen und „Kommissionsprosa“ von sich zu geben. „[T]he apex of all the necessary work there must lie on one central and dominating idea: in our system of politics – and in our party – that idea can only be expressed by a single person; and that person must be the Leader of the Party.“¹²⁶

Ein wichtiges Machtinstrument in den Händen jedes Parteiführers ist seine Entscheidungsbefugnis in Personalfragen. Wegen Thatchers innerparteilicher Schwäche war ihr Handlungsspielraum in diesem Punkt zwar begrenzt; die verbleibenden Möglichkeiten nutzte sie jedoch mit Raffinesse, Weitblick und einem Sinn für Überraschungseffekte. Die meisten Beobachter hatten erwartet, daß sie ihren einzigen prominenten Verbündeten, Joseph, zum Schattenschatzkanzler ernennen würde. Zur allgemeinen Verblüffung entschied sie sich jedoch für Geoffrey Howe, der aus verschiedenen Gründen als ungewöhnliche Wahl erschien: Bei der innerparteilichen Abstimmung hatte er nicht für sie votiert, sondern sich im zweiten Wahlgang sogar als Gegenkandidat aufstellen lassen. In den Jahren zuvor hatte er alle Drehungen und Wendungen der Politik Heaths loyal mitvollzogen, ja er war als *Minister for Trade and Consumer Affairs* ein ausgesprochener Exponent der interventionistischen Wende gewesen, dem es oblegen hatte, die Lohn- und Preispolitik der Regierung umzusetzen. Von der Ausbildung her Jurist, der bereits in jungen Jahren auf eine glänzende Anwaltskarriere zurückblicken konnte, war Howe auch fachlich für den Posten des Schattenschatzkanzlers nicht prädestiniert. Hinzu kam, daß er als schwacher Parlamentsredner galt, dem bald die spöttische Bemerkung Denis

¹²⁵ BUTLER und KAVANAGH, Election 1979, S. 76.

¹²⁶ PATRICK COSGRAVE, Words, Not Action, in: *Crossbow*, Herbst 1976, S. 16–7 (S. 17).

Healeys anhing, mit ihm zu diskutieren sei „like being savaged by a dead sheep“.¹²⁷

Entsprechend überrascht reagierte Howe, als Thatcher ihn fragte, ob er Schattenschatzkanzler werden wollte. Bei dem Angebot spielten taktische wie prinzipielle Erwägungen eine Rolle. Die neue Parteichefin band einen ehrgeizigen, potentiell gefährlichen Rivalen ihrer eigenen Generation in die Disziplin des Schattenkabinetts ein und präsentierte zugleich einen Schattenschatzkanzler, dessen ausgleichendes Temperament weniger polarisierend wirkte als Joseph. Darüber hinaus wußte sie um Howes wirtschaftsliberale Überzeugungen, kannte seine bis in die frühen sechziger Jahre zurückreichenden Verbindungen zum IEA und schätzte die Entschlossenheit und Hartnäckigkeit richtig ein, die sich hinter seinem ruhigen Äußeren verbarg.¹²⁸ „[W]e’re the ones who have the same idea of where we need to go“, begründete sie ihm gegenüber ihren Entschluß, eine Einschätzung, die sich als richtig erwies. Howe war neben Joseph zunächst das einzige Mitglied des konservativen Führungszirkels, das die wirtschaftspolitischen Ansichten der Politikerin vorbehaltlos teilte.¹²⁹

Auf den Hinterbänken der Tory-Fraktion fanden sich eine Reihe weiterer monetaristischer Gesinnungsgenossen. Die wichtigsten von ihnen versammelten sich zwischen 1975 und 1979 im *Finance Bill Committee*. Weil diese Budgetkommission, im Unterschied zu allen anderen Parlamentskommissionen, jedes Jahr zusammenkam, um vier Monate lang über das Haushaltsgesetz der Regierung zu beraten, konnten die Mitglieder sich über mehrere Jahre zu Experten ihrer Materie entwickeln. Es ist daher nicht unwichtig, daß es Thatcher gelang, Vertreter ihres wirtschaftspolitischen Kurses gerade in der Budgetkommission zu plazieren und dort finanz- und wirtschaftspolitische Erfahrung sammeln zu lassen.¹³⁰ Viele junge Abgeordnete, die sich dort ihre ersten Sporen verdienten, machten in den konservativen Regierungen des folgenden Jahrzehnts Karriere: Howell, Ridley, Tony Newton und Patrick Jenkin als Minister, Ian Gow als Thatchers *Parliamen-*

¹²⁷ HOWE, S. 101.

¹²⁸ Vgl. hierzu THATCHER, *Erinnerungen*, S. 343–4. Ein Beispiel dafür, daß Howes monetaristische Überzeugungen bereits vor seiner Zeit als Schattenschatzkanzler ausgeprägt waren, ist seine Rede vom 10. Januar 1975 beim Huddersfield & Spen Valley Incorporate Chamber of Commerce Centenary Dinner in Ainley Top: *News Service* 20/75, S. 4.

¹²⁹ HOWE, S. 94.

¹³⁰ „[T]he finance bill debates of the 1970s was the forum where the major tax reforms of the 1980s were conceived and tested in debate“, meinte Ridley, einer der konservativen Vertreter in den Budgetkommissionen. „Most of the stars of future Tory Governments were to be found on these committees“; RIDLEY, S. 12. Ähnlich auch Peter Cropper im Gespräch mit dem Verfasser am 20. Januar 1999.

tary *Private Secretary*, Biffen als Fraktionsführer und Lordsiegelbewahrer, Parkinson als Parteivorsitzender, Peter Rees und John MacGregor als Staatssekretäre im Schatzamt, Lawson und Norman Lamont als Schatzkanzler.

Standen die Mitglieder der Budgetkommission für die Zukunft des neuen Konservatismus, so repräsentierte Thatchers Überraschungskandidat für den Posten des Parteivorsitzenden die Vergangenheit. Zum Nachfolger Whitelaws an der Spitze der Parteiorganisation ernannte sie den 64 Jahre alten Peter Thorneycroft, der 1966 aus der aktiven Politik ausgeschieden war. Seine Ernennung brachte aus der Sicht der neuen Parteichefin eine Reihe von Vorzügen mit sich: Der geschickte Organisator war an der Parteibasis äußerst beliebt und kompensierte Thatchers Schwächen auf diesem Gebiet. Außerdem verfügte er über exzellente Kontakte zur Geschäftswelt, unterstützte den wirtschaftspolitischen Kurs der Oppositionsführerin und konnte sogar, infolge seines Rücktritts als Schatzkanzler im Jahr 1958, als früher Verfechter einer monetaristischen Politik gelten. Der Politiker selbst wies gern auf die Parallele hin: „[T]he dangers of which we warned, the perilous path which we saw opening out ahead have been tragically fulfilled“, schrieb er im *Spectator*. „As a nation we could have stood then at a trivial sacrifice. The price we have now to pay is a much more bitter one.“¹³¹ An wessen Seite ihn derartige Einsichten im innerparteilichen Flügelkampf stellten, machte der neue Vorsitzende schon wenige Tage nach seiner Ernennung deutlich, indem er Michael Wolff, einen engen Vertrauten von Heath, als Generaldirektor des *Conservative Central Office* entließ.¹³²

Thorneycrofts Vorgänger Whitelaw ernannte Thatcher zu ihrem Stellvertreter, obwohl auch er zuvor dem innersten Zirkel um Heath angehört hatte. Die Tory-Chefin konnte jedoch bei ihrem Versuch, die Partei zu einen, auf sein politisches Geschick und sein ausgleichendes Temperament nicht verzichten, zumal sich Whitelaw als Parteisoldat verstand, der auch unter der neuen Führung loyal mitarbeitete. Noch in der Wahlnacht entschied er sich, „that in the interests of the Party I would serve Margaret Thatcher in any capacity she wanted“. Zu Heath hatte er einmal gesagt, er werde auf jedem Posten dienen, auf den der Parteiführer ihn stelle – sogar als Botschafter in Reykjavik. Zur allgemeinen Überraschung, hielt sich der Politiker auch unter Heaths Nachfolgerin an diese Devise, was ihm aufgrund der Temperamentsunterschiede wie der inhaltlichen Differenzen

¹³¹ *Spectator*, 4. Dezember 1976. Siehe auch RAMSDEN, *Appetite*, S. 424–5. Zu Thorneycrofts Prioritäten als Parteivorsitzender siehe LORD THORNEYCROFT, *My Priorities at Central Office*, in: *Conservative Monthly News*, April 1975, S. 2.

¹³² Vgl. *The Times*, 6. und 7. März 1975.

zwischen ihm und Thatcher nicht immer leicht fiel.¹³³ Eine ebenso wichtige Rolle spielte Joseph, dem die Parteichefin die Zuständigkeit für Strategie- und Grundsatzfragen übertrug. Befreit von den Pflichten eines speziellen Ressorts, trieb er in einer wahren Flut von Zeitungsartikeln und Reden Grundsatzdiskussionen voran, koordinierte die Tätigkeit der verschiedenen Arbeitsgruppen des Schattenkabinetts und leitete das ACP.¹³⁴ „In gewissem Sinne waren Willie und Keith die beiden Schlüsselfiguren“, behauptete Thatcher, „der eine wegen seiner politischen Muskelkraft, der andere als politisches Gehirn der Mannschaft.“¹³⁵ Eine wichtige Neubesetzung nahm Thatcher auch an der Spitze des *Conservative Research Department* vor, das bei der Programm- und Strategieplanung eng mit Joseph zusammenarbeiten sollte. Dort ersetzte sie Gilmour durch Maude, der wie Joseph seit längerer Zeit offen den Heath-Kurs kritisiert und die Idee einer radikalen Kurskorrektur der konservativen Politik verfochten hatte.¹³⁶ Mit Thorneycroft an der Spitze der Parteiorganisation, Joseph als Kopf der politischen Strategieplanung und Maude im CRD, ergänzt um Neave als Chef ihres Stabes und wichtigen Berater, waren die entscheidenden Ämter des Parteiapparates in der Hand von Männern, die unter Heath im Abseits gestanden hatten, während Howe als Schattenschatzkanzler den Willen zu einer gewissen Kontinuität symbolisierte, zugleich jedoch Thatchers Ansicht über die Notwendigkeit eines wirtschaftspolitischen Neuanfangs teilte.¹³⁷

Die Besetzung strategischer Schlüsselpositionen gerade auf dem Felde der Wirtschaftspolitik war umso entscheidender, als Thatcher politische Diskussionen im Schattenkabinetts, bei denen sie und ihre Gesinnungsgenossen häufig überstimmt worden wären, meist erfolgreich unterband. Statt dessen setzte sie durch, daß das Plenum des Schattenkabinetts lediglich die Strategiepapiere der einzelnen Schattensprecher und ihrer „Policy Groups“ verabschiedete.¹³⁸ Wie schwierig sich der Neuanfang trotzdem gestaltete, zeigte das Beispiel der Forschungsabteilung. Zwar arbeitete Maude bei der Politikplanung einvernehmlich mit Joseph zusammen. Chris Patten

¹³³ In seinen Memoiren schrieb er hintersinnig: „Fortunately I understood something about the problems of such a relationship, for I had been second-in-command of a battalion towards the end of the war and had got on well with a Commanding Officer with a different personality and outlook from my own“; WHITELOW, S. 143.

¹³⁴ Vgl. *Conservative Monthly News*, Mai 1975, S. 4–5;

¹³⁵ THATCHER, Erinnerungen, S. 341.

¹³⁶ Vgl. etwa ANGUS MAUDE, The Path that Leads to Freedom, in: *Conservative Monthly News*, September 1975, S. 4–5; DERS., Faces of Freedom, in: *Conservative Monthly News*, Juli 1977, S. 4.

¹³⁷ So auch RAMSDEN, Appetite, S. 425.

¹³⁸ Vgl. hierzu THATCHER, Erinnerungen, S. 355–6.

jedoch, dem als Direktor die eigentliche Leitung des CRD oblag, sowie sein Stellvertreter Adam Ridley, die beide zum engeren Beraterkreis von Heath gehört hatten, hielten wenig von der Umorientierung der konservativen Politik. Unter ihrer Führung versuchte das CRD, nach Möglichkeit am Kurs der Heath-Jahre festzuhalten. Auf diese Weise geriet es in Konflikt mit den auf radikale Veränderung drängenden Kräften in Thatchers Umfeld. Insbesondere Patten, der in Oxford studiert und in der Partei trotz seiner Jugend bereits eine steile Karriere gemacht hatte, war den „Neuen Rechten“ ein Dorn im Auge. Er galt ihnen als unverbesserlicher *moderate*, eine Einschätzung, der er nicht widersprach.¹³⁹ Auch seine nonchalante Art schuf ihm Feinde. Einer seiner Mitarbeiter erinnerte sich später, Patten habe gern die Geschichte erzählt, wie er Mitte der sechziger Jahre zur Tory-Partei gestoßen sei: Damals habe er, auf der Suche nach einer Stelle, gleichzeitig Briefe an *Transport House*, die Zentrale der Labour-Partei, und an das *Conservative Central Office* geschrieben. Weil die Tories zuerst antworteten, sei er konservativer Parteifunktionär geworden. „The message was clear. ‚It’s all a game: be flexible and detached‘.“¹⁴⁰

Ein stärkerer Gegensatz zu den Ideologen der „Neuen Rechten“, etwa im *Centre for Policy Studies*, war kaum denkbar. Entsprechend vehement attackierte vor allem Sherman den jungen Direktor des CRD. „He is a limited man, promoted far beyond his ability“, schrieb er in einem Memorandum. Er sei „wholly heathite and believes that the sum of political wisdom is to bribe the public with its own money.“ Nicht nur Patten, sondern der gesamten Forschungsabteilung bescheinigte er Überheblichkeit und politische Ignoranz. In seinen Augen bestand die Abteilung aus elitären Karrieristen ohne Rückgrat, die konservative Prinzipien dem Zeitgeist opferten, um ihren persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen:

The CRD has taken young men whose adolescence had already been extended by the transition direct from public school to Oxbridge, given them too great a sense of their own wisdom and importance, allowed them to draw their views at second hand from the *Guardian*, *Times* and *Observer* and pass them on as wisdom. Hence the two dozen in the House, almost all precious and arrogant.¹⁴¹

¹³⁹ „I always thought it was both impossible and wrong to change what had been conceived of as the middle ground intellectually and politically in our political argument“, erklärte er später. „If you look at the way we’ve managed the economy previously – demand management, incomes policy and so on, I’d always thought that you couldn’t shift public opinion on those sort of issues“; zit. nach YOUNG und SLOMAN (Hrsg.), S. 76.

¹⁴⁰ RANELAGH, S. VIII.

¹⁴¹ Memorandum „The CRD-CPS Myth“ von Alfred Sherman an Hugh Thomas vom 11. Juni 1979, in: Sherman Papers, AR CPS/LMPC/6 Box 5, Folder 2. Zum Verhältnis von CRD und CPS vgl. auch Memorandum von Alfred Sherman an Keith Joseph vom 20. Oktober 1975,

Umgekehrt hielt man im CRD die Konkurrenten im *Centre for Policy Studies* für politisch naive Ideologen, deren Ideen an der rauen Wirklichkeit scheitern mußten. „[T]hey half-suspect the CPS of being a bunch of potentially dangerous radicals more versed in theory than experienced in the hard grind of practical politics which means winning votes“, schrieb der erste Direktor des CPS, Martin Wassall, im Oktober 1975 in einem Memorandum an Joseph. „CRD clearly believes it can do its job more effectively without the added distraction of a group of radicals who are more likely to make CRD's life difficult than make useful contributions.“¹⁴²

Zu inhaltlichen Gegensätzen, persönlichen Antipathien und Temperamentsunterschieden ihrer Direktoren trat der Kampf um politischen Einfluß. CRD und CPS konkurrierten nicht nur um finanzielle Zuwendungen derselben Sponsoren, sie nahmen auch beide für sich in Anspruch, die zukünftige politische Strategie der Tory-Partei zu konzipieren. Dabei wurde mit scharfer Klinge gefochten. Schon 1974 habe Patten einen Feldzug gegen das CPS begonnen, behauptete Sherman. „He coined the term ‚mad monk‘, for [Joseph], and began to tell his familiars in press and party that we were a dangerous band of right-wing fanatics out to overthrow Heath, undermine the CRD, and turn the party into a small southern minority.“¹⁴³ Sherman war überzeugt, Patten und die Forschungsabteilung spielten der Presse vertrauliche Informationen zu, um radikale Reformvorschläge zu hintertreiben und das CPS in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Der Direktor des CRD argwöhnte seinerseits zurecht, daß Sherman und seine Mitstreiter ihren direkten Draht zur Parteiführerin ausnutzten, um seine Abteilung auszuspielen. Ob er bei dem Versuch, dies zu hintertreiben, tatsächlich geheime Informationen der Presse zuspielte, läßt sich nicht beweisen. Es fällt jedoch auf, daß gerade im *Economist*, der Pattens Spielart des Konservatismus nahestand, immer wieder Artikel erschienen, die auf vertraulichem Material aus dem Umkreis der konservativen Parteizentrale beruhten.¹⁴⁴

in: Sherman Papers, AC 2.4/B1-1-4, Box 3, Folder 1. Peter Cropper, von 1982 bis 1984 Direktor des CRD, bestätigte im Gespräch mit dem Verfasser am 20. Januar 1999 das negative Bild des CRD, das man im CPS hatte.

¹⁴² Memorandum von Martin Wassall an Keith Joseph vom 23. Oktober 1975; zit. nach COK-KETT, S. 255.

¹⁴³ Memorandum „The CRD-CPS Myth“ von Alfred Sherman an Hugh Thomas vom 11. Juni 1979, in: Sherman Papers, AR CPS/LMPC/6 Box 5, Folder 2.

¹⁴⁴ Die wichtigste Indiskretion betraf den Endbericht der Policy Group unter der Leitung von Nicholas Ridley, die sich mit der Zukunft der Staatsbetriebe beschäftigte. Darin wurde unter anderem gefordert, daß jeder Staatsbetrieb einen im voraus bestimmten Gewinn erwirtschaften mußte und, um dieses Ziel zu erreichen, auch vor Entlassungen, Betriebsstillegungen und Konfrontationen mit den Gewerkschaften nicht zurückschrecken durfte. Das Do-

Für die Parteichefin waren derartige Berichte unangenehm und bedrohlich. Sie enthüllten die tiefen Risse in der Tory-Partei und erlaubten es dem politischen Gegner, sie auszunutzen.¹⁴⁵ Gleichzeitig eröffnete die Rivalität zwischen CRD und CPS der Politikerin allerdings auch Gestaltungsspielräume. Sie fühlte sich zwar nicht stark genug, die Forschungsabteilung aufzulösen oder ihren Vorstellungen entsprechend personell umzugestalten.¹⁴⁶ Dank der Existenz des *Centre for Policy Studies* gelang es ihr jedoch, den politischen Einfluß des CRD zurückzustützen. Es verlor seine Monopolstellung bei der Programm- und Strategieplanung und sah sich zunehmend auf bürokratische und administrative Aufgaben beschränkt. Wichtige Teil der politischen und strategischen Planung hingegen wurden aus dem Parteiapparat ausgelagert und dem CPS übertragen. Zugespitzt könnte man sagen, das erste, was Thatcher privatisierte, war die programmatische Arbeit ihrer Partei.

Dieser Schachzug hatte außer der Entmachtung des CRD zwei weitere Vorzüge. Anders als die konsensorientierte, parteigebundene Forschungsabteilung konnte eine kleine, unabhängige Einrichtung wie das CPS dem Meinungsbildungsprozeß der Partei vorausseilen, anstatt ihm zu hinterherzulaufen. Die Hauptaufgabe des Zentrums sei es, schrieb Wassall im Oktober 1975 an Joseph, die Vorzüge der freien Marktwirtschaft auf allen möglichen Wegen zu erläutern. „In this role we must feel free to air for debate a range of radical ideas with which the CRD would not wish to be associated. Not being of the Party, CPS can play a very useful role in ‚shocking‘ public opinion by forcing increasing attention on policy changes which are as yet outside the spectrum of accepted policy options.“¹⁴⁷ Sherman benutzte später das Bild eines Wellenbrechers, um die Rolle des *Centre* zu beschreiben: Es sollte die Wogen der Empörung über bislang undenkbbare Vorschläge brechen und es Politikern wie Thatcher ermöglichen, anschließend in ruhigerem Fahrwasser zur Verwirklichung der Ideen aufzubrechen.¹⁴⁸ Mit die-

kument sei von einem gemäßigten Konservativen absichtsvoll an die Presse weitergereicht worden, schrieb die *Times*, „in order to cause a political storm so that the party would be forced to retreat to safer and more representative ground“; *The Economist*, 27. Mai 1978, S. 21–22; *The Times*, 29. Mai 1978.

¹⁴⁵ Thatcher sah sich genötigt, Patten, den man bereits mit der Indiskretion in Verbindung brachte, demonstrativ zu verteidigen. Er sei ein hochgeschätzter, wertvoller Mitarbeiter, dem sie vollkommen vertraue, schrieb sie in einem Leserbrief; siehe *The Times*, 31. Mai 1978.

¹⁴⁶ Zumal sie Patten persönlich schätzte, ihn für einen begabten Redenschreiber und talentierten Politiker hielt; vgl. CAMPBELL, Thatcher, S. 328.

¹⁴⁷ Memorandum von Martin Wassall an Keith Joseph vom 23. Oktober 1975, zit. nach COKETT, S. 254–5.

¹⁴⁸ ALFRED SHERMAN, „Why We Asked the Unasked Questions“, in: *The Times*, 1. September 1984.

ser Aufgabenverteilung wies Sherman auf den zweiten Vorzug seiner Institution aus Sicht der Tory-Chefin hin: Das CPS verpflichtete die Politikerin zu nichts. Als formal unabhängiges Forschungsinstitut konnte es umstrittene Thesen verbreiten, ohne die Parteiführerin zu gefährden. „[F]rontbenchers and others who wish to attack Margaret without feeling disloyal, can attack me“, schrieb Sherman in einem Memorandum, „and ascribe all her faults to my influence“. ¹⁴⁹ Er und seine Mitarbeiter konnten Versuchsballons steigen lassen und testen, woher der Wind der öffentlichen Meinung wehte. Fiel die Reaktion auf einen Vorschlag positiv aus, konnte Thatcher ihn aufgreifen; war die Wirkung negativ, ließ sie ihn fallen.

Trotz ihrer Vorsicht und Zurückhaltung suchte Thatcher jedoch in einigen strategisch bedeutsamen Streitfällen bewußt die Konfrontation mit ihren Gegnern. Nicht zufällig lagen die Konfliktfelder, die sie wählte, meist in Randgebieten der politischen Diskussion, was es ihr erleichterte, symbolisch bedeutsame Siege über ihre innerparteilichen Gegner zu erringen und die eigene Position zu festigen, ohne eine Auseinandersetzung in zentralen Politikbereichen zu riskieren. Das erste Beispiel für diese begrenzte Konfrontation war die Diskussion um die Wahlrechtsreform, der sich die Parteichefin bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit stellen mußte. Die kontinuierlich hohe Zustimmung für eine derartige Reform in Meinungsumfragen, der Zulauf, den konservative Lobbyisten wie Anthony Wigrams *Conservative Action for Electoral Reform* erhielten, und die reichlich fließenden Spenden aus der britischen Geschäftswelt für diese Gruppen machten es schwierig, dem Thema auszuweichen. Hinzu kam, daß sich die Labour-Regierung mit dem Gedanken trug, eine Untersuchungskommission zu der Frage einzusetzen, was die Dringlichkeit für die Tories erhöhte, zu einer Einigung zu kommen. An der Basis wuchs derweil die Begeisterung für eine Änderung des Wahlmodus'. Die *Times* berichtete Ende Juni 1975, die Tory-Führung erwarte für den Parteitag im Oktober bis zu fünfzig Leitanträge für eine Wahlrechtsreform. ¹⁵⁰ Fünf Wochen später wandte sich eine Gruppe von zwanzig konservativen Unterhausabgeordneten mit einem Schreiben an Thatcher, in dem sie wachsendes Interesse für einen Übergang zum Verhältniswahlrecht innerhalb von Fraktion und Partei konstatierte. ¹⁵¹ Tatsächlich gingen bis Mitte September 22 Leitanträge zu

¹⁴⁹ Memorandum „The CRD-CPS Myth“ von Alfred Sherman an Hugh Thomas vom 11. Juni 1979, in: Sherman Papers, AR CPS/LMPC/6 Box 5, Folder 2.

¹⁵⁰ *The Times*, 30. Juni 1975.

¹⁵¹ *The Times*, 1. August 1975. Zu den Unterzeichnern gehörten Carr, Hurd und Scott, aber auch ein wirtschaftsliberaler Thatcher-Anhänger wie Biffen.

diesem Thema beim Parteivorstand ein, 17 davon zugunsten einer Reform.¹⁵² Damit stand fest, daß Thatcher der Frage auf ihrem ersten Parteitag als Tory-Führerin nicht ausweichen konnte.

Thatchers ablehnende Haltung gegenüber Verhältniswahlrecht und Koalitionsregierungen stand seit langem fest. Schon im Oktober 1968 hatte sie festgestellt, die Stärke des politischen Systems in Großbritannien bestehe darin, „that there is an alternative policy and a whole alternative government ready to take office“.¹⁵³ Ihre Einstellung hatte sich im Verlauf der folgenden Jahre nicht verändert. Man könnte im Gegenteil die These vertreten, daß Thatchers politischer Bruch mit Heath im Frühjahr 1974 wesentlich durch dessen Bereitschaft verursacht worden war, Gedankenspiele über Wahlrechtsänderungen und Koalitionsregierungen anzustellen.¹⁵⁴ Jedenfalls gehörte die Politikerin im Frühjahr wie im Herbst 1974 zu den entschiedensten Gegnern derartiger Überlegungen in den konservativen Reihen. Als Gegnerin jeder Form von Konsenspolitik bevorzugte sie handlungsfähige und durchsetzungsstarke Regierungen. 1975 traten zu den prinzipiellen Erwägungen strategische Überlegungen hinzu: Denn nur das Mehrheitswahlrecht und ein Zwei-Parteien-System würden es ihr nach einem Wahlsieg erlauben, ein radikales Reformprogramm ohne Verwässerung durch mögliche Koalitionspartner zu realisieren. Thatcher war bereit, sich bis dahin mit der *electoral dictatorship* einer Labour-Regierung abzufinden, die weniger als vierzig Prozent der Stimmen erhalten hatte, wenn ihr dies die Möglichkeit eröffnete, später genauso einschneidend durchzugreifen.

Um diese Chance zu bewahren, mußte sie jeden Anlauf zu einer Reform des Wahlrechts vereiteln. Die Chancen hierfür standen nicht schlecht. Denn so hoch die Zustimmungsraten für eine Wahlrechtsreform auch waren, nur wenige Briten hatten sich bislang mit dem Thema eingehender beschäftigt oder räumten ihm einen hohen Stellenwert auf der politischen Agenda ein.¹⁵⁵ „At the moment there would appear to be few electoral dividends to be got from electoral reform“, schrieb Patten im August 1975 nach der Aus-

¹⁵² *The Times*, 19. September 1975.

¹⁵³ Insbesondere wies sie auf den stabilisierenden Effekt des Systems hin: „[W]e have always had an Opposition to act as a focus of criticism against the government. We have therefore not suffered the fate of countries which have had a ‚consensus‘ or central government, without an official opposition. This was one of the causes of trouble in Germany“; am 10. Oktober 1968: ‚What’s Wrong with Politics‘. Address to the Conservative Political Centre Meeting, Blackpool, abgedruckt in: GARDINER, S. 207–16 (S. 215).

¹⁵⁴ Vgl. VERNON BOGDANOR, The Fall of the Heath Government and the End of the Postwar Settlement, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 371–89 (S. 373).

¹⁵⁵ Vgl. die Berichte über entsprechende Umfragen in *The Times*, 7. Oktober 1975; *The Economist*, 13. Mai 1978.

wertung einschlägiger Meinungsumfragen, „this is not an issue that has so far penetrated very deeply.“¹⁵⁶ Hinzu kam, daß Thatchers innerparteiliche Gegner sich in dieser Frage nicht einig waren. Ihre gefährlichsten Opponenten außerhalb des Schattenkabinetts, Heath und Walker, zählten nicht zu den Befürwortern einer Reform. Umgekehrt stimmten fast alle Schattenminister, mit Ausnahme von Gilmour, darin überein, daß ein Plädoyer für Veränderungen auf diesem Gebiet mehr schaden als nutzen würde. Selbst CRD und CPS standen, allen sonstigen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz, bei dieser Frage auf derselben Seite. In der Forschungsabteilung war man zu dem Ergebnis gelangt, „that electoral reform would in practice mean that governments were not chosen (as now) by the electorate but by negotiation amongst the politicians after they had been elected“.¹⁵⁷ Sherman verband seine Ablehnung einer Wahlrechtsänderung mit der Wiederholung seiner umfassenden Reformforderungen. „Talk of coalitions and PR“, schrieb er im Juli 1975 an Joseph, „is an attempt to find instant solutions for our problems without digging into the causes. [...] The Conservatives could get all the votes they need for majority government under the present system, leaving the Labour party to split, under the effect of defeat, with one half looking towards the Liberals.“¹⁵⁸

Das taktische Vorgehen auf dem Parteitag selbst war bis ins Detail geplant. Am ersten Tag der Konferenz stimmte Thorneycroft, der als Parteivorsitzender die Eröffnungsrede hielt, die Delegierten auf die Linie der Führung ein. „I do not see a coalition as a solution to our immediate problems“, erklärte er. Wenn den Tories nicht aus eigener Kraft ein Wahlsieg gelänge, gebe es kaum Hoffnung auf eine Eindämmung des sozialistischen Vormarsches.¹⁵⁹ Die eigentliche Auseinandersetzung mit dem Thema blieb Thorneycrofts Stellvertreter Maude vorbehalten, der am folgenden Tag als letzter Redner einer von den Reformbefürwortern dominierten Debatte sprach. Die Parteitagsregie hatte den entsprechenden Tagesordnungspunkt listig nicht „electoral reform“, sondern „electoral change“ genannt, was es dem Politiker erlaubte, die Fürsprecher einer Reform der Verantwortungslosigkeit zu zeihen, da sie eine seit Jahrhunderten bewährte Praxis zugun-

¹⁵⁶ CHRISTOPHER PATTEN, „Electoral Reform – O.R.C. Report“ vom 1. August 1975, in: CPA/LSC (75) 37.

¹⁵⁷ Ebd. Wie intensiv man sich im CRD mit der Frage beschäftigte, kann man aus dem Umfang der entsprechenden Ordner im Nachlaß von Keith Joseph ablesen; vgl. Joseph Papers, CPA/KJ 12/1 (= Changing the British Electoral System).

¹⁵⁸ Memorandum von Alfred Sherman an Keith Joseph vom 9. Juli 1975, in: Sherman Papers, AC 2/B1-1-3a, Box 3, Folder 1.

¹⁵⁹ *The Times*, 8. Oktober 1975.

sten einer unspezifischen, noch nicht erprobten Alternative abschaffen wollten. Jede Form des Verhältniswahlrechts, so Maude, führe unweigerlich zum Koalitionszwang und liefere damit die anderen Parteien den Liberalen aus, die als Zünglein an der Waage zur alles entscheidenden Kraft würden. Geschickt appellierte Maude an die tiefsitzende Abneigung vieler Delegierter gegen Parteiabsprachen und Hinterzimmerverhandlungen: Die mit dem Verhältniswahlrecht einhergehenden Koalitionen verlagerten die Entscheidung über die Regierungsbildung von der Wahlurne „to wheeling and dealing in smoke-filled rooms between parties manoeuvring for jobs in a coalition cabinet. In that case political pacts determine the government, not the choice of voters.“ Zum Schluß seiner Rede griff er das von Sherman vorgebrachte Argument auf, eine Wahlrechtsreform stelle lediglich eine Scheinlösung dar, die nicht an die Wurzel des Übels reiche. Wirkliche Besserung könne nur eine Tory-Regierung mit umfassenden Vollmachten erreichen.¹⁶⁰

Thatcher, die sich selbst nicht an der Debatte beteiligt hatte, erhob sich nach Maudes Rede demonstrativ als erste von ihrem Sitz und eröffnete die begeisterten Ovationen, mit denen die Delegierten diese sieges- und machtbewußte Fanfare feierten. In der sich unmittelbar anschließenden Abstimmung lehnte der Parteitag jede Änderung des Wahlrechts ab – „by a very substantial majority“, wie es im Protokoll hieß.¹⁶¹ Die Presse reagierte weniger enthusiastisch. Die von der Tory-Führung vorgebrachten Argumente seien fadenscheinig und unredlich, schrieb die *Times*. „[T]he Conservative Party wants to keep our unfair electoral system in order to have an unfair share of power.“¹⁶² Thatcher konnte das negative Presse-Echo jedoch gleichgültig sein. Sie hatte erreicht, was sie wollte: Das Thema „Wahlrechtsreform“ stand nicht länger auf der Tagesordnung ihrer Partei, auch wenn es noch eine Zeitlang durch die Kommentarspalten einiger Zeitungen geisterte.

Nicht immer hielt sich die Parteichefin derart im Hintergrund wie in der Frage der Wahlrechtsreform. Typischer für ihren politischen Stil waren persönliche Initiativen, die sie ohne vorherige Abstimmung mit ihrem Schattenkabinett in Reden oder Fernsehinterviews startete. „Never underestimate the effectiveness of simply announcing something“, riet sie Jahre später einem ihrer Minister.¹⁶³ Diese Ankündigungspolitik entsprach so-

¹⁶⁰ The National Union of Conservative and Unionist Associations: (93.) Annual Conference Blackpool, Oktober 1975 (Verbatim Report), S. 69–72 (S. 70).

¹⁶¹ Ebd., S. 72.

¹⁶² *The Times*, 9. Oktober 1975.

¹⁶³ BAKER, S. 192.

wohl Thatchers Vorstellung von Führerschaft als auch ihrer populistischen Ader. Zudem boten ihr Alleingänge die Chance, zögerliche oder widerstrebende Kollegen vor vollendete Tatsachen zu stellen und die Partei auf Standpunkte festzulegen, die sich in einer offenen Diskussion im Führungszirkel kaum durchgesetzt hätten.¹⁶⁴ Ein gutes Beispiel für diese Taktik war Thatchers Vorpreschen in der Einwanderungsfrage, einem heiklen, emotionsgeladenen Thema, bei dem die Parteien stillschweigend übereingekommen waren, es lieber nicht in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung zu rücken. „[A]ny attempt to use immigration as a high-profile, partisan political issue is likely to be counterproductive“, hieß es in einem Strategiepapier des CRD vom Dezember 1975. „While immigration under the present Labour Government has risen substantially, it cannot be expected in light of past Conservative obligations that a Conservative Government would be able to alter the picture substantially.“¹⁶⁵ An der konservativen Basis jedoch schwelte der Unmut über die Zuwanderung vor allem aus den Commonwealth-Staaten. Eine empörte Wählerin schrieb im September 1975 an Joseph:

The indigenous white population [...] has never wanted a multiracial society but has never been allowed access to the Ballot Box to state its view. Therefore no British Government has ever had a mandate to set up a multiracial society in Britain, and by no standards can the British people be expected to take kindly to the present situation which is due solely to the doctrinaire stupidity (or malice? or worse?) of post war socialist politicians and the rank irresponsibility and cowardice of the Tories.¹⁶⁶

Bemerkungen wie diese ließen fürchten, das Thema biete der rechtsextremen *National Front*, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bei Nachwahlen einige spektakuläre Erfolge erzielte, eine Chance, enttäuschte Tory-Wähler abzuwerben, zumal unter der Labour-Regierung die Zahl der Zuwanderer von 32 000 im Jahr 1973 auf über 55 000 im Jahr 1976 gestiegen war. Es verwundert daher nicht, daß man auch von den Hinterbänken der Tory-Fraktion im Unterhaus Unmutsbekundungen hören konnte.¹⁶⁷ Vor

¹⁶⁴ „At first some of us thought this tendency of Margaret's to make new policy on television was simply a matter of inexperience“, erinnerte sich Prior. „But it was her way of making certain she got her way. We did not fully appreciate at first that she was the strong, determined leader which she subsequently turned out to be“; PRIOR, S. 107. Vgl. hierzu auch KAVANAGH, *Thatcherism*, S. 272; RAMSDEN, *Appetite*, S. 426.

¹⁶⁵ CRD-Paper „Immigration Into Britain: Some Options for Restriction“ vom 16. Dezember 1975, in: Joseph Papers, CPA/KJ 16/5 (= Folder: Repatriation).

¹⁶⁶ Schreiben von Daphne Vigne-Smith an Keith Joseph vom 4. September 1975, ebd.

¹⁶⁷ „A deep disquiet about immigration troubles this nation as never before“, schrieb der Abgeordnete Ronald Bell. „People want to do something about it. They feel helpless“; Schreiben von Ronald Bell an Keith Joseph (ohne Datum), ebd.

diesem Hintergrund mußte Whitelaw, seit 1976 im Schattenkabinett für Innenpolitik zuständig, die Einwanderungspolitik der Konservativen formulieren. Er tat es vorsichtig und um Ausgewogenheit bemüht. Auf dem Tory-Parteitag 1976 erklärte er, das Land benötige „[a] clear prospect of an end to immigration“.¹⁶⁸ Gleichzeitig setzte er sich jedoch dafür ein, daß Angehörige von Immigranten, die vor 1973 nach Großbritannien gekommen waren, im Zuge einer Familienzusammenführung eingelassen wurden.¹⁶⁹ Nicht zufällig vermerkte das Protokoll seines Auftritts vor dem ACP im Januar 1977 mehrfach die Formulierung „on the one hand [...] on the other hand“.¹⁷⁰

Whitelaws Politik des „einerseits-andererseits“ reichte seiner Parteiführerin nicht aus. Sie sah jedoch keine Chance, sich mit ihrer härteren Linie innerhalb des Schattenkabinetts durchzusetzen und entschloß sich deswegen zu einer spektakulären Einzelaktion. In einem Fernsehinterview am 30. Januar 1978 nahm sie selbst zur Einwanderungsfrage Stellung. Der Zeitpunkt war geschickt gewählt. Die Callaghan-Regierung hatte im November 1977 eine Amnestie für all diejenigen verfügt, die illegal nach Großbritannien eingereist oder trotz Ablauf ihres Visums im Lande geblieben waren, was den Unmut an der Tory-Basis noch vergrößerte. Zudem stand Anfang März eine Nachwahl in North Ilford ins Haus, wo acht Prozent der Bevölkerung Asiaten und Schwarze waren und wo das Thema Einwanderung daher ganz oben auf der Liste der Wahlkampfthemen stand. Außerdem hatten sich zwei Tage vor dem Interview schwarze Jugendliche in Wolverhampton, einer Stadt in den Midlands mit einem besonders hohen Prozentsatz von Immigranten, eine Straßenschlacht mit der Polizei geliefert, Steine geworfen und Schaufenster eingeschlagen. Als Thatcher daraufhin in der Fernsehsendung *World in Action* nach ihrer Haltung zur Einwanderungsproblematik gefragt wurde, antwortete sie, offizielle Statistiken prognostizierten, daß die Zahl der Farbigen in Großbritannien bis zum Ende des Jahrhunderts auf vier Millionen anwachsen werde.

Now, that is an awful lot and I think it means that people are really afraid that this country might be rather swamped by people with a different culture. And you know the British character has done so much for democracy, for law and done so much throughout the world, that if there is any fear it might be swamped, people are going to react and be rather hostile to those coming in.

¹⁶⁸ National Union 1976, S. 105.

¹⁶⁹ Siehe *The Economist*, 21. Januar 1976.

¹⁷⁰ CPA/ACP (77) 148th Meeting vom 12. Januar 1977. Vgl. auch CPA/ACP (76) 5, 15. Dezember 1976.

Jährlich kämen etwa 45 000 bis 50 000 neue Einwanderer ins Land; sie selbst, die in einer kleinen Stadt von 25 000 Einwohnern aufgewachsen sei, wisse, was das bedeute: zwei neue Kleinstädte pro Jahr. Viermal wiederholte sie im Laufe des Gesprächs ihren Lösungsvorschlag: „[Y]ou have to hold out the prospect of a clear end to immigration.“ Die Parteien beschuldigte sie, aus Angst vor Rassismusbewerfen nicht genügend über das Thema gesprochen und damit den Rechtsextremen in die Hände gespielt zu haben.¹⁷¹

Das Interview löste einen Ausschrei der Empörung aus: Innenminister Merlyn Rees warf Thatcher vor, sie glaube, „race is a good thing to win a general election“, und mache daher den Rassenhaß gesellschaftsfähig.¹⁷² Schatzkanzler Healey ergänzte einen Monat später: „[S]he is seeking to appeal to some of the baser elements in the human constitution and to arouse emotions of hate and fear which she feels, cleverly exploited, might bring her party gains“.¹⁷³ Der Führer der Liberalen Partei David Steel konstatierte, Thatcher zeige sich völlig verantwortungslos gegenüber der farbigen Bevölkerung des Landes, die unter ihren Bemerkungen zu leiden hätte.¹⁷⁴ Als auch die Kirchen, große Teile der Presse und sogar einzelne konservative Politiker das Interview kritisierten, sah sich Thatcher gezwungen, darauf hinzuweisen, nicht sie, sondern ihr Gesprächspartner habe das Thema aufgebracht.¹⁷⁵ Gleichzeitig verbreiteten Pressesprecher der Tory-Partei, Thatcher habe nicht wirklich gemeint, was sie in dem Interview gesagt habe. Ihre ungeschickte Art, „aus der Hüfte zu schießen“, politisch zu improvisieren, sei auf ihre Unerfahrenheit zurückzuführen. Die Politikerin selbst bemühte sich, in den folgenden Wochen und Monaten den Vorwurf, sie sei eine Rassistin, zu entkräften. „Under our Conservative philosophy“, sagte sie etwa im Juli vor der *Anglo-Asian Conservative Society*, „all men are equal under the Law; whatever their colour, whatever their religion. And all are equally important; and they must have the opportunity to fulfil their own destinies, be free to live their own lives.“¹⁷⁶ Dennoch hielt die Parteichefin an ihren Aussagen im Kern fest: „Racial harmony in Great Britain will benefit most“, erklärte sie am 12. Februar 1978, „if some of the doubts about the future are removed: doubts on numbers and doubts on commit-

¹⁷¹ Zit. nach *The Times*, 31. Januar 1978.

¹⁷² Zit. nach ebd.

¹⁷³ Zit. nach *The Times*, 1. März 1978.

¹⁷⁴ Zit. nach *The Times*, 6. Februar 1978. Vgl. *The Times*, 1. Februar 1978.

¹⁷⁵ Siehe COCKERELL, S. 239; WAPSHOTT und BROCK, S. 223. Vgl. *The Economist*, 4. Februar 1978; *The Times*, 7. Februar 1978.

¹⁷⁶ Am 14. Juli 1978 vor der Barnet Branch of the Anglo-Asian Conservative Society in London: News Service 943/78, S. 1.

ments. I believe that we will only succeed in maintaining and securing our traditional tolerance and fairness in this country, if we cut the number of immigrants coming in now.“ Ihren Kritikern warf sie vor, sie produzierten Nebelschwaden und riefen „Rassist“, wenn jemand versuche, in einer vernünftigen Art und Weise Ängste zu diskutieren, die viele ernsthaft beschäftigten.¹⁷⁷

Thatchers Aussagen zur Einwanderung waren keineswegs so spontan und unbedacht gefallen, wie die Tory-Partei glauben machen wollte. Vielmehr hatte die Parteiführerin das Thema zuvor mit ihren engsten Beratern intensiv diskutiert; selbst der Gebrauch des Wortes „swamped“ scheint abgesprochen gewesen zu sein.¹⁷⁸ Der Erfolg gab ihr recht: Ihre Ansichten wurden zwar von Journalisten, Politikern und Kirchenleuten verurteilt, bei vielen Bürgern aber kamen sie gut an.¹⁷⁹ Wie Powell zehn Jahre zuvor erhielt auch Thatcher tausende zustimmender Briefe, viele von Labour-Wählern. Hatten die Konservativen vor dem Interview in Umfragen mit Labour etwa gleichauf gelegen, so erreichten sie danach einen Vorsprung von elf Prozent. Der Aufschwung kam gerade recht für die Nachwahlen in Ilford North in Essex, die die Tories mit einem Vorsprung von zwölf Prozent gewannen.

Gleichzeitig gelang es Thatcher, die Partei auf ihre härtere Linie in der Einwanderungspolitik festzulegen. Whitelaw, den sie über ihr Fernsehinterview nicht im voraus informiert hatte, blieb nur die Wahl zwischen Rücktritt und dem Einschwenken auf den neuen Kurs. Er entschied sich für letzteres und stampfte gemeinsam mit dem CRD in den folgenden sechs Wochen eine Politik aus dem Boden, die sich im Einklang mit den Äußerungen der Partchefin befand und die er dem *Conservative Central Council* Mitte März als seine eigene Politik präsentierte. Seit diesem Erfolg gehörte die gezielte Provokation der Meinungseliten durch das Aufbringen von Tabuthemen und der bewußte Schulterschuß mit der Volksmeinung ins Arsenal von Thatchers politischen Waffen, mit denen sie widerstrebende Parteigremien übertölpelte und ihren Status als populistische Volkstribunin untermauerte.¹⁸⁰

¹⁷⁷ Am 12. Februar 1978 auf der Young Conservative National Conference in Harrogate: News Service 194/78, S. 2. Vgl. auch *Conservative Monthly News*, März 1978, S. 3.

¹⁷⁸ Sherman hatte schon eineinhalb Jahre zuvor für eine andere Politik plädiert; vgl. seine beiden Artikel im *Daily Telegraph*, 8. und 9. September 1976. Siehe hierzu und zum folgenden auch COCKERELL, S. 239–40; WAPSHOTT und BROCK, S. 223.

¹⁷⁹ Powell pries mit typischer Emphase „[the] great surge of hope and relief which a single word [...] by the Conservative leader evoked from one end of the country to the other“; zit. nach COSGRAVE, Powell, S. 444.

¹⁸⁰ Vgl. RAMSDEN, Appetite, S. 427. Vgl. Whitelaws Version der Ereignisse in WHITELAW, S. 153–4.

2. DER STREIT UM DIE KONSERVATIVE GEWERKSCHAFTSPOLITIK

A) DIE AUSGANGSLAGE, 1975–1977

Im Mittelpunkt der politischen Themen, mit denen sich die Tory-Partei in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auseinandersetzen mußte, standen die eng miteinander verzahnten Probleme von Inflation und dem Einfluß der Gewerkschaften. Vor allem die Frage nach dem Verhältnis zu den Gewerkschaften, die zwischen 1974 und 1979 den Zenit ihrer Macht erklommen, wurde für die Tories immer wichtiger. Zum einen stiegen deren Mitgliederzahlen von elfeinhalb auf mehr als 13 Millionen, den höchsten Stand in der Geschichte des Landes.¹⁸¹ Zum anderen übten sie in diesen Jahren größeren politischen Einfluß aus als jemals zuvor. Unter Wilson gestalteten sie in den Jahren 1974/75 die Regierungspolitik maßgeblich mit. Sein Nachfolger Callaghan, der erste ehemalige Gewerkschaftsfunktionär, der in 10 Downing Street einzog, räumte ihnen kaum geringere Gestaltungsmöglichkeiten ein. Er, der wie kein zweiter die gewerkschaftliche Verwurzelung der Partei verkörperte, verdankte seine gesamte Karriere der Unterstützung durch die Gewerkschaftsbewegung. „[W]ait till the trade unions decide their line and follow them“, lautete sein politisches Erfolgsrezept, wie er bereits in den vierziger Jahren einem Gesprächspartner verriet.¹⁸²

Die Labour-Regierung machte die Gewerkschaftsgesetzgebung ihrer konservativen Vorgängerin rückgängig, stellte im *Trade Unions and Labour Relations Act* von 1974 die gewerkschaftliche Zwangsmitgliedschaft in den *Closed Shop*-Betrieben auf eine gesetzliche Grundlage und erweiterte 1976 in einem *Amendment Act* den bereits seit 1906 zugestandenen Schutz der Gewerkschaften vor Haftungs- und Schadensersatzansprüchen. Im *Employment Protection Act* vom selben Jahr gewährte sie zudem einen weitgehenden gesetzlichen Kündigungsschutz. Der Einsatz von Streikposten (*pickets*) wurde als „nicht ungesetzlich“ bezeichnet und der Einsatz „fliegender Streikkommandos“ an fremden Arbeitsstätten unter bestimmten Umständen zugelassen (*secondary picketing*). Außerdem sollte eine unabhängige Schlichtungsinstanz, der *Advisory Conciliation and Arbitration*

¹⁸¹ Da gleichzeitig die Zahl der Einzelgewerkschaften leicht zurückging, wuchs die Mitgliedschaft der durchschnittlichen Gewerkschaft von 19000 im Jahr 1969 auf 30000 zehn Jahre später, was ihre Position weiter stärkte. Der Anstieg ist zum Teil auf den Zustrom von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zurückzuführen, die zuvor vergleichsweise selten einer Gewerkschaft beigetreten waren, aber in Zeiten rapider Geldentwertung ihren Lebensstandard verteidigen wollten; vgl. PELLING, S. 299, 321, KENNETH O. MORGAN, Callaghan. A Life, Oxford 1997, S. 654.

¹⁸² GEORGE WIGG, George Wigg, London 1972, S. 254.

Service, den von der konservativen Vorgänger-Regierung vorgesehenen Rekurs auf Gerichte ausschließen. Als Folge dieser arbeitnehmerfreundlichen Gesetzgebung stieg die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften weiter, der Einfluß der Gewerkschaftsführer wuchs.¹⁸³ Vor diesem Hintergrund verwundert das Ergebnis einer Gallup-Umfrage vom Januar 1977 kaum, die ermittelte, daß 54 Prozent der Briten Jack Jones, den Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft TGWU, für den mächtigsten Mann im Lande hielten – nur 25 Prozent dachten an den Regierungschef.¹⁸⁴ Schon deshalb mußte jede Oppositionspartei über ein klares Konzept für den Umgang mit den Gewerkschaften verfügen. Untrennbar mit der Gewerkschaftspolitik verbunden war aber auch die Frage der Inflationsbekämpfung. Denn die von den Gewerkschaften maßgeblich bestimmte Lohnentwicklung hatte direkte Auswirkungen auf die Preisstabilität.¹⁸⁵

Die traditionelle Antwort, die britische Politiker in der Nachkriegszeit auf die doppelte Herausforderung durch Inflation und Gewerkschaftsmacht gaben, war der Ruf nach einer staatlichen Lohnpolitik, sei sie gesetzlich verankert oder auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und dem Staat.¹⁸⁶ Schon die Attlee-Regierung hatte 1948 bis 1950 im Einvernehmen mit dem TUC eine Periode freiwilliger Lohnzurückhaltung durchgesetzt, um auf die ökonomischen Krisensymptome der späten vierziger Jahre zu reagieren. Obwohl es im Verlauf des folgenden Jahrzehnts keine neuen Anläufe gab, verschob sich der wirtschaftspolitische Konsens allmählich in Richtung staatlicher Intervention, so daß Macmillan 1962 konstatieren konnte, eine Lohnpolitik sei inzwischen „necessary as a permanent feature of our economic life“.¹⁸⁷ Auch in der Labour-Partei breitete sich die Überzeugung aus, eine Lohnpolitik in der einen oder anderen Form sei „a permanent element of our national life“,

¹⁸³ Siehe etwa MICHAEL MORAN, *The Conservative Party and the Trade Unions Since 1974*, in: *Political Studies* 27, 1979, S. 45.

¹⁸⁴ *The Times*, 4. Januar 1977; vgl. auch TAYLOR, S. 231; BRIAN HARRISON, *Incomes Policies in Britain since 1940: A Study in Political Economy*, in: CHRISTINE BRULAND und PATRICK O'BRIEN (Hrsg.), *From Family Firms to Corporate Capitalism: Essays in Business and Industrial History in Honour of Peter Mathias*, Oxford 1998, S. 274.

¹⁸⁵ Der Einzelhandelspreisindex als Indikator inflationärer Tendenzen zeigt, wie ernst die Lage in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre geworden war: Er stieg von 9,2 Prozent 1973 auf 16 Prozent 1974 und 24,2 Prozent 1975, ehe er 1976 auf 16,5 Prozent, 1977 auf 8,3 Prozent und 1978 auf 8,3 Prozent sank, nur um 1979 wieder auf 13,4 Prozent emporzuschnellen; siehe TAYLOR, S. 385 (Appendix 5).

¹⁸⁶ Siehe hierzu und zum Folgenden BRIAN HARRISON, *Incomes Policies in Britain since 1940: A Study in Political Economy*, in: BRULAND und O'BRIEN (Hrsg.); SAMUEL BRITTAN und PETER LILLEY, *The Delusion of Incomes Policy*, London 1977.

¹⁸⁷ Am 26. Juli 1962 im Unterhaus; Hansard Vol. 624, Col. 1757.

wie Wirtschaftsminister Michael Stewart 1967 unwidersprochen feststellte.¹⁸⁸ Seine Partei vertraute in den Jahren 1964 bis 1966 zunächst auf eine freiwillige Regelung, ehe sie zwischen 1966 und 1970 zu einer gesetzlichen Festschreibung übergang. Dieser parteiübergreifende Konsens blieb in den folgenden Jahren bestehen, auch wenn die Heath-Regierung 1970 mit dem Versprechen antrat, keine staatlichen Einkommenskontrollen zu verhängen, und Wilson 1974 den Gewerkschaften zunächst weitgehend freie Hand bei der Aushandlung der Lohnabschlüsse ließ. Beide Politiker mußten jedoch ihre Entscheidung bitter büßen. Heath kehrte 1972 reumütig zur Lohnpolitik zurück. Und auch Wilsons Kurs, auf freiwillige Selbstbeschränkung der Arbeitnehmer und Wiedereinführung des *free collective bargaining* zu setzen, erwies sich in der Regierungsverantwortung als nicht tragfähig. Angesichts horrender Lohnforderungen, schwindenden Vertrauens der internationalen Anleger in die britische Wirtschaft und einer drohenden Hyperinflation sah der Premier im Frühsommer 1975 nur einen Ausweg: die Rückkehr zu jener staatlichen Einkommenspolitik, für die man die konservative Regierung zuvor heftig kritisiert hatte.

Wilson stand nun vor der Aufgabe, die Gewerkschaften zur Einwilligung zu bewegen, ohne die einvernehmliche Zusammenarbeit mit ihnen zu gefährden. Zur Schlüsselfigur bei diesem Unterfangen wurde Jack Jones, der fürchtete, eine Inflationsrate von 30 Prozent würde den Sturz der sozialistischen Regierung bedeuten und eine gewerkschaftsfeindliche Tory-Regierung ans Ruder bringen, zumindest aber eine Koalitionsregierung, die weniger bereitwillig mit den Gewerkschaften kooperieren würde. Er schlug daher eine einheitliche und verbindliche Erhöhung des Wochenlohnes aller Arbeitnehmer um acht Pfund vor. Dieser Kompromißvorschlag, der in den folgenden Diskussionen auf eine Erhöhung um sechs Pfund abgesenkt wurde, hatte den Vorzug, daß er nominell als freiwillige Übereinkunft gelten konnte. Ein offener Bruch sozialistischer Wahlkampfversprechen wurde somit vermieden, auch wenn sich die neue Regelung in der Sache von einer förmlichen Einkommenspolitik kaum unterschied.¹⁸⁹

¹⁸⁸ Zit. nach BRIAN HARRISON, *Incomes Policies in Britain since 1940: A Study in Political Economy*, in: BRULAND und O'BRIEN (Hrsg.), S. 272.

¹⁸⁹ Außerdem kam die Festlegung auf eine einheitliche Lohnerhöhung für alle Einkommensklassen den sozialistischen Kräften in den Gewerkschaften entgegen, weil Arbeiter mit geringem Einkommen proportional stärker von ihr profitierten. Aus der Sicht des Schatzkanzlers schließlich gelang es, von einer Phase ungehemmter Lohnexplosion zu einer geregelten Politik überzugehen, die den Kampf gegen die Inflation nicht hindern, sondern fördern würde. Vgl. HOLMES, *Labour Government*, S. 26–34; MIDDLEMAS, *Power*, S. 90–9; DELL, *Chancellors*, S. 416–8.

Die Strategie erwies sich zunächst als Erfolg. Im folgenden Jahr lagen die Lohnzuwächse, die durchschnittlich etwa 4,5 Prozent betrugen, deutlich unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten. Auch für 1977/78 konnte eine einheitliche Regelung von zehn Prozent durchgesetzt werden. Die Lohnpolitik war sogar zunächst erstaunlich populär. Im April 1976 sprachen sich 82 Prozent der Gewerkschafter für deren erste Phase aus und immerhin 63 Prozent befürworteten auch Phase Zwei.¹⁹⁰ Dennoch barg das Instrument der Lohnpolitik für jeden Politiker, der es anwandte, ein nicht zu unterschätzendes Risiko: die Konfrontation mit Gewerkschaften, die es als ihre zentrale Aufgabe ansahen, möglichst hohe Lohnabschlüsse für ihre Mitglieder zu erzielen. Schon 1948 bis 1950 hatten nicht alle Gewerkschaften die Politik freiwilliger Lohnzurückhaltung mitgetragen. Frank Cousins, Jones' Vorgänger als Vorsitzender der TGWU, trat 1966 aus Protest gegen die Lohnpolitik der Wilson-Regierung von seinem Posten als Technologie-minister zurück. In den siebziger Jahren endeten sowohl der konservative Versuch einer gesetzlich verankerten Lösung als auch Labours formal freiwillige Regelung mit Streiks der Gewerkschaften. „A Labour Government can get away with an incomes policy for three years“, erklärte 1978 ein Gewerkschaftsführer Schattenarbeitsminister Prior, „and a Conservative can get away with one for two years. So the difference is twelve months.“¹⁹¹ Den zuständigen Ministern wurden die mit einer Lohnpolitik verbundenen Gefahren zunehmend bewußt, ohne daß sie Alternativen zu ihr erkennen konnten. Healey hielt die Einführung einer derartigen Politik für genauso verrückt wie einen Sprung aus dem zweiten Stockwerk: „No one in his senses would do it unless the stairs were on fire. But in postwar Britain, the stairs have always been on fire.“¹⁹²

Für die Tory-Partei stellten sich im Zusammenhang mit den Themenkomplexen Inflation und Gewerkschaften vor allem zwei Fragen. Die erste bezog sich auf die mittel- und langfristigen ökonomischen Erfolgsaussichten ihrer Politik: Wie erreichte man am besten eine dauerhaft stabile Lohn- und Preisentwicklung und friedliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Regierung? Die zweite Frage hatte mit der strategischen Positionierung der Partei gegenüber den Gewerkschaften zu tun: Wie konnte eine Wiederholung der traumatischen und demütigenden Niederlagen verhindert werden, die die Gewerkschaften der Heath-Regierung

¹⁹⁰ *Sunday Times*, 11. April 1976.

¹⁹¹ PRIOR, S. 111.

¹⁹² HEALEY, S. 399–400.

1972 und 1974 beigebracht hatten?¹⁹³ Auf diese beiden Fragen wurden innerhalb der Tory-Partei zwischen 1975 und 1979 ganz unterschiedliche Antworten gegeben.

Der für die Gewerkschaftspolitik zuständige Schattenminister Prior sah im Zusammenstoß mit den Gewerkschaften den wichtigsten Grund für das Scheitern der Heath-Regierung. Nur eine Fortsetzung des im Oktoberwahlkampf 1974 begonnenen Versöhnungskurses konnte seiner Meinung nach eine neuerliche Konfrontation und eine weitere Niederlage seiner Partei verhindern. Hatte der konservative Premierminister Stanley Baldwin nicht schon in der Zwischenkriegszeit gescherzt, ein weiser Mann werde sich niemals mit dem Papst oder der *National Union of Mineworkers* anlegen? Prior hielt es für seine wichtigste Aufgabe, ein Vertrauensverhältnis zu den Führern des TUC aufzubauen und um Verständnis für die Leitlinien der Gewerkschaftspolitik einer künftigen konservativen Regierung zu werben. „We must counter the gross distortion that Labour is co-operative and understanding, whilst the Conservatives were interfering and ignorant“, schrieb er in einem Strategiepapier vom Januar 1976, in dem er sich für „a cautious, considered approach“ aussprach.¹⁹⁴ Ein wichtiger Bestandteil seiner Politik, die von den meisten *moderates* unterstützt und von einflußreichen Blättern wie der *Times*, dem *Economist* und dem *Spectator* positiv kommentiert wurde, war der Verzicht auf weitreichende Gesetze zur Eindämmung gewerkschaftlicher Macht.¹⁹⁵

Die Parteibasis bat er, nicht in eine antigewerkschaftliche Haltung zurückzufallen.¹⁹⁶ Auf dem Parteitag vom Oktober 1976 warb er für „conciliation and understanding“ gegenüber den Gewerkschaften und verwahrte sich gegen den „Mythos“, eine Rückkehr der Tories an die Macht bedeute Konfrontation.¹⁹⁷ Ein Verbot des *closed shop*, der bei der konservativen

¹⁹³ Ähnlich auch MICHAEL MORAN, *The Conservative Party and the Trade Unions Since 1974*, in: *Political Studies* 27, 1979, S. 44.

¹⁹⁴ JIM PRIOR, *Industrial Relations and the Trade Unions* vom 12. Januar 1976, in: CPA/ACP/76/1.

¹⁹⁵ Der konservative Unterhausabgeordnete Norman St. John-Stevas schrieb: „No government in Britain can hope to succeed today without the good will of the unions“, NORMAN ST. JOHN-STEVAS, *The Disappearing Consensus*, in: ANTHONY KING (Hrsg.), *Why is Britain Becoming Harder to Govern?*, London 1976, S. 58–9. Als Beispiele positiver Kommentare in der Presse vgl. *The Times*, 28. Februar 1976; *Spectator*, 19. Juni 1976 und 9. Oktober 1976.

¹⁹⁶ „It would be all too easy – and popular with some sections of the Party – to indulge in union bashing“, erklärte er dem ACP. Es sei absolut notwendig „to restore confidence between ourselves and the trade unions, even if at the end of the day we were likely to convince only a small percentage. It [has] to be a quiet, long-term exercise“, CPA/ACP (76) 142nd Meeting vom 14. Januar 1976. Vgl. *The Times*, 20. März 1976 und vom 16. März 1977.

¹⁹⁷ *National Union* 1976, S. 55. Siehe auch *The Times*, 7. Oktober 1976; *Spectator*, 9. Oktober

Basis nach wie vor als Symbol gewerkschaftlichen Machtmißbrauchs galt, schloß er aus.¹⁹⁸ In der Frage der Lohnpolitik taktierte Prior vorsichtig. Das Schicksal Heaths, der sich als Oppositionsführer strikt gegen jede Form der Lohnpolitik ausgesprochen hatte, nur um sie dann als Regierungschef doch einzuführen, lehrte ihn, Festlegungen zu vermeiden. Er gab seine Vorliebe für Vereinbarungen über freiwillige Lohnzurückhaltung zu erkennen und erklärte, eine Tory-Regierung „[would] make every effort to avoid any return to a statutory incomes policy“.¹⁹⁹ Gleichzeitig machte er deutlich, daß seine Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung nicht grundsätzlicher Natur waren, sondern den mit ihr verbundenen praktischen Schwierigkeiten galten. Eine Rückkehr zum Prinzip des *free collective bargaining* schloß er hingegen aus.²⁰⁰

Radikalere Akzente setzten Heath und Walker, die sich als Hinterbänkler nicht der Disziplin des Schattenkabinetts unterwerfen mußten. Sie vertraten den Standpunkt, daß man angesichts kompromißloser Gewerkschaften nicht auf eine Lohnpolitik verzichten konnte, mochte diese noch so unbefriedigend sein.²⁰¹ In einer Broschüre der von Walker geleiteten *Tory Reform Group* hieß es im Dezember 1976: „[T]he damage of the disadvantages of an incomes policy is nothing compared with the damage of having no incomes policy at a time when union power is likely to be exercised not on the basis of what one individual firm or industry can afford but on a competitive basis between one union and another.“²⁰² Eine gesetzliche Festschreibung der Lohnhöhe schlossen Walker und seine Anhänger nicht aus. Sie waren jedoch bereit, den Gewerkschaften im Ausgleich dafür auf anderen Gebieten weit entgegen zu kommen.²⁰³ Insgesamt liefen diese Ideen auf

1976. Vgl. auch JAMES PRIOR, An Open Crusade for Common Sense, in: *Conservative Monthly News*, Mai 1977, S. 5.

¹⁹⁸ Vgl. etwa *Sunday Times*, 22. Mai 1977.

¹⁹⁹ Zit. nach *The Times*, 14. Mai 1977. Vgl. auch PRIOR, S. 109.

²⁰⁰ Siehe etwa *The Times*, 4. April 1977.

²⁰¹ Vgl. WALKER, *Staying Power*, S. 141. „[A]n incomes policy is part of economic management“, erklärte Heath im Juli 1976 im Unterhaus, „the better one can make that aspect of policy, the more suitably and flexibly the economy will be managed“; am 7. Juli 1976 im Unterhaus, Hansard Vol. 914, Col. 1427. Vgl. auch Heaths Rede vom 22. Juli 1975 im Unterhaus, Hansard Vol. 896, Cols. 339–49.

²⁰² Zit. nach *The Times*, 20. Dezember 1976.

²⁰³ Etwa bei der Frage betrieblicher Mitbestimmung oder der Beteiligung von Arbeitnehmern an den Gewinnen der Unternehmen, in denen sie beschäftigt waren, bis hin zur Gründung eines paritätisch besetzten Wirtschaftsparlaments, das für die einvernehmliche Schlichtung von Tarifkonflikten zuständig sein sollte.

einen Ausbau der korporatistischen Ansätze hinaus, die die Heath-Regierung 1972 bis 1974 entwickelt hatte.²⁰⁴

Heaths und Walkers Ansichten wurden von einigen Mitgliedern des Schattenkabinetts geteilt. Politiker wie Gilmour und Maudling konnten sich zwar mit Rücksicht auf die Kabinettsdisziplin nicht öffentlich zu ihrem Standpunkt bekennen. Hinter verschlossenen Türen setzten sie sich jedoch für eine Neuauflage konservativer Lohnpolitik ein. Im Mai 1976 verteilte Maudling ein Memorandum an seine Kollegen im Schattenkabinett, in dem er seine Argumente für eine gesetzliche Festschreibung der Lohnhöhe und gegen die Praxis des *free collective bargaining* darlegte. „The sole and overwhelming reason why an incomes policy is needed“, schrieb er, „is to deal with the monopoly power which the unions now possess and, even more important, are now fully conscious that they do possess.“ Solange die Gewerkschaften über die Macht verfügten, einzelne Firmen oder ganze Industriezweige in den Ruin zu treiben und das Wirtschaftsleben des Landes zum Stillstand zu bringen, verbiete sich jeder Gedanke an freie Aushandlung der Löhne von selbst. Das einzige, was die Regierung tun könne, sei, Druck auf die Gewerkschaften auszuüben, „to exercise moderation in their demands; which is what succeeding Conservative administrations have meant by an incomes policy“.²⁰⁵

Einen diametral entgegengesetzten Standpunkt vertrat Joseph, der seit seiner Rede in Preston vom September 1974 als entschiedener Gegner einer Lohnpolitik ausgewiesen war. In einem Leserbrief an die *Times* bekräftigte er im Februar 1977 seinen Standpunkt: Er bekenne sich zum Wert des *free collective bargaining* und glaube nicht, „that incomes policy and the social contract are economically beneficial. I argue that these arrangements, far from helping the economy, are a root cause of the inflation, unemployment, stagnation and balance of payments crises which have plagued us over the past two years. If these measures are continued, the ills will be intensified.“²⁰⁶ Zu dem von Joseph vertretenen monetaristischen Credo gehörte die These, daß übermäßige Lohnforderungen der Gewerkschaften die Inflation nicht in die Höhe treiben konnten, solange die Regierung der Versuchung widerstand, die Geldmenge allzu rasch zu vergrößern. Dennoch hielt der Politiker eine Begrenzung der Macht der Gewerkschaften lang-

²⁰⁴ Vgl. Walkers Vorschläge vom Mai 1976, abgedruckt in: *The Times*, 20. Mai 1976. Siehe auch MORAN, S. 49–53.

²⁰⁵ REGINALD MAUDLING, Incomes Policy. Memorandum circulated to the Shadow Cabinet vom 21. Mai 1976, abgedruckt in: MAUDLING, S. 265–7 (S. 266).

²⁰⁶ *The Times*, 24. Februar 1977.

fristig für unumgänglich. Wenn diese auch nicht direkt für die Geldentwertung verantwortlich waren, verfügten sie doch über ein beträchtliches Zerstörungspotential.²⁰⁷ Josephs Position unterschied sich völlig von der traditionellen Haltung der Nachkriegskonservativen gegenüber den Gewerkschaften. Bislang hatten sie entweder versucht wie Prior (und vor ihm zum Beispiel Churchills Arbeitsminister Walter Monckton), einem Konflikt aus dem Weg zu gehen. Oder sie hatten ihn wie Heath und Walker auf dem Felde der Lohnpolitik gesucht, während sie zugleich ihre Bereitschaft signalisierten, dem TUC weitgehende politische Mitspracherechte einzuräumen. Josephs Bekenntnis zum *free collective bargaining* hingegen deckte sich mit dem klassischen lohnpolitischen Standpunkt der Gewerkschaften. Allerdings wollte er deren Rolle allein auf die freie Aushandlung von Tarifverträgen beschränkt wissen; weitergehende Mitbestimmungsrechte sollten ihnen in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft nicht zukommen.

Josephs Strategie hatte den Nachteil, daß sie selbst denjenigen zu radikal erschien, in deren Interesse er zu handeln glaubte: den britischen Arbeitgebern. Als sich Thatcher, Howe, Prior und Joseph im Januar 1976 mit der CBI-Führung trafen, erklärte man ihnen, der Verband habe sich bereit erklärt, die Lohnpolitik der Regierung ein zweites und notfalls auch noch ein drittes Jahr mitzutragen, und bitte die Tories, dies ebenfalls zu tun.²⁰⁸ Andererseits sprach Joseph großen Teilen der Parteibasis und vor allem den Anhängern der „Neuen Rechten“ aus der Seele. Schon 1972 hatten manche von ihnen instinktiv gegen das rebelliert, was sie als „syndikalistische Wende“ der Heath-Regierung empfanden.²⁰⁹ Im Frühjahr 1976 warf Ridley seinen Parteifreunden, die sich für eine Lohnpolitik einsetzten, gar vor, sie seien „subconscious believers in the Corporate State – advocates of a sort of sublimated fascism“.²¹⁰ Auch die Versöhnungsstrategie Priors erschien vielen wenig aussichtsreich, ja kontraproduktiv. Ihr Risiko bestehe darin, daß sie den Tories nicht die Kooperation, sondern die Verachtung der Gewerkschaften einbringe, schrieb Boyson. „The unions, like all outcrops of a free

²⁰⁷ „[T]hey can, by excessive pay increases, cause unemployment. They can bankrupt firms, deprive other workers, rob the Government of the scope to improve social services and force Government to raise taxes“; Hansard Vol. 890; col. 1009.

²⁰⁸ Siehe hierzu THATCHER, Erinnerungen, S. 370. Ähnlich auch MIDDLEMAS, Power, S. 212.

²⁰⁹ Im *Spectator* konnte man damals etwa lesen: „Over the last few years we have begun to see British parliamentary democracy give way slowly to a syndicalist system [...] the country will be governed by a slightly shifting group of politicians, some union leaders, and some employers, not in the interests of the nation as a whole, but in an attempt to preserve some kind of balance of power between elements in the group“; *Spectator*, 4. November 1972.

²¹⁰ NICHOLAS RIDLEY, Against an Incomes Policy, in: *Spectator*, 27. März 1976.

society, should be accepted as spontaneous voluntary organisations. They should not have special privileges nor suffer special disadvantages.“²¹¹

Zustimmung fand Josephs Linie auch bei der *Selsdon Group* und der NAFF, in deren individualistisches Weltbild sich das Plädoyer für ungehemmtes *free collective bargaining* ebenso gut einfügte wie die Forderung, alle anderen Tätigkeitsfelder der Gewerkschaften sollten radikal beschnitten werden. Der Versuch, Einvernehmen mit den Gewerkschaftsführern herzustellen, wurde mit der Aussichtslosigkeit entspannungspolitischer Fühlungnahme mit der Sowjetunion verglichen. Beides sei zum Scheitern verurteilt, weil der Gegner nur auf die Sprache einer Politik der Stärke, nicht aber der Verständigung höre.²¹² Bevorzugte Zielscheibe der Angriffe von Aktivisten der NAFF und der *Selsdon Group* war Prior, „[who] has been running up the white flag to see whether anyone, especially among the voters, will salute it“, wie es im März 1976 in *The Free Nation* hieß.²¹³ Prior und Seinesgleichen wurden als ideenlose, defätistische Opportunisten verspottet, denen es nur darum zu tun war, ihre eigenen Privilegien zu verteidigen.²¹⁴

Hinter den Schimpftiraden verbarg sich eine schwer zu widerlegende strategische Erkenntnis: Beim Werben um die Gunst der Gewerkschaften hatten die Tories notwendigerweise schlechtere Karten als Labour. Jede Politik, die wie die Lohnpolitik auf eine Zusammenarbeit der Regierung mit dem TUC angewiesen war, würde die Konservativen daher nach Ansicht der NAFF ins Abseits führen. Russell Lewis schrieb im Mai 1976:

Nothing that Jim Prior is in a position to offer [the trade unions], e.g. in guaranteeing the closed shop, compares with what they can receive in both power and preferment under a Labour Government [...] once the Conservatives accept that incomes policy is the lynch-pin of their economic policy generally they are likely to be in perpetual opposition. Because the unions can keep them out of power by simply refusing their co-operation.²¹⁵

Die Tories müßten aufhören, ihr Heil in irgendeiner Form der Lohnpolitik zu suchen, und sich statt dessen auf einen Zusammenstoß mit den Gewerkschaften vorbereiten. „It is not confrontation, after all, which would be the ultimate tragedy: the ultimate tragedy would be to have a confrontation and

²¹¹ BOYSON, Centre Forward, S. 50.

²¹² Vgl. etwa RUSSELL LEWIS, Mrs Thatcher, Please Don't Sell Out to the Union Left, in: *The Free Nation*, 19. März 1976, Bd. 1, Nr. 1, S. 1–2.

²¹³ Ebd., S. 1.

²¹⁴ Siehe etwa CALCRAFT, Jimlet, or the Art of giving Tories a Bad Name, in: *The Free Nation*, 9. Juli 1976, Bd. 1, Nr. 9, S. 1–2 (S. 2).

²¹⁵ RUSSELL LEWIS, Incomes Whitewash, in: *The Free Nation*, 28. Mai 1976, Bd. 1, Nr. 6, S. 9.

lose.“²¹⁶ Der Direktor des NAFF, Robert Moss, legte in seinem 1975 erschienenen Buch *The Collapse of Democracy* ausführlich dar, wie er sich eine Planung für den Notfall vorstellte: Kohle- und Ölvorräte müßten angelegt, private Transportmöglichkeiten organisiert, Notfallpläne für den Einsatz des Heeres und ziviler Freiwilliger aufgestellt und eine intelligente Propagandastrategie vorbereitet werden.²¹⁷

Unterstützung erhielt Joseph auch von Friedrich von Hayek. Dieser hatte schon 1947 in einem Vortrag vor der *Mont Pèlerin Society* konstatiert: „[I]f there is to be any hope of a return to a free economy the question how the powers of trade unions can be appropriately delimited in law as well as in fact is one of the most important of all the questions to which we must give our attention.“²¹⁸ 1960 führte er diesen Gedanken im Gewerkschaftskapitel seiner *Verfassung der Freiheit* aus. Das Grundübel bestehe darin, daß die Gewerkschaften „einzigartig privilegierte Institutionen geworden sind, für die die allgemeinen Regeln des Rechts vielfach nicht gelten“.²¹⁹ Es sei ihnen gelungen, dem Staat das Gewaltmonopol zu entreißen, ein eigenes Zwangssystem zu etablieren, die Wirkung der Marktkräfte zu blockieren und eine Elendspirale von Inflation, Arbeitslosigkeit und immer hilfloseren Staatsinterventionen in Gang zu setzen. Die einzige Möglichkeit, aus diesem Teufelskreis auszubrechen, erblickte er darin, daß die Immunität der Gewerkschaften aufgehoben werde und diese sich wieder „denselben allgemeinen Rechtsgrundsätzen unterordnen müssen, die auch sonst für jedermann gelten“.²²⁰ Schon 1960 hatte von Hayek Großbritannien als Paradebeispiel für seine These vom destruktiven Einfluß übermächtiger Gewerkschaften gesehen. Durch die Entwicklung der folgenden zwanzig Jahre fühlte er sich in dieser Einschätzung bestätigt. Als die britische Krise in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ihrem Höhepunkt zustrebte, schaltete er sich direkt in die politische Debatte ein. Seiner Ansicht nach mußte man das Übel bei der Wurzel packen – der gesetzlichen Privilegierung der Gewerkschaften. „[T]here is no salvation for Britain until the special privileges granted to the unions by the Trade Disputes Act of 1906 are revoked“, schrieb er im Juli 1977 in einem Leserbrief an die *Times*. Die Privilegien, die man den Gewerkschaften eingeräumt habe, seien die wichtigste Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs des Landes. Daran könne weder eine Labour-

²¹⁶ RUSSELL LEWIS, Mrs Thatcher, Please Don't Sell Out to the Union Left, in: *The Free Nation*, 19. März 1976, Bd. 1, Nr. 1, S. 1–2 (S. 2).

²¹⁷ Siehe ROBERT MOSS, *The Collapse of Democracy*, London 1975, S. 117.

²¹⁸ Zit. nach COCKETT, S. 114.

²¹⁹ VON HAYEK, *Verfassung*, S. 339.

²²⁰ Ebd., S. 354.

noch eine Tory-Regierung etwas ändern, solange es ihr an dem Wille mangele, die Fehlentwicklung rückgängig zu machen.²²¹

Eine vermittelnde Position im Streit um die Gewerkschaftspolitik nahm der Schattenschatzkanzler ein. Auf der einen Seite maß er als überzeugter Monetarist der Begrenzung des Geldmengenwachstums überragende Bedeutung im Kampf gegen die Inflation bei. In der Überzeugung, daß man die Macht der Gewerkschaften gesetzlich beschneiden müsse, wußte sich Howe, der unter Heath maßgeblich an der Ausarbeitung des *Industrial Relations Act* beteiligt gewesen war, ebenfalls mit Joseph einig, auch wenn beide sich zunächst mit öffentlichen Äußerungen zu dieser Frage zurückhielten.²²² Auf der anderen Seite hielt er jedoch staatliche Absprachen mit den Gewerkschaften für unumgänglich, wenn man eine Lohnexplosion und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit verhindern wollte. Nur wenn die Regierung sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer für ihre Politik der Inflationsbekämpfung gewinnen konnte, habe sie Aussicht auf Erfolg, hatte er bereits vor Thatchers Wahl zur Parteichefin im Januar 1975 erklärt.²²³

In seiner *Economic Reconstruction Group*, in der alle mit Wirtschaftsfragen betrauten Mitglieder des Schattenkabinetts versammelt waren, arbeitete er konsequent auf einen programmatischen Mittelweg hin, mit dem alle Beteiligten leben konnten, Prior und Gilmour ebenso wie Joseph und Ridley. Die Leitlinien eines denkbaren Kompromisses skizzierte Howe im Sommer 1976 in einer Rede vor der *Bow Group*, in der er feststellte, er glaube nicht, „that this problem will most easily be solved by those of us who are tempted to see the answer in theological absolutes“. Auch wenn man keine gesetzliche Lohnpolitik anstrebe, müsse man sich über die Frage der Lohnentwicklung Gedanken machen, schon allein deshalb, weil der Staat im öffentlichen Dienst direkt und in den Staatsbetrieben indirekt als Arbeitgeber fungiere. „If not an ‚incomes policy‘, then at least ‚a policy for incomes‘“, lautete Howes Konsensformel.²²⁴ Dieser Linie entsprachen die vorsichtigen Formulierungen im entsprechenden Kapitel des Parteidokuments *The Right Approach* vom Oktober 1976. „Restraint in pay bargaining“ hieß es dort, „serves to curb the alternative of unemployment, to secure the growth of profits as the basis for future jobs, to control the size of the pay and salary

²²¹ Siehe *The Times*, 21. Juli 1977. Vgl. auch einen zweiten Leserbrief von Hayeks knapp zwei Wochen später: *The Times*, 2. August 1977.

²²² Vgl. HOWE, S. 100.

²²³ Am 10. Januar 1975 beim Huddersfield & Spen Valley Incorporate Chamber of Commerce Centenary Dinner in Ainley Top: News Service 20/75, S. 8.

²²⁴ Zit. nach HOWE, S. 100.

element in public spending and to diminish inflationary expectations.“ Ein derartiges Plädoyer für Lohnzurückhaltung bedeute jedoch nicht, daß sich die Partei für eine voll ausgebildete Lohn- und Preispolitik einsetze. „Experience does not suggest that this is the best way of finding a long-term solution to the problem. That same experience demonstrates the unwisdom of flatly and permanently rejecting the idea.“²²⁵ Ein Jahr später präsentierte Howes Arbeitsgruppe das Ergebnis ihrer Bemühungen, das sie unter dem Titel *The Right Approach to the Economy* publizierte. Darin wurde nicht nur eine disziplinierte Geld- und Fiskalpolitik befürwortet, strikte Geldmengenziele anvisiert und eine drastische Reduzierung der öffentlichen Ausgaben versprochen, sondern auch die Notwendigkeit maßvoller Lohnabschlüsse betont: nicht „free collective bargaining“, sondern „responsible collective bargaining“, wie es hieß. Die Klammer, die das Maßnahmenbündel zusammenhielt, bildete die schon in *The Right Approach* anklingende Idee einer „Konzertierten Aktion“, in deren Rahmen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammenkommen sollten, um über wirtschaftspolitische Fragen zu beraten.²²⁶

Die Idee eines Wirtschaftsforums, das unverkennbar dem Vorbild der bundesdeutschen Tarifgespräche nachempfunden war, stieß jedoch bei der Parteichefin auf heftige Ablehnung und führte dazu, daß die Broschüre nicht als offizielles Dokument des Schattenkabinetts erscheinen durfte. „Das Papier erschreckt mich [...] zu Tode“, hatte Thatcher schon während der Vorbereitungsphase des Textes an Howe geschrieben. „Wir müssen einiges von diesem fürchterlichen Jargon wirklich vermeiden.“²²⁷ Die Politikerin hatte andere Vorstellungen davon, wie eine Lösung in den delikaten Fragen der Gewerkschafts- und Lohnpolitik aussehen sollte. Zwar unterstützte sie Howes Bemühungen um Formelkompromisse, „mit denen sich die Risse verkleistern ließen“, und legte die Fraktion bis auf weiteres darauf

²²⁵ Right Approach, S. 37 [Hervorhebungen im Original].

²²⁶ Im entscheidenden Absatz hieß es: „[I]n framing its monetary and other policies the Government must come to *some* conclusions about the likely scope for pay increases if excess public expenditure or large-scale unemployment is to be avoided; and this estimate cannot be concealed from the representatives of employers and unions whom it is consulting. This is one of the reasons why some kind of forum is desirable, where the major participants in the economy can sit down calmly together to consider the implications – for prosperity as well as for unemployment and pay-bargaining – of the Government’s fiscal and monetary policies“; Right Approach to the Economy, S. 16. Vgl. auch schon Right Approach, S. 38.

²²⁷ Zit. nach THATCHER, Erinnerungen, S. 474. Vgl. auch HOWE, S. 101. Über den Vorbildcharakter des bundesrepublikanischen Modells herrschte keine Einigkeit im thatcheristischen Lager. Nigel Lawson zum Beispiel war wie Howe ein Anhänger des deutschen Mitbestimmungsmodells während John Hoskyns diesem skeptisch gegenüberstand; vgl. HOSKYNs, S. 67–8.

fest, sich bei den anstehenden Abstimmungen über die Lohnpolitik der Labour-Regierung zu enthalten.²²⁸ Gleichzeitig scheute sie jedoch vor Festlegungen in Einzelfragen zurück, besonders wenn sie wie die „Konzertierte Aktion“ in den Planungen des Schattenschatzkanzlers ihrer Ansicht nach „ein gutes Stück Korporatismus und zentrale Entscheidung“ beinhalten.²²⁹

Statt dessen hielt sie sich an das, was ihr der Präsident der *Conservative Trades Unionist Conference*, der Unterhausabgeordnete Norman Tebbit, kurz nach ihrer Wahl zur Parteichefin geraten hatte. Auf Thatchers Frage, was sie in ihrer ersten Rede vor den konservativen Gewerkschaftsvertretern sagen solle, hatte er geantwortet: „As little as possible until you have decided on your policy.“²³⁰ Diesem Ratschlag folgend, beschränkte sich die Politikerin darauf, allgemeine konservative Prinzipien zu bekräftigen und jede Aussage zu Details ihrer künftigen Politik zu vermeiden, auch wenn sie im privaten Kreis keinen Zweifel daran ließ, daß sie die Gewerkschaften viel lieber direkt attackiert hätte. „I HATE the closed shop“, schrieb sie einmal fein säuberlich mit blauem Filzstift quer über einen Briefentwurf, in dem Priors Referent in gewundenen, vorsichtig abwägenden Worten die Parteilinie darlegte. Das Wort „hate“ unterstrich die Parteichefin dreimal.²³¹

In der Öffentlichkeit ließ sie sich jedoch anders vernehmen. Seit Disraelis Tagen, erklärte sie Anfang März 1975, glaube die Tory-Partei daran, „that the law should not only permit, but that it should assist, the trades unions to carry out their legitimate function of protecting their members.“ Auf der anderen Seite sei es ebenfalls Aufgabe der Konservativen, für die Rechte des Einzelnen und der Gesamtgesellschaft einzustehen.²³² Mit derartigen Allgemeinplätzen ging Thatcher nicht nur einer Konfrontation mit den Gewerkschaften aus dem Weg, sondern vermied auch eine Auseinandersetzung mit Prior, dessen innerparteiliche Machtstellung zu jener Zeit besonders stark war.²³³ In der Frage einer umfassenden Gewerkschaftsgesetzgebung nach

²²⁸ THATCHER, Erinnerungen, S. 360 (Zitat), 362.

²²⁹ Ebd., S. 359.

²³⁰ TEBBIT, S. 142.

²³¹ So jedenfalls Matthew Parris, damals Mitarbeiter im Conservative Research Department, in: *The Times*, 22. November 2000.

²³² Am 1. März 1975 bei der Jahreskonferenz des Trade Unionist Advisory Committee: News Service 176/75, S. 1. Ähnlich auch am 28. Februar 1976 bei der UNAC Annual Conference in Manchester: News Service 213/76, S. 1. Vgl. auch MARGARET THATCHER, We shall Work With the Unions – And They Will Work With Us, in: *Conservative Monthly News*, April 1976, S. 3; MARGARET THATCHER, Confrontation? You Must Be Joking ..., in: *Conservative Monthly News*, April 1977, S. 8.

²³³ So jedenfalls HOWE, S. 99–100.

dem Vorbild der Heath-Regierung schlug sie sich sogar ausdrücklich auf Priors Seite, indem sie wie er jedes größere Gesetzgebungsvorhaben auf diesem Felde kategorisch ausschloß. „[W]e do not intend any major legislation, like the Industrial Relations Act, to regulate the affairs of Unions“, versicherte sie. „The Labour Government of 1966/70 and ours of 1970/74 learned that such major changes can lead to more disharmony than they are worth.“²³⁴ Hinsichtlich der Lohnpolitik ließ sie zwar dann und wann durch gezielte Seitenbemerkungen erkennen, daß sie keine Anhängerin wie auch immer gearteter staatlicher Einflußnahme war.²³⁵ Im allgemeinen hielt sie sich aber an die gemeinsam erarbeiteten Sprachregelungen und konzentrierte sich darauf, die Politik der Labour-Administration zu kritisieren, der sie vorwarf, ihre Regierungsverantwortung an den TUC abgetreten zu haben.²³⁶ Wie sie selbst den gordischen Knoten von Gewerkschaftsmacht und Inflationsgefahr zu lösen gedachte, blieb vorerst offen.²³⁷

Deutlicher äußerte sich die Parteichefin lediglich zu den Machtverhältnissen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Sie schien sich mit Prior einig, daß letztlich nur die Stärkung gemäßigter Kräfte in den einzelnen Gewerkschaften die Aussichten auf konstruktive Zusammenarbeit einer künftigen Tory-Regierung mit dem TUC verbessern konnte. Das Problem bestand darin, daß zwar rund ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder bei Unterhauswahlen für die Tories zu stimmen pflegten, die konservativen Gewerkschafter aber in ihren Verbänden völlig isoliert, häufig auch frustriert, jedenfalls kaum in Führungsämtern vertreten waren. Thatcher forderte sie deswegen in ihrer ersten Parteitagsrede als Tory-Chefin auf: „[G]o out and join in the work of your unions; go to their meetings and stay to the end, and learn the union rules as well as the far left knows them. Remember that if parliamentary democracy dies, free trade unions die with it.“²³⁸ Um die Chancen konservativer Beteiligung an gewerkschaftsinternen Wahlen und

²³⁴ Am 28. Februar 1976 auf der UNAC Jahreskonferenz in Manchester: News Service 213/76, S. 6.

²³⁵ Vgl etwa ihre Rede am 14. Juni 1975 auf dem Parteitag der walisischen Konservativen in Aberystwyth: News Service 586/75. Siehe auch den Kommentar in *The Times*, 27. Februar 1976.

²³⁶ So etwa am 19. Juni 1976 auf dem Marktplatz von Carlisle: News Service 630/76, S. 1. Ähnlich auch am 28. Februar 1976 bei der UNAC Jahreskonferenz in Manchester: News Service 213/76, S. 9.

²³⁷ Der *Economist* taufte Thatchers Linie die „say-as-little-as-you can“ strategy: *The Economist*, 7. Januar 1978.

²³⁸ Am 10. Oktober 1975 auf dem Tory-Parteitag in Blackpool; abgedruckt in: THATCHER, *Revival*, S. 18–27 (S. 27); auch abgedruckt in: THATCHER, *Collected Speeches*, S. 29–38 (S. 37). Ähnlich auch am 28. Februar 1976 auf der UNAC Jahreskonferenz in Manchester, News Service 213/76, S. 2–5; vgl. hierzu auch den Bericht in *The Times*, 1. März 1976.

Abstimmungen zu erhöhen, setzten sich Thatcher und Prior dafür ein, daß künftig bei derartigen Gelegenheiten auch Briefwahlen möglich sein und unter Umständen sogar vom Staat finanziert werden sollten.²³⁹

Außerdem bemühten sich beide, die einflußreichsten Gewerkschaftsführer in persönlichen Gesprächen von ihrem guten Willen und ihrer Verständigungsbereitschaft zu überzeugen.²⁴⁰ Selten war ihr Werben von Erfolg gekrönt. Nach einem Treffen mit dem TUC-Vorsitzenden Cyril Plant im Sommer 1976, das in frostiger Atmosphäre verlief, fragte Thatcher: „You don't like me, do you?“ Woraufhin er kurz angebunden antwortete: „No, I don't.“²⁴¹ Ähnlich erfolglos verliefen zwei weitere Treffen mit anderen Gewerkschaftsführern im Oktober 1976 und im Januar 1977, bei denen beide Seiten kaum Gemeinsamkeiten entdecken konnten. Die Konservativen beharrten darauf, die öffentlichen Ausgaben müßten gekürzt werden, während ihre Gesprächspartner wachsende Staatsausgaben für das beste Mittel hielten, die Wirtschaft anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen.²⁴²

Trotz ihres Scheiterns erfüllten die Gespräche für Thatcher einen wichtigen Zweck: Sie stellte innerhalb der eigenen Partei und in den Augen der Öffentlichkeit Verständigungsbereitschaft unter Beweis und zeigte, daß die Tories unter ihrer Führung die Gewerkschaften nicht blindwütig attackieren würden. Die Rechnung schien aufzugehen. Kurz nach dem letzten Gespräch setzte der Journalist David Wood von der *Times* dem Labour-Politiker Benn auseinander, daß von Thatcher keine radikale Politik in der Gewerkschaftsfrage zu erwarten sei. „Margaret Thatcher's a very cautious woman, you know, very cautious“, sagte er, „she may be bold in thought but in action she will be very cautious. She wants to get on with the trade unions very much and thinks she can: she sees no reason why she shouldn't. She knows they are powerful and she has got to learn to live with them.“²⁴³ Gleichzeitig hatte die Politikerin vom Scheitern der Gespräche wenig zu befürchten. Priors Strategie stand auf dem Prüfstand, nicht ihre eigene. Sie selbst profilierte sich im Gegenteil in ihren Grundsatzreden als überzeugte

²³⁹ Am 28. Februar 1976 auf der UNAC Jahreskonferenz in Manchester, News Service 213/76, S. 4–5.

²⁴⁰ Zu den Anfängen der Bemühungen siehe die Artikel in *The Times*, 27. und 28. Februar 1976.

²⁴¹ So jedenfalls Tony Benn, dem Plant von dem Treffen berichtete, in seinem Tagebucheintrag vom 7. Juli 1976, in: BENN, *Tide*, S. 592–3.

²⁴² Auf Gewerkschaftsseite nahmen an den Treffen Murray, Jones, Basnett und Scanlon teil; für die Tories Thatcher, Howe, Joseph, Biffen, Whitelaw, Prior und Peyton; vgl. MIDDLEMAS, *Power*, S. 210–1.

²⁴³ Zit. nach Tagebucheintrag vom 3. Februar 1977, in: BENN, *Conflict*, S. 25.

Verfechterin bürgerlicher Freiheitsrechte, sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber den Gewerkschaften. Solange die Partei sich programmatisch nicht festlegte, hielt sie sich zurück, wartete ab und vermied Konflikte, die sie nach Lage der Dinge momentan nicht gewinnen konnte.

B) ZAGHAFTE POSITIONSVERSCHIEBUNGEN, 1977–1978

Als Katalysator der weiteren Entwicklung wirkte die sogenannte „Grunwick-Affäre“, in deren Verlauf die unvereinbaren Positionen innerhalb der Tory-Partei erstmals in der Öffentlichkeit aufeinander prallten. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand der anglo-indische Unternehmer George Ward, der im Norden Londons ein Fotolabor mit Namen *Grunwick* betrieb, das sich auf die billige Entwicklung von privaten Ferienfotos spezialisiert hatte. Ein Großteil der knapp 500 Beschäftigten der Firma bestand aus indisch-stämmigen Einwanderern, vor allem Frauen und studentischen Teilzeitbeschäftigten, die zumeist Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre aus Ostafrika vertrieben worden waren und als Bürger des Commonwealth in Großbritannien Aufnahme gefunden hatten. Im August 1976 trat eine Handvoll dieser Arbeiter in Streik und wurde daraufhin von der Unternehmensleitung entlassen. Die Konfrontation wäre politisch gesehen eine folgenlose Episode geblieben, hätten beide Seiten sie nicht zur Prinzipienfrage erklärt. Ward wollte über die Beschwerden der Entlassenen nicht mit sich diskutieren lassen, während diese der Gewerkschaft APEX (*Association of Professional, Executive, Clerical and Computer Staff*) beitraten und sich in den folgenden Auseinandersetzungen vom *Brent Trades Council*, einer lokalen Interessengemeinschaft verschiedener Einzelgewerkschaften, beraten ließen.²⁴⁴

Die sechs entlassenen Arbeiter und etwa 130 weitere, die sich mit ihnen solidarisch erklärten, versuchten, eine Wiedereinstellung durchzusetzen. Dabei wollten sie sich von APEX vertreten lassen und verlangten zu diesem Zweck deren nachträgliche „Anerkennung“ durch den Betrieb, in dem es bis dahin keine Gewerkschaftspräsenz gab.²⁴⁵ APEX – eine von mehreren großen Gewerkschaften im expandierenden, aber hart umkämpften Dienstleistungssektor – betrachtete die Angelegenheit zunächst vor allem unter dem Gesichtspunkt rassischer Diskriminierung und der Ausbeutung unter-

²⁴⁴ Eine ausgewogene Analyse der Auseinandersetzung liefert JOE ROGALY, *Grunwick*, Harmondsworth 1977; eine notwendigerweise subjektivere Interpretation findet man bei GEORGE WARD, *Fort Grunwick*, London 1977.

²⁴⁵ Siehe ROGALY, S. 1–28.

privilegierter Einwanderer. Ihre Führer witterten aber auch die Gelegenheit, sich mit den ostafrikanischen Indern eine neue Klientel zu erschließen, die bislang kaum gewerkschaftliche Bindungen eingegangen war.²⁴⁶ Das *Brent Trades Council* verfolgte radikalere Ziele. Die in ihm vertretenen lokalen Gewerkschaftsfunktionäre, die im Gegensatz zu den eher gemäßigten APEX-Vertretern in ihrer Mehrzahl der marxistischen Linken zuzurechnen waren, sahen im Konflikt um Grunwick die Gelegenheit, sich über die Grenzen der Region hinaus einen Namen zu machen, wenn sie den Disput aus den Verhandlungszimmern hinaus auf die Straße trugen.²⁴⁷ Ward seinerseits beharrte darauf, was er getan habe, sei rechtmäßig gewesen, eine nachträgliche Anwerbung der entlassenen Arbeiter durch APEX tangiere ihn nicht. Er müsse keinerlei Einmischung von außen in die Angelegenheiten seines Unternehmens dulden.²⁴⁸ In dieser Ansicht wurde er von der *National Association of Freedom* unterstützt, die seine Sache zu ihrer eigenen erklärte und ihn nicht nur mit juristischem Rat, sondern auch mit propagandistischer Rückendeckung tatkräftig unterstützte.²⁴⁹

Nachdem die Schützengräben des vermeintlichen Klassenkampfes hüben wie drüben besetzt worden waren, begann zunächst ein Zermürbungskrieg: Die verbliebenen Arbeiter sollten durch Streikposten, zu denen sich im Mai 1977 auch drei APEX angehörende Minister der Labour-Regierung gesellten, eingeschüchtert werden. Es gab kleinere Demonstrationzüge im Stadtviertel, Gewerkschaftsredner verdamnten Ward als Ausbeuter und Leuteschinder. Mehrfach wurde die Zulieferung von Chemikalien und anderen Materialien, auf die Grunwick angewiesen war, verhindert, um die Produktion lahmzulegen. Die Postarbeitergewerkschaft solidarisierte sich mit den Entlassenen und weigerte sich, Briefe und Pakete von der Firma abzuholen, was ein Unternehmen, das die entwickelten Fotos auf dem Postweg zurücksandte, hart treffen mußte.²⁵⁰ Ward und die NAFF konterten, indem sie die Zulieferungsblockade auf alle mögliche Weise umgingen. Gleichzeitig verklagten sie die Postgewerkschaft, die daraufhin ihren Boykott schon nach wenigen Tagen einstellte. Im übrigen lehnten sie weiterhin alle Schlichtungsversuche kategorisch ab.²⁵¹

²⁴⁶ Siehe ebd., S. 47–57.

²⁴⁷ Siehe ebd., S. 58–69.

²⁴⁸ Vgl. seine Ausführungen in WARD, S. 1–8; siehe auch ROGALY, S. 29–46.

²⁴⁹ Siehe die Berichterstattung in *The Free Nation* zwischen November 1976 und August 1977.

²⁵⁰ Vgl. ROGALY, S. 20.

²⁵¹ Zum komplizierten Ablauf des Schlichtungsverfahrens siehe *The Economist*, 18. Juni 1977; vgl. ebd., S. 90–110.

Bis zum Frühsommer 1977 schien es, als hätten sie mit ihrer Strategie Erfolg. Die Moral der kleinen Schar der Streikenden ließ allmählich nach, ihr Engagement erlahmte – zumal die ausgezahlten Streikgelder niedrig waren, der Dienst als Streikposten in Wind und Wetter an den Nerven zehrte und kein Ende des Konflikts abzusehen war. Im Juni 1977 glaubten das *Brent Trades Council* und APEX, daß nur noch eine dramatische Aktion sie vor der drohenden Niederlage bewahren konnte. Sie baten daher andere Gewerkschaften um Hilfe, begannen erneut eine Postblockade gegen Grunwick und riefen zu Massendemonstrationen vor den Fabrikatoren auf. Ihr Appell fand unerwartet großen Widerhall. Schon zwischen dem 13. und 16. Juni 1977, während der ersten vier Tage der Massendemonstrationen, fanden sich jeweils rund 700 „fliegende Streikposten“ vor der Fabrik ein. Die Zahl erhöhte sich in den folgenden vier Wochen zeitweise auf mehr als 2000, darunter auch Bergarbeiter aus dem fernen Yorkshire unter der Führung des militanten Marxisten Arthur Scargill.²⁵²

Die Eskalation des Konflikts hatte verschiedene Gründe. Ward war inzwischen zum Haßobjekt vieler britischer Arbeiter avanciert, weil er immer noch jede Kompromißlösung verweigerte und statt dessen den arbeitswilligen Teil seiner Belegschaft in firmeneigenen Bussen an den schreienden und schimpfenden Streikposten vorbei auf das Fabrikgelände bringen ließ. Auch die NAFF trug ihren Teil zur Verschärfung der Lage bei, indem sie in einer „Operation Pony Express“ bei Nacht und Nebel 100 000 Päckchen, die von der Post nicht abgeholt worden waren, aus der Fabrikanlage „befreite“ und in Briefkästen im ganzen Land verteilte.²⁵³ Massenverhaftungen der Polizei, die zeitweise mit 1500 Mann den Streikenden gegenüberstand, heizten die Atmosphäre weiter auf: Demonstranten wurden handgreiflich, Flaschen flogen, ein Polizist wurde schwer verletzt.²⁵⁴ Hinzu kam, daß Grunwick von der Londoner Innenstadt aus mit der U-Bahn leicht erreichbar war, so daß viele Arbeiter auf dem Weg zum eigenen Job morgens kurz vor der Fabrik Halt machen und mitdemonstrieren konnten, ehe sie pünktlich an der eigenen Arbeitsstelle erschienen. Nicht zuletzt aufgrund der Berichterstattung der Medien entwickelte der Konflikt, dessen schlimmste Exzesse

²⁵² Vgl. etwa *The Times*, 23. und 24. Juni 1977.

²⁵³ Siehe hierzu die triumphierenden Berichte in *The Free Nation*, 22. Juli 1977, S. 2–3, und von WARD, S. 82–90. Kritisch ROGALY, S. 77–8.

²⁵⁴ „A BLOT ON BRITAIN“ titelte die *Daily Mail*, 24. Juni 1977 und widmete beinahe ihre gesamte Titelseite Bildern des verletzten Polizisten Trevor Wilson. Vgl. auch die Berichte in *The Times*, 24. Juni 1977, und *The Economist*, 25. Juni 1977.

inzwischen allabendlich in den Fernsehnachrichten zu sehen waren, eine eigene Sogwirkung.²⁵⁵

Die Eigendynamik der Medienberichterstattung trug maßgeblich dazu bei, schließlich die Regierung auf den Plan zu rufen, die bis dahin die Auseinandersetzung für bedeutungslos gehalten hatte. Als jedoch das ganze Land jeden Abend Zeuge gewalttätiger Szenen zwischen Polizei und Gewerkschaften wurde, glaubten Callaghan und seine Minister nicht länger tatenlos zusehen zu können. Nachdem Ward auch einen letzten Vermittlungsversuch des zuständigen Ministers unter Verweis auf seine gesetzlich verbrieften Rechte zurückgewiesen hatte, setzte die Regierung eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Lordrichter Scarman ein, die einen Bericht über die Vorgänge erarbeiten und Lösungsvorschläge formulieren sollte.²⁵⁶ Die Rechnung der Regierung ging zunächst auf. Die Existenz einer Kommission, deren personelle Zusammensetzung erkennbar den Standpunkt der Gewerkschaften begünstigte, besänftigte die Gemüter und ließ die Massendemonstrationen abebben. Als die Scarman-Kommission am 25. August 1977 ihren Bericht veröffentlichte, der erwartungsgemäß die Wiedereinstellung der entlassenen Grunwick-Arbeiter empfahl und die Schuld an dem Konflikt gleichmäßig auf beide Seiten verteilte, gehörten die Streiks bereits der Vergangenheit an.²⁵⁷

Denoch ging der Streit auch nach der Publikation des Scarman-Berichts weiter. Das lag zum einen daran, daß die Empfehlungen der Kommission in zentralen Punkten vage blieben. Weder äußerte sie sich zu möglichen Verfahren, nach denen Gewerkschaften in Zukunft in Betrieben „anerkannt“ werden sollten, noch fand sie klärende Worte in Bezug auf die Praxis der „fliegenden Streikposten“. Nicht einmal die konkrete Frage, ob Ward in seinem Unternehmen APEX zulassen müsse und welche Folgen dies für die anderen Arbeiter mit sich bringe, wurde eindeutig beantwortet. Hierzu hieß es nur, die Anerkennung „could in the future help the company as well as its employees“.²⁵⁸ Hinzu kam, daß der Kommissionsbericht lediglich empfehlenden, keinen rechtlich bindenden Charakter hatte. Alles weitere hing vom Verhalten Wards ab, der weiterhin auf seinem Rechtsstandpunkt beharrte: Er sei nicht prinzipiell gewerkschaftsfeindlich eingestellt. Wenn einzelne seiner Angestellten einer Gewerkschaft beitreten wollten, sei da-

²⁵⁵ Vgl. ROGALY, S. 79–89.

²⁵⁶ Vgl. die Berichte in *The Economist*, 2., 9. und 16. Juli 1977.

²⁵⁷ Die wichtigsten Abschnitte sowie die Schlußfolgerungen des Berichts sind gemeinsam mit Wards Erwiderung abgedruckt bei ROGALY, S. 185–99. Eine um Ausgleich bemühte Bewertung findet sich in *The Economist*, 27. August 1977.

²⁵⁸ § 73 (3) des Scarman-Berichts; dokumentiert bei ROGALY, S. 185–7 (S. 187).

gegen nichts einzuwenden. Er werde allerdings unter keinen Umständen auch nur einen einzigen Arbeiter wieder einstellen, den er rechtmäßig entlassen habe. Am 31. August schrieb er in einer Erklärung an die Presse:

[I]f, by illegal action, the company is forced out of business, it will accept its fate, in the hope that such a fate will arouse public opinion to demand better protection from the authorities for those who legally go about their business [...] the company believes it will survive and prosper. If it does not, it will bear that, rather than submit and give another hostage to an iniquitous tyranny.²⁵⁹

Joseph, seit Februar 1977 im Schattenkabinett auch für Industriepolitik zuständig, unterstützte den Unternehmer öffentlich. In einer Rede Anfang September bezeichnete er den Scarman-Bericht als „either naive or slipshod“. Er beschäftigte sich nur mit den 130 streikenden Grunwick-Arbeitern, nicht aber mit ihren über 200 arbeitswilligen Kollegen, die einer Gallup-Umfrage vom 20. Juli zufolge mit überwältigender Mehrheit *keiner* Gewerkschaft beitreten wollten.²⁶⁰ Außerdem kritisierte Joseph das Rechtsverständnis, das in dem Bericht zum Ausdruck kam. Wenn die Kommission erklärte, Ward bewege sich zwar „within the letter but outside the spirit of the law“ und habe auf diese Weise „to the prolonging, deepening, and widening of the conflict“ beigetragen, offenbarte dies nach Josephs Ansicht eine erschreckende Mißachtung von Recht und Gesetz. Keine Regierung dürfe sich in einem Arbeitskonflikt auf eine bestimmte Seite schlagen, schrieb er in einem Leserbrief an die *Times*. „The law is there and within the law participants must work out their own salvation.“²⁶¹

Josephs Kritik löste einen Aufschrei der Empörung in der Gewerkschaftsbewegung aus. Der Generalsekretär des TUC, Len Murray, fand sie hochgradig provozierend, völlig verantwortungslos „and calculated to do the maximum possible damage to industrial relations“. Sein Kollege Lawrence Daly von der Bergarbeitergewerkschaft fand, Josephs Äußerungen bewiesen, daß die angebliche Versöhnungspolitik der Konservativen in den vergangenen beiden Jahren nichts weiter als ein Propagandatricks gewesen sei. „The leopard has not changed its spots. We are now seeing the Tories in their true colours again.“²⁶² Genau diesen Eindruck wollte Prior, der zufälligerweise selbst Mitglied von APEX war, vermeiden. Er distanzierte sich

²⁵⁹ Abgedruckt ebd., S. 189–99 (S. 199). Ähnlich Wards Artikel in *The Times*, 1. September 1977. Vgl. auch den Bericht in *The Economist*, 3. September 1977.

²⁶⁰ Am 1. September 1977 vor Conservative Association Members in der Stadthalle von Hove: News Service 864/77 (Kopie in Sherman Papers). Vgl. auch *The Economist*, 17. September 1977.

²⁶¹ *The Times*, 15. September 1977.

²⁶² Beide Zitate stammen aus *The Times*, 3. September 1977.

öffentlich von seinem Parteifreund und gab in einem Radiointerview zu Protokoll, zwischen ihnen beiden existierten „differences of emphasis“. Anders als Joseph betrachtete Prior den Grunwick-Konflikt nicht als Grundsatzfrage. Auch den Bericht der Scarman-Kommission wollte er nicht im Lichte prinzipieller, sondern pragmatischer Erwägungen geprüft wissen. Er war seiner Meinung nach notwendig geworden, um die Eskalation der Gewalt auf den Straßen zu beenden und allen Beteiligten eine Einigung ohne Gesichtsverlust zu erlauben.²⁶³ Ward habe den Arbeitsbeziehungen im Lande keinen so großen Dienst erwiesen, wie er selbst offenbar glaube. Die NAFF kritisierte der Schattenarbeitsminister für ihre Neigung zum „union bashing“.²⁶⁴

Priors Äußerungen stießen an der Parteibasis und bei konservativen Hinterbänklern auf wenig Gegenliebe. „[T]he overwhelming majority of Tory activists, from constituency chairman downwards, seem to support not only Sir Keith on Grunwick but a much less pragmatic attitude than Mr Prior to the closed shop“, schrieb die *Times*.²⁶⁵ Tebbit verglich die Gefahr, die von anti-demokratischen, marxistischen Kräften in den Gewerkschaften ausging, sogar mit der außenpolitischen Bedrohung durch die Sowjetunion. Wer auf den Ernst der Lage hinweise, werde des „union-bashing“ bezichtigt, fuhr Tebbit mit einem deutlichen Seitenhieb auf Prior fort, „often by people who know it to be true. Such people are to be found in the Conservative, Liberal and Labour Parties. Their politics may be different but such people share the morality of Laval and Pétain [...] they are willing not only to tolerate evil, but to excuse it [...] and to profit by so doing“.²⁶⁶ Moss von der NAFF warf Prior vor, eine Appeasementpolitik gegenüber den Gewerkschaften zu betreiben und für die „Heldentaten“ Wards und seiner Belegschaft nur Mißachtung übrig zu haben. Der Politiker sei ein ungeeigneter Sprecher für eine Partei, die von sich behauptete, die Freiheit des Einzelnen zu verteidigen und die Ansicht der Bevölkerungsmehrheit zu vertreten.²⁶⁷

Thatcher, die auf einer Amerikareise von dem innerparteilichen Streit überrascht wurde, versuchte zunächst, die Differenzen zu leugnen. Die Presse habe Meinungsunterschiede entdeckt, die nicht existierten, sagte sie

²⁶³ Zit. nach *The Times*, 12. September 1977.

²⁶⁴ Die gegensätzlichen Standpunkte von Prior und Joseph werden erörtert in *The Times*, 15. September 1977; vgl. auch *The Economist*, 17. September 1977 und vom 8. Oktober 1977.

²⁶⁵ *The Times*, 15. September 1977.

²⁶⁶ Am 12. September in Chingford; zit. nach TEBBIT, S. 155–6. Siehe auch *The Times*, 13. September 1977.

²⁶⁷ Siehe *The Times*, 12. September 1977.

auf einer Pressekonferenz in Washington und beharrte auf der Position, auf die man sich vor dem Grunwick-Konflikt innerhalb des konservativen Führungszirkels verständigt hatte: Sie schätze den *closed shop* nicht und halte ihn im Grundsatz für falsch, plane in diesem Punkt aber keine Gesetzesänderungen.²⁶⁸ Freilich entsprang diese defensive Reaktion, die zu Recht als Unterstützung für Prior interpretiert wurde, nicht den Überzeugungen der Parteichefin, sondern politischer Vorsicht. „Entweder mußte ich Jim vor die Tür setzen“, schrieb sie später, „oder ihm ein anderes Ressort geben (was ich mir beides nicht leisten konnte), oder mich zu seinem Kurs bequemen. Letzteres tat ich.“ Die Zeit sei noch nicht reif gewesen für ein radikaleres Vorgehen gegen die Gewerkschaften.²⁶⁹ In der öffentlichen Wahrnehmung nützte Thatcher ihre Zurückhaltung wenig. Im Gegenteil: Sie schadete nur. Der ganze Disput sei auf dreifache Weise schlecht für die Parteichefin, hieß es im *Economist*. Erstens verstärke sich der Eindruck, daß die Tories über keine kohärente Gewerkschaftspolitik verfügten. Zweitens verbiege sich die sonst so überzeugungsstarke Politikerin, von der man wisse, daß sie eigentlich eher Josephs Position zuneige, aus parteitaktischen Gründen. Und drittens lasse sie jegliche politische Führung vermissen.²⁷⁰

Wollte Thatcher diesen verheerenden Eindruck korrigieren, mußte sie versuchen, die politische Initiative zurückzugewinnen. Sie entschloß sich daher, sogleich nach ihrer Rückkehr aus den USA in einem Fernsehinterview mit einem spektakulären Vorschlag aufzuwarten. Als ihr der Moderator, der ehemalige Labour-Abgeordnete Brian Walden, erwartungsgemäß die Frage stellte, wie eine künftige konservative Regierung auf eine Konfrontation mit den Gewerkschaften reagieren würde, die sich zu einer Staatskrise auswachse, antwortete sie: „I think I would have to say let the people speak, because they will be the sufferers.“ Das könne auf zwei verschiedene Weisen geschehen: entweder durch eine Unterhauswahl oder in Form einer Volksabstimmung. Das Referendum biete dabei im Gegensatz zur Wahl die Chance, einen bestimmten Streitpunkt zu isolieren und zweifelsfrei vom Souverän entscheiden zu lassen.²⁷¹ Obwohl der Vorstoß nur auf geringe Begeisterung bei der Presse stieß und zahlreiche praktische Probleme ungelöst ließ, war er doch ein gutes Beispiel für jene populistische Ankündigungspolitik, die für Thatchers Führungsstil typisch werden

²⁶⁸ Vgl. *The Times*, 14. und 15. September 1977.

²⁶⁹ THATCHER, Erinnerungen, S. 471–2.

²⁷⁰ *The Economist*, 17. September 1977.

²⁷¹ *Weekend World* vom 18. September 1977; zit. nach *The Times*, 19. September 1977.

sollte.²⁷² Nicht mit dem Schattenkabinet abgestimmt, verblüffte der Vorschlag Freund wie Feind gleichermaßen und bezog diesen Überraschungseffekt bewußt in die Kalkulation mit ein, um die Widersacher in den eigenen Reihen zu übertüpfeln und die Öffentlichkeit vom vorausgegangenen innerparteilichen Streit abzulenken.²⁷³

Mit dem Referendumsvorschlag gelang es Thatcher zwar, den entstandenen Schaden zu begrenzen. Politisches Kapital hatte ihre Partei aus der Grunwick-Affäre aber nicht schlagen können, obwohl die Labour-Regierung durch die Militanz der streikenden Gewerkschafter erheblich in Bedrängnis geraten war. Diese Erkenntnis veranlaßte die Tory-Chefin, sich einem Plan zuzuwenden, der auf eine völlige Neuorientierung der konservativen Gewerkschaftspolitik hinauslief. Die Wurzeln dieses Vorhabens reichten bis ins Jahr 1975 zurück, als Sherman einen politisch interessierten Geschäftsmann namens John Hoskyns kennengelernt und zur Mitarbeit im *Centre for Policy Studies* überredet hatte. Hoskyns, ein ehemaliger Offizier, der eines der ersten britischen Software-Unternehmen gegründet, aufgebaut und gewinnbringend verkauft hatte, war kein Anhänger der Tory-Partei. Er sympathisierte aber mit den Ideen des CPS, wenn er auch der praktischen Umsetzung der wirtschaftspolitischen Reformvisionen des Zentrums skeptisch gegenüberstand.²⁷⁴ Statt des seiner Meinung nach kurz-sichtigen, von parteitaktischen Zwängen diktierten Vorgehens des Schattenkabinetts plädierte er für einen strategischen – oder, wie er sagte, „systematischen“ – Ansatz, der nicht nur von Tag zu Tag dachte, sondern langfristig angelegt war. Zusammen mit Norman Strauss, einem Marketingexperten von *Unilever*, erarbeitete er auf Josephs Bitte ein Arbeitspapier, das die bislang unverbunden nebeneinander stehenden Ziele des CPS zu einer einzigen Strategie zusammenfügen und die Reihenfolge der einzelnen Schritte festlegen sollte.

Als Thatcher bei einem gemeinsamen Sonntagessen mit Sherman, Hoskyns und Strauss von dem Projekt erfuhr, zeigte sie sich zunächst wenig beeindruckt. Am Ende der Besprechung stellte sie fest, nun hätten ihre Gäste „einen ganzen Rinderbraten aufgegessen, aber was ich davon habe, [ist] mir nicht klar“.²⁷⁵ Nach den deprimierenden Erfahrungen der Grunwick-Affäre sah sie Hoskyns' und Strauss' Analyse jedoch plötzlich in

²⁷² Zahlreiche kritische Stimmen werden zitiert in *The Times*, 19. September 1977.

²⁷³ Siehe die Bemerkungen in THATCHER, *Erinnerungen*, S. 472.

²⁷⁴ Vgl. die beiden Schreiben von John Hoskyns an Alfred Sherman vom 3. Oktober 1975 und vom 24. Februar 1976, in: Sherman Papers, Box 19, Folder 1.

²⁷⁵ THATCHER, *Erinnerungen*, S. 493; siehe auch HOSKYNs, S. 21–5.

günstigerem Licht. Deren zentrale These, die Reform der Gewerkschaften müsse den Dreh- und Angelpunkt konservativer Politikplanung bilden, hatte Thatchers Ansicht nach durch die Ereignisse des Sommers an Plausibilität gewonnen. Weil die Gewerkschaften durch ihre starke Position alle anderen Reformansätze vereiteln könnten, so argumentierten Hoskyns und Strauss, müsse man zunächst ihre Macht brechen, ehe Großbritannien wirtschaftlich gesunden könne. „The union roadblock cannot be peacefully bypassed by the Tories“, schrieb Hoskyns am 3. Oktober 1977 an Thatcher. „The rising tide of public feeling could transform the unions from Labour’s secret weapon into its biggest electoral liability. This is the Tory Party’s opportunity.“²⁷⁶

In der Endfassung ihres Strategiepapiers vom November 1977, das den Titel „Stepping Stones“ trug, faßten Hoskyns und Strauss ihre Argumentation und die Rolle, die darin die Gewerkschaftsreform spielte, zusammen:

1. *The Size of the Job*

- 1.1 The task of the next Tory Government – national recovery – will be of a different order from that facing any other post-war government. Recovery requires a sea-change in Britain’s political economy.
- 1.2 A Tory landslide is not enough, if it only reflects the electorate’s material dissatisfaction since 1974. A landslide is needed, but it must represent an explicit rejection of socialism and the Labour-trades union axis; and the demand for something morally and economically better.
- 1.3 The Tory Party’s pre-election strategy must ensure that the preparation of policy includes plans for the removal of political obstacles to its implementation.
- 1.4 There is one major obstacle – the negative role of the trades unions. Unless a satisfying and creative role can be developed, national recovery will be virtually impossible.
- 1.5 To compete with Labour in seeking peaceful co-existence with an *unchanged* union movement will ensure economic decline, masked initially by North Sea oil. It may also make failure to win Office more, rather than less likely, for the Tories. There is nothing to gain (except just possibly, Office without authority), and everything to lose by such a „low risk“ approach.
- 1.6 Skilfully handled, however, the rising tide of public feeling could transform the unions from Labour’s secret weapon into its major electoral liability, and the fear of union-Tory conflict could be laid to rest.²⁷⁷

Es gebe keine Alternative zu einer Konfrontationspolitik, argumentierten Hoskyns und Strauss. Eine evolutionäre Veränderung der Gewerkschaften aus sich selbst heraus – etwa durch spontanes Aufbegehren oder verstärktes

²⁷⁶ Zit. nach HOSKYNs, S. 43.

²⁷⁷ JOHN HOSKYNs und NORMAN STRAUSS, „Stepping Stones“ vom 14. November 1977, S. 1 [Hervorhebungen im Original]; der Verfasser bedankt sich bei Sir John Hoskyns, der ihm eine Kopie des Papiers zugänglich gemacht hat.

Engagement konservativer Mitglieder, wie Prior hoffte – sei unwahrscheinlich. Auch Ölquellen in der Nordsee, auf die Premierminister Callaghan offenbar setzte, könnten den wirtschaftlichen Niedergang lediglich verzögern. Die größte Gefahr sahen die beiden Autoren darin, daß sich eine künftige Tory-Regierung um des lieben Friedens willen mit einer eher schlecht als recht funktionierenden Beziehung zu den Gewerkschaften abfinde. „Even with a radical new union role, to find a way out of our problems will be like finding a needle in a haystack“, schrieben sie. „But if the unions’ role and political objectives remain unchanged, then all parties would in effect be agreeing to restrict their search to those haystacks which they know do not contain the needle.“ Jede politische Strategie, die sich nicht von Anfang an mit dem Problem der Gewerkschaftsmacht auseinandersetze, verdamme die Partei dazu, in der Regierungsverantwortung zu scheitern, „even though it might, at first sight, appear to make electoral success more likely“. Die Annahme, eine Versöhnungspolitik verbessere die konservativen Wahlaussichten, sei ein Trugschluß. Die öffentliche Meinung schlage allmählich zuungunsten der Gewerkschaften um und begünstige mittelfristig diejenige Partei, die sich dem Problem offen stelle.²⁷⁸

Als Thatcher den Bericht im November 1977 las, reagierte sie enthusiastisch.²⁷⁹ Ende November traf sie erneut mit Hoskyns und Strauss zusammen. Man vereinbarte, einen „Stepping Stones“-Planungsstab einzurichten, der im Januar 1978 zusammentreten und den Bericht weiterentwickeln sollte.²⁸⁰ Bis dahin bestand die schwierigste Aufgabe darin, Prior davon zu überzeugen, daß ein Kurswechsel in der konservativen Gewerkschaftspolitik sinnvoll und aussichtsreich sei. Zu diesem Zweck trafen sich Hoskyns und Howe im Dezember mit dem Schattenarbeitsminister. Prior fürchtete, die neue Strategie könnte dazu führen, daß sich die Front der verschiedenen Einzelgewerkschaften, die bereits Risse zeige, wieder schließe und seine Bemühungen der vergangenen drei Jahre zunichte mache. Hoskyns erwiderte darauf, dieses Risiko müsse man eingehen, sonst drohe die viel größere Gefahr „of complete failure in office“.²⁸¹ Einigung über einen Kurswechsel

²⁷⁸ Ebd., S. 13.

²⁷⁹ Siehe HOWE, S. 105. Vgl. auch die Einschätzung von Strauss, der später erklärte: „I didn’t know it, but the values I was putting into the paper were overlapping her convictions about individual responsibility and sound finance. So the paper hit her value system“; zit. bei RANELAGH, S. 219.

²⁸⁰ Daneben bildete sich eine Policy Search-Gruppe, die aus Hoskyns, Strauss, Lawson, Joseph, Howell und Lamont bestand und weitere Ideen entlang der in „Stepping Stones“ skizzierten Grundlinien entwickeln sollte; siehe THATCHER, Erinnerungen, S. 494.

²⁸¹ Zit. nach HOWE, S. 105; vgl. auch HOSKYNs, S. 48–9.

war nicht in Sicht, zumal das CRD unter Leitung von Patten ebenfalls an einem Strategiepapier arbeitete, das eher auf Priors Linie lag, und auch Thorneycroft dem Hoskyns-Strauss-Papier äußerst ablehnend gegenüberstand. Weder Patten noch Thorneycroft sahen in der Gewerkschaftsfrage das Schlüsselproblem konservativer Politikplanung; für sie war der Umgang mit den Gewerkschaften lediglich eines unter mehreren wichtigen Wahlkampfthemen. Ihre Priorität bestand darin, die nächsten Wahlen zu gewinnen, während Hoskyns und Strauss vor allem an die Zeit nach den Wahlen dachten.²⁸²

In dieser Situation entschied sich die Parteichefin, selbst die Initiative zu ergreifen und die Diskussion weiter voranzutreiben. In einer Rede vor schottischen Industriellen gab sie Mitte Januar ihre Zurückhaltung in der Frage der Lohnpolitik auf und erklärte: „The counterpart of the withdrawal of government from interference in prices and profits in the private sector which both we and you want to see, is inevitably the withdrawal of government from interference in wage bargaining. There can be no selective return to personal responsibility.“ Wie heikel diese Initiative war, zeigt sich darin, daß diese Passage im vorab verteilten Redemanuskript noch nicht enthalten war, sondern erst im allerletzten Augenblick eingefügt wurde.²⁸³ Die Mehrheit der konservativen Schattenminister gab denn auch zu verstehen, daß sie Thatchers Ansicht nicht teilen: Warum sollte sich die Partei eindeutig gegen eine Lohnpolitik festlegen, wenn seit 1961 noch jede britische Regierung gezwungen gewesen war, in der einen oder anderen Form dazu Zuflucht zu nehmen? Auch die Presse reagierte kritisch. „Mrs Thatcher Takes the Tories into Dangerous Waters“ titelte der *Economist* und riet den Konservativen, sich nicht auf ein Spiel einzulassen, bei dem Labour die besseren Karten besitze. „The more Mrs Thatcher says about pay policy ... the more Mr Callaghan will be pleased.“²⁸⁴ Thatchers Sinn für Vorsicht sagte ihr, daß sie sich zu weit aus dem Fenster gelehnt hatte und hinauszufallen drohte. Ihrem Schattenschatzkanzler, der im Januar mit einer gewerkschaftskritischen Rede ebenfalls für Schlagzeilen gesorgt hatte und bereits eine zweite Stellungnahme plante, schrieb sie: „Geoffrey, das ist nicht Dein Thema. Warum solltest Du weitermachen? Die Presse wird Dich in der Luft zerreißen.“²⁸⁵

²⁸² Siehe HOWE, S. 105; THATCHER, Erinnerungen, S. 495; HOSKYNs, S. 52–3, 58.

²⁸³ Siehe das Manuskript der Rede vom 9. Januar 1978 auf der Konferenz für Management in Industry im Albany Hotel in Glasgow: News Service 10/78.

²⁸⁴ *The Economist*, 14. Januar 1978.

²⁸⁵ THATCHER, Erinnerungen, S. 475. Howes Gewerkschaftsrede in Swindon ist – mit einem

Als am 30. Januar der Lenkungsausschuß des Schattenkabinetts zusammentrat, um über „Stepping Stones“ zu beraten, siegten Thatchers Bedenken über ihre Angriffslust. Die Mehrheit der Anwesenden lobte zwar das Strategiepapier für seine analytische Schärfe, warnte aber vor radikalen Schlußfolgerungen: Man dürfe in der Öffentlichkeit nicht hartherzig oder streitsüchtig erscheinen; vielmehr müsse man einen dritten Weg zwischen Appeasement und Konfrontation finden. Nicht nur die *moderates* unter den Schattenministern wie Prior und Gilmour äußerten sich skeptisch, sondern auch Thorneycroft. Wenn man in der Gewerkschaftsfrage die Wahrheit sage, konstatierte John Davies, der im November 1976 Maudling als Schattenaußenminister abgelöst hatte, dann werde man mit Sicherheit die nächsten Wahlen verlieren.²⁸⁶ Die Besorgnis der Schattenkabinettsmehrheit spiegelte sich in einem geheimen Strategiepapier wider, das wenig später von der *Times* veröffentlicht wurde und das zu der Schlußfolgerung gelangte, keine Regierung könne ohne Einsatz der Armee eine Konfrontation mit den Gewerkschaften überstehen.²⁸⁷

Thatcher und Howe gelang es nicht, sich gegen die massiven Einwände durchzusetzen. Damit das „Stepping Stones“-Projekt nicht völlig einschief, einigte man sich auf einen Kompromiß. Eine Kommission unter dem Vorsitz von Whitelaw sollte die Analyse von Hoskyns und Strauss mit den Ideen des CRD-Papieres von Patten verbinden. Das lief zwar auf den Versuch hinaus, Feuer und Wasser zu vereinigen, versprach aber immerhin, die Diskussion in Gang zu halten. Im übrigen bekräftigte das Schattenkabinett seine Zustimmung zur Prior-Linie. Die Partei solle sich weiterhin bemühen, die Unterstützung möglichst vieler Gewerkschafter zu gewinnen. Kritik dürfe in angemessener Form geübt werden, aber nicht zum Herzstück der konservativen Gewerkschaftspolitik avancieren. An Howes Adresse richtete sich der Beschluß, nur der Schattenarbeitsminister solle in Zukunft Reden zum Thema halten.²⁸⁸ Das Ergebnis der Sitzung war eine Niederlage für Thatcher und ihren Schattenschatzkanzler.²⁸⁹ Die weiteren Arbeiten schleppten sich mühselig dahin. „Developing a strategy is rather like jogging“, gab Hoyskyns in einem Zwischenbericht vom Mai als Durchhalteparole aus. „We have to stick at it for quite a time before we begin to feel any

enthusiastischen Kommentar versehen – abgedruckt in: *The Free Nation*, 20. Januar 1978, Bd. 3 Nr. 2, S. 12.

²⁸⁶ Siehe THATCHER, Erinnerungen, S. 494–95.

²⁸⁷ *The Times*, 18. April 1978.

²⁸⁸ Über die Beschlüsse berichtet HOWE, S. 105. Vgl. auch THATCHER, Erinnerungen, S. 494–5.

²⁸⁹ So auch HOWE, S. 106; THATCHER, Erinnerungen, S. 495.

benefits.“²⁹⁰ Fortschritte scheiterten vor allem daran, daß Prior keine Anstalten machte, entscheidend von seinem Kurs abzuweichen, und weder Thatcher noch Howe nach der Niederlage vom Januar Lust verspürten, einen neuen Anlauf zu unternehmen.²⁹¹ Im Sommer 1978 schien das ganze Projekt zum Stillstand gekommen zu sein. Auf die Arbeiten am konservativen Wahlkampfmanifest, die in Erwartung einer Herbstwahl allmählich begannen, wirkte sich „Stepping Stones“ nicht aus. „[H]ätten wir im Oktober einen Unterhauswahlkampf führen müssen“, schrieb Thatcher in ihren Memoiren, „so hätte das Manifest nichts Bemerkenswerthes über die Gewerkschaftsreform enthalten.“²⁹²

C) DIE GEWERKSCHAFTSPOLITISCHE WENDE, 1978–1979

Zur allgemeinen Verblüffung fanden im Herbst 1978 jedoch keine Unterhauswahlen statt. Obwohl die ökonomischen Grunddaten wie Inflationsrate, Wechselkurs, Zahlungs- und Handelsbilanz so günstig waren wie lange nicht mehr, entschied sich Premierminister Callaghan, der allein das Wahldatum bestimmte, gegen einen Termin im Herbst. Zwar hatte seine Labour-Partei den Vorsprung der Konservativen in den Meinungsumfragen im Spätsommer fast aufgeholt. Dennoch glaubte der Regierungschef nicht an einen Wahlsieg und wollte lieber abwarten, damit die positiven Folgen der wirtschaftlichen Erholung bis zum nächsten Frühjahr für die Bürger spürbarer würden und sich die Erinnerung an die IWF-Krise weiter verflüchtigte. In seinen Memoiren begründete der Hobby-Farmer Callaghan seine Entscheidung mit einer Metapher aus der Landwirtschaft: „You must be ready to wait for results and always remain optimistic that next year's harvest will be better than the present.“²⁹³

Callaghan vernachlässigte allerdings eine andere Bauernregel, die besagt, man solle die Ernte einfahren, bevor es sie verhagelt. Insbesondere an der Gewerkschaftsfront zogen im Sommer bedrohliche Sturmwolken auf. Schließlich hatte sich die wirtschaftliche Lage des Landes 1978 gegenüber

²⁹⁰ „Stepping Stones – Progress Report“ vom 6. Mai 1978, in: Sherman Papers, Box 19, Folder 1.

²⁹¹ Zu Priors Haltung siehe etwa JAMES PRIOR, What a mess they're making over pay, in: *Conservative Monthly News*, Januar 1978, S. 3; DERS, We'll get on with them, but not be ruled by them, in: *Conservative Monthly News*, Juli 1978, S. 4–5; DERS, Who says we can't get on with unions?, in: *Conservative Monthly News*, September 1978, S. 6–7.

²⁹² THATCHER, Erinnerungen, S. 495. Siehe HOSKYNs, S. 59–69; vgl. auch CLARKE, Rise, S. 316.

²⁹³ CALLAGHAN S. 511. Eine detaillierte Analyse von Callaghans Motiven, die Wahl hinauszuschieben, findet man bei MORGAN, Callaghan, S. 633–50.

den Vorjahren deutlich verbessert. Die Preissteigerung war auf acht Prozent gesunken, so tief wie seit 1972 nicht mehr. Gewerkschaftsführer wie einfache Mitglieder sahen nicht mehr ein, wieso eine sozialistische Regierung ihnen immer noch Löhne zumutete, die auf eine Verringerung ihres Lebensstandards hinausliefen.²⁹⁴ Die Bergarbeitergewerkschaft verlangten Ende Juli 40 Prozent mehr Lohn; im August folgten die Arbeiter der britischen Ford-Niederlassung mit einer Forderung in Höhe von 25 Prozent.²⁹⁵ Nur die Aussicht auf eine unmittelbar bevorstehende Wahl veranlaßte die anderen Gewerkschaften, sich zurückzuhalten und nicht offen gegen die Fünf-Prozent-Grenze für Lohnerhöhungen zu rebellieren, die die Regierung am 21. Juli in ihrem Weißbuch zur Lohnpolitik öffentlich gemacht hatte. Erst müsse man mit vereinten Kräften eine Regierungsübernahme der Tories verhindern, lautete die Überlegung der Gewerkschaftsführer, ehe man im Anschluß an einen Labour-Wahlsieg neu über Löhne und Gehälter verhandeln könne.²⁹⁶ Aus diesem Grund gehörten die Gewerkschaftsführer zu den entschiedensten Befürwortern eines Herbsttermins und reagierten besonders enttäuscht und verärgert, als der Regierungschef am 9. September in einer Fernsehansprache verkündete, daß es vorerst keine Wahlen geben werde. Ihr Zorn wurde durch den Umstand gesteigert, daß sie den Eindruck gewannen, der Premierminister habe sie absichtlich hinters Licht geführt: Bei einem vertraulichen Treffen mit den Führern der sechs wichtigsten Einzelgewerkschaften am 1. September hatte sich Callaghan, dessen Entscheidung zu diesem Zeitpunkt bereits feststand, bewußt bedeckt gehalten, und auch in einer Ansprache vor dem TUC-Kongreß fünf Tage später hatte er sich mit mißverständlichen Andeutungen begnügt.²⁹⁷

Mit Callaghans Entscheidung gegen Wahlen im Herbst brach der Damm, der letzte Grund für gewerkschaftliche Zurückhaltung entfiel. Nach dem 9. September setzte sich in fast allen Gewerkschaften die radikalere Basis gegen die gemäßigten Führer durch und verlangte eine Rückkehr zur Praxis des *free collective bargaining*. Gründe gab es genug: Die Wirtschaft schien allmählich zu gesunden. Die Profite vieler Unternehmen wuchsen, während die Realeinkommen, vor allem im staatlichen Sektor des Arbeitsmarktes, seit 1975 ständig gesunken waren. Nur die Spitzenverdiener im öffentlichen Dienst hatten im Juni 1978 einen Gehaltszuschlag von 30 Prozent zugesprochen bekommen, was den Forderungen, Bezieher niedriger Einkünfte

²⁹⁴ Vgl. CLARKE, Hope, S. 355–6; HOLMES, Labour, S. 124–9.

²⁹⁵ Vgl. MORGAN, Callaghan, S. 632–3.

²⁹⁶ Vgl. TAYLOR, S. 251–2.

²⁹⁷ Zu den Hintergründen siehe MORGAN, Callaghan, S. 641–3.

nicht zu benachteiligen, zusätzliche Dringlichkeit verlieh. Der Gewerkschaftskongreß stimmte daher schon am 1. September mit großer Mehrheit gegen die Fünf-Prozent-Regel der Regierung; die Delegierten des Labour-Parteitag folgten einen Monat später. Auch die ersten Streiks ließen nicht lange auf sich warten. Mitte September legte die Belegschaft von Ford die Arbeit nieder, nachdem das Management des Betriebes Lohnerhöhungen im Rahmen der Regierungsrichtlinien, also unter fünf Prozent, angeboten hatte. Anfang November traten die Bäcker in den Ausstand. Wenige Wochen später kündigten die Fahrer von Öltransportern an, sie würden ebenfalls ab dem 2. Januar streiken, wenn sie nicht 40 Prozent mehr Lohn erhielten. „I'm in terrible trouble“, gestand Callaghan Mitte Oktober Bundeskanzler Schmidt am Telefon. „We've got a difficult winter“.²⁹⁸

Den Konservativen eröffnete die Malaise der Labour-Regierung eine unerwartete neue Chance, aus dem Thema „Gewerkschaftsmacht“ Kapital zu schlagen. Dazu mußten sie jedoch zunächst den innerparteilichen Meinungsstreit überwinden und zu einer einheitlichen, stringenten und öffentlich vermittelbaren Linie finden. Nach der für die Regierung katastrophal verlaufenen TUC-Konferenz griff Howe die Gewerkschaften erstmals wieder öffentlich an. In einer Rede vor der Handelskammer von Kirklees verwahrte er sich gegen den Vorwurf des „union-bashing“, behauptete jedoch, daß die Allianz von Gewerkschaftsführung und Labour-Regierung weder im Interesse der einfachen Mitglieder noch des Landes liege, weil sie notwendige Reformen verhindere und der veränderungsbereiten Mehrheit den Willen einer auf ihren Privilegien beharrenden Minderheit aufzwingt.

A trade union „movement“, whose most contentious policies are not supported by a majority of its membership and whose leaders are wedded to a political and economic system which has failed in practice and which most of the electorate do not want – such a movement remains a major obstacle to the economic recovery that could be within our power.²⁹⁹

Deutlicher konnte man den Grundgedanken von „Stepping Stones“ kaum formulieren. Auch von Hayek meldete sich kurz darauf mit einem längeren Artikel in der *Times* noch einmal zu Wort, in dem er seine Argumente für eine radikale Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte wiederholte. Solange es die öffentliche Meinung politisch unmöglich mache, die notwendigen Reformen durchzusetzen, werde die wirtschaftliche Gesundung des Landes

²⁹⁸ Zit. nach MORGAN, Callaghan, S. 646. Siehe auch TAYLOR, S. 253–5; Symposium. The Winter of Discontent, in: *Contemporary Record* vom Herbst 1987, S. 34–43.

²⁹⁹ Am 15. September 1978 vor der Kirklees Chamber of Commerce im Swallow Hotel in Westgate, Wakefield: News Service 1192/78, S. 5.

ebenfalls unmöglich sein, schrieb er. „A drastic change may still provide an outlet, but after another decade during which nobody dares to touch the sacred cow, it will certainly be too late.“³⁰⁰

Doch der Widerstand der Beharrungskräfte innerhalb der Tory-Partei hielt an. Prior wehrte sich mit Thorneycrofts Hilfe weiterhin erfolgreich gegen alle Versuche, „Stepping Stones“ entscheidend voranzubringen. In der Frage der Lohnpolitik gingen die Meinungen ebenfalls weit auseinander. Prior deutete Ende September in einem Fernsehinterview an, er halte die Fünf-Prozent-Politik der Regierung nicht prinzipiell für falsch. Auf keinen Fall werde sich die Tory-Partei derart unverantwortlich zeigen wie Labour fünf Jahre zuvor und die Lohnpolitik der Regierung absichtlich unterminieren. Er wisse sehr gut, daß auch eine künftige konservative Regierung es sich kaum erlauben könne, die Löhne ungebremst in die Höhe schießen zu lassen. Selbst die Einführung einer gesetzlichen Lohnpolitik schloß Prior nicht aus.³⁰¹ Damit geriet er nicht nur in erkennbaren Widerspruch zu seinem Schattenkabinettskollegen Joseph, der weiterhin jeden Gedanken an eine Lohnpolitik kategorisch zurückwies. Er widersprach auch seiner Parteichefin, die in ihren eigenen Stellungnahmen jeden positiven Verweis auf eine Lohnpolitik sorgfältig vermied.³⁰²

Auf dem Parteitag in Brighton Mitte Oktober prallten die Gegensätze aufeinander. Thatcher versuchte am Vorabend der Konferenz, in einigen Fernsehinterviews die Leitlinien der konservativen Politik zu skizzieren: Die Lohnpolitik der Regierung sei gescheitert, konstatierte sie. An ihre Stelle müsse ein Verfahren treten, das mehr Raum für Gehaltsunterschiede und Anreize biete. Zugleich dürften Gewerkschaften, die ohne staatliche Einmischung Löhne aushandeln wollten, für unerwünschte Folgen der Lohnabschlüsse auch keine Hilfe von der Regierung erwarten. „[Governments] must not then say ‚if you bargain yourself out of the market we will come with someone else’s money and rescue you‘ [...] You cannot constantly protect people from the consequences of their own action.“³⁰³

In der Wirtschaftsdebatte am folgenden Tag griff Heath Thatchers Bemerkung über den Zusammenbruch der Lohnpolitik auf und erklärte, sollte dies stimmen, gebe es keinen Grund zu Selbstgefälligkeit oder Schadenfreude. Ausdrücklich lobte er Priors verantwortungsvolle Haltung.³⁰⁴

³⁰⁰ *The Times*, 10. Oktober 1978.

³⁰¹ Vgl. *The Times*, 27. September 1978.

³⁰² Zu Josephs Haltung siehe *The Times*, 10. Oktober 1978; für die Parteichefin siehe THATCHER, *Erinnerungen*, S. 487.

³⁰³ Zit. nach *The Times*, 11. Oktober 1978.

³⁰⁴ Am 11. Oktober 1978 in der Wirtschaftsdebatte des Tory-Parteitages; *News Service*, S. 6.

Howe, der als Schattenschatzkanzler die Abschlußrede der Wirtschaftsdebatte hielt, versuchte die Wogen zu glätten, indem er Heath goldene Brücken baute, zugleich aber an den Grundgedanken des Thatcher-Kurses festhielt.³⁰⁵ Der Drahtseilakt war zum Scheitern verdammt. Heath verstand die Rede des Schattenschatzkanzlers nicht als Kompromißangebot, sondern als Kampfansage, auf die er noch am selben Abend in zwei Fernsehinterviews antwortete.³⁰⁶ Er bestätigte, daß er mit Thatchers Kurs nicht übereinstimme, ihn für einen Weg in den Abgrund halte. „Free collective bargaining produces massive inflation“, erklärte er im BBC-Fernsehen. Bei aller Gegnerschaft zur Labour-Partei, halte er Callaghans Position in der Lohnpolitik für richtig. „[I]f the Prime Minister says ‚I am going to the country because I believe we cannot have another roaring inflation, or another free for all‘, I would say ‚I agree with that‘. We cannot have another free for all.“³⁰⁷

Zwar befanden sich Heaths Aussagen nicht im Widerspruch zu dem, was die zerstrittene Parteiführung ein Jahr zuvor in *The Right Approach to the Economy* als Kompromiß formuliert hatte. Doch Thatcher hatte es unter dem Eindruck von Labours Schwierigkeiten für ratsam gehalten, einen Schritt nach vorn zu tun. Heaths Äußerungen erschienen ihr nicht nur illoyal, sondern auch unklug. In ihren Augen war es sinnlos, eine irreparabel gewordene Politik zu unterstützen, nur weil sich damit kurzfristig Erfolge im Kampf gegen die Inflation erzielen ließen. Mittel- und langfristig konnte nur ein Rückzug des Staates aus den Tarifverhandlungen verbunden mit einer strikten Begrenzung des Geldmengenwachstums Besserung bringen, davon war sie überzeugt. Hinzu kam, daß die Kritik an Labours Lohnpolitik nach Ansicht der Parteichefin einen wichtigen strategischen Vorteil bot: Sie konnte auf diese Weise klassische Labour-Anhänger, etwa unter den Facharbeitern, ansprechen, die sich durch eine staatliche Lohnpolitik um die Früchte ihrer Arbeit geprellt sahen.³⁰⁸ Ein großer Teil von Thatchers Parteitagrede wandte sich denn auch direkt an unzufriedene Gewerkschaftsmitglieder: „You want higher wages, better pensions, shorter hours, more government spending, more investment, more – more – more. But

³⁰⁵ „We accept, as Ted Heath pointed out, the Government’s responsibility for [an orderly and responsible pattern in pay bargaining] in the public sector. We have learned one other lesson [...] namely that a formal and regulated incomes policy turns out in the end to be the wrong way of going about it“; am 11. Oktober 1978 in der Wirtschaftsdebatte des Tory-Parteitage; News Service, S. 5.

³⁰⁶ Siehe HOWE, S. 103; HEATH, Course, S. 569.

³⁰⁷ Zit. nach *The Times*, 12. Oktober 1978. Vgl. auch HEATH, Course, S. 569–70.

³⁰⁸ Siehe hierzu THATCHER, Erinnerungen, S. 488.

where is the ‚more‘ to come from? There is no more. There can be, but there won't be unless we all produce it. You can no more separate pay from output than you can separate two blades of a pair of scissors and still have a sharp cutting edge.“ Nur wenn die Produktivität wachse, könne es auch den Arbeitnehmern wieder besser gehen. Es sei falsch zu glauben, Produktivitätswachstum bedeute Rationalisierungen und führe zu Massenentlassungen. Der richtige Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liege darin, mehr Waren billiger zu produzieren, so daß mehr Menschen sie kaufen wollten. Zur Lohnpolitik erklärte sie, ihre Partei glaube an „realistic, responsible collective bargaining, free from Government interference [...] It's up to you, the trade union leaders, to act realistically in the light of all the facts, as the Government must do. If you demand too much, you will bargain your firm into bankruptcy and your members onto the dole.“³⁰⁹

Die Nachlese des Parteitags war eine herbe Enttäuschung für Thatcher. Trotz Labours Malaise war es der Konservativen Partei nach Ansicht der meisten Kommentatoren nicht gelungen, die Gunst der Stunde zu nutzen. Im Gegenteil: Die innerparteilichen Querelen ließen die Stimmung umschlagen. Vor der Konferenz hätten sich die Tories wie eine Fußballmannschaft gefühlt, die auswärts deutlich gewonnen hat und im abschließenden Heimspiel alles ganz leicht für sich entscheiden kann, hieß es im *Economist*.³¹⁰ Statt eines Sieges folgte jedoch eine bittere Niederlage. „[T]heir intended triumph slipped through their fingers“, schrieb selbst Fred Emery, der Tory-freundliche Kommentator der *Times*.³¹¹ Eine Meinungsumfrage der *Daily Mail* ergab, daß 42 Prozent der Briten Heaths Standpunkt in der Lohnpolitik guthießen, nur 36 Prozent Thatchers Einstellung. Beide wurden von Premierminister Callaghan überboten, der eine Zustimmungsrate von 44 Prozent erzielte.³¹² Hatten die Tories vor dem Parteitag in den Meinungsumfragen mit sieben Prozentpunkten Vorsprung vor Labour geführt, so kehrte sich das Verhältnis bis Ende Oktober zu ihren Ungunsten um: Jetzt lag die Regierungspartei mit über fünf Prozentpunkten vorn.³¹³

Thatcher konnte nun nur noch darauf setzen, daß die Regierung von den Gewerkschaften weiter in die Enge getrieben würde. Die Hoffnung trog nicht. Am 14. November kündigte das eher gemäßigte Präsidium des TUC die Zusammenarbeit mit dem Labour-Kabinett auf, indem eine von Regie-

³⁰⁹ Am 13. Oktober 1978 auf dem Tory-Parteitag in Brighton, abgedruckt in: THATCHER, Collected Speeches, S. 78–90 (S. 84). Vgl. *The Times*, 14. Oktober 1978.

³¹⁰ *The Economist*, 14. Oktober 1978.

³¹¹ *The Times*, 14. Oktober 1978. Ähnlich auch der Leitartikel vom selben Tag.

³¹² Zit. nach *The Economist*, 21. Oktober 1978.

³¹³ Vgl. *The Economist*, 18. November 1978. Siehe auch BUTLER und KAVANAGH, S. 263.

rungsvertretern und Gewerkschaftern gemeinsam erarbeitete Erklärung zur Wirtschaftspolitik bei der entscheidenden Abstimmung keine Mehrheit fand. Damit war die letzte Chance verspielt, wenigstens den Schein des Einvernehmens zwischen Labour und Gewerkschaften zu wahren. Es ist bezeichnend für den Grad der Uneinigkeit innerhalb der Labour-Partei, wie unterschiedlich die Parteiflügel auf die Nachricht vom Ende der Kooperation reagierten. „It’s a real kick in the teeth for the corporate state“, jubelte Benn.³¹⁴ Healey hingegen betrachtete die Entscheidung als Todesstoß für die Regierung. „This shambles was of course a triumph for Mrs Thatcher“, schrieb er in seinen Erinnerungen. „The cowardice and irresponsibility of some union leaders in abdicating responsibility at this time guaranteed her election.“³¹⁵ Der Premierminister teilte die Einschätzung seines Schatzkanzlers. „[T]he political impact of the TUC’s rejection was serious“, urteilte er später, „the Government’s moral authority on pay issues was undermined.“³¹⁶

In der Tat gab die Unternehmensleitung von Ford drei Tage später nach neun Streikwochen in der Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften nach und stimmte einer Lohnerhöhung von 17 Prozent zu.³¹⁷ Die Regierung mußte auf diesen offenen Verstoß gegen ihre Lohnpolitik mit Strafmaßnahmen reagieren, wollte sie sich nicht der Lächerlichkeit preisgeben. In einer Kampfabstimmung im Unterhaus am 15. Dezember scheiterten ihre Vorschläge für Wirtschaftssanktionen jedoch an einer buntscheckigen Koalition, der neben den Tories auch die Liberalen, schottischen Nationalisten und nordirischen Unionisten angehörten. Entscheidend war, daß auch eine Handvoll Abgeordneter vom linken Flügel der Labour-Partei gegen die Regierung stimmte, weil sie in der Bestrafung für Ford gleichzeitig eine Rüge an die Gewerkschaften erblickten.³¹⁸

Was nun begann, ging als *Winter of Discontent* in das kollektive Gedächtnis der Briten ein.³¹⁹ In einer Kettenreaktion trat eine Berufsgruppe nach der anderen in den Ausstand und forderte zum Teil erhebliche Lohnerhö-

³¹⁴ Tagebucheintrag vom 14. November 1978, in: BENN, Conflict, S. 391.

³¹⁵ HEALEY, S. 464.

³¹⁶ CALLAGHAN, S. 533.

³¹⁷ Siehe: Symposium. The Winter of Discontent, in: *Contemporary Record* vom Herbst 1987, S. 34–43 (S. 39).

³¹⁸ Siehe MORGAN, Callaghan, S. 659.

³¹⁹ Der Begriff, den die britische Presse im Winter 1978/1979 zu einem geflügelten Wort machte, ist einem Monolog aus Shakespeares Richard III. entnommen. Interessanterweise hatten sich die Propagandisten der Tory-Partei schon mehr als drei Jahre zuvor erfolglos darum bemüht, die Wendung als Kampfbegriff zu etablieren; vgl. etwa in Thatchers Rede am 30. Juli 1975 bei der Alnwick Castle Fete in Northumberland: News Service 698/75, S. 3.

hungen, um die Verzichtse der vergangenen Jahre auszugleichen und nicht gegenüber anderen Berufssparten benachteiligt zu werden. Die Techniker der BBC drohten damit, das Fernsehprogramm über die Weihnachtstage zu sabottieren, wenn sie nicht 15 Prozent mehr Lohn erhielten. Wegen eines Druckerstreiks mußte die *Times* erstmals seit zweihundert Jahren ihr Erscheinen einstellen. Am 1. Januar begann in Schottland ein Streik der Speiditionsarbeiter, der sich rasch über das ganze Land ausbreitete, die Angst vor Versorgungsengpässen bei Lebensmitteln und Medikamenten nährte, an einigen Orten Hamsterkäufe auslöste und in Nordirland sogar dazu führte, daß der Notstand ausgerufen wurde. Besonders hart traf die Bevölkerung Ende Januar der Streik von eineinhalb Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Kommunen.³²⁰ In der Folgezeit mußte in manchen Gemeinden der Schulunterricht ausfallen, weil Hausmeister die Schulgebäude nicht heizten; die Abwasserentsorgung setzte vielerorts aus, weil die Arbeiter in den Wasserwerken in den Ausstand traten; in einigen Krankenhäusern wurden Patienten abgewiesen, weil Pförtner und Krankenschwestern streikten; in Liverpool weigerten sich sogar die Totengräber, Bestattungen vorzunehmen.³²¹

Ökonomisch war der Streikwinter 1978/79 weniger gefährlich als die Auseinandersetzung der Bergleute mit der Heath-Regierung fünf Jahre zuvor. Zu keinem Zeitpunkt drohte die Volkswirtschaft zusammenzubrochen, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern war gewährleistet.³²² Psychologisch wirkten die Ereignisse jedoch verheerend. Fast jeder spürte die Folgen des Streiks am eigenen Leib, was umso verdrießlicher stimmte, als der Winter für britische Verhältnisse extrem kalt war. Darüberhinaus sorgte die Fernseh- und Presseberichterstattung dafür, daß allen Briten die schlimmsten Streikfolgen tagtäglich vor Augen geführt wurden. Der *Daily Express* druckte ein Foto von einer Ratte, die aus einem riesigen Berg nicht abgeräumten Mülls krabbelte. Bilder von Kindern, die vergeblich auf eine Notoperation warteten, und Krebspatienten, die man aus ungeheizten Krankenzimmern zum Sterben nach Hause schickte, erreichten alle Wohnzimmer. Weil derartige Exzesse wieder und wieder gesendet wurden, erschienen sie nicht als Ausnahme (was sie waren), sondern als Regelfall.³²³ Vor allem aber wurde der Klassen-

³²⁰ Diese verlangten vergleichbare Lohnzuwächse wie in der Privatwirtschaft und wollten einen Mindestlohn von 60 Pfund in der Woche durchsetzen.

³²¹ Vgl. dazu den resignierenden Kommentar von CALLAGHAN, S. 537.

³²² Vgl. WILLIAM RODGERS, *Government under Stress. Britain's Winter of Discontent 1979*, in: *Political Quarterly* 55, 1984, S. 171–9.

³²³ Siehe hierzu JENKINS, S. 27, aber auch COCKERELL, S. 243.

kampfmythos, von dem Labour jahrelang profitiert hatte, schwer erschüttert. Anders als fünf Jahre zuvor standen die streikenden Arbeiter nicht mehr einer konservativen Regierung gegenüber. Der Bruch ging vielmehr quer durch das Lager der Arbeiterbewegung. Die Regierung Callaghan erwies sich angesichts der Unnachgiebigkeit der Gewerkschaften als ebenso hilflos wie ihre konservative Vorgängerin.

Der Premierminister wirkte nach dem Zusammenbruch seiner Lohnpolitik vollständig konsterniert, nahezu depressiv.³²⁴ Schlimmer noch: Er erschien vielen Briten in der Notsituation nicht nur tatenarm und unschlüssig, sondern auch hartherzig, abgehoben und ohne Verständnis für die täglichen Probleme der Bürger. Anfang Januar war er zu einem Gipfeltreffen mit den Staats- und Regierungschefs aus den USA, Frankreich und der Bundesrepublik auf die Karibikinsel Guadeloupe geflogen, um über die Modernisierung des westlichen Atomwaffenarsenals und die Möglichkeit von Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion zu diskutieren. Callaghan mochte gehofft haben, es sei vorteilhaft, sich in einem Wahljahr als weltgewandter Staatsmann zu präsentieren. Die Wirkung des Gipfels in Großbritannien war jedoch eine andere. In den Abendnachrichten der BBC standen die Aufnahmen eines sonnengebräunten Premiers – in Badehose am Palmstrand flanierend – im krassen Gegensatz zu den chaotischen Bildern militanter Streikposten, überquellender Mülleimer, ungeheizter Schulen und unbestatteter Leichen. Als Callaghan bei seiner Rückkehr noch am Flughafen eine improvisierte Pressekonferenz abhielt, verschlimmerte er seine Lage weiter. Nach mehreren Tagen Abwesenheit fehlte ihm das Gespür für die Stimmung im Lande; seine Bemerkungen fielen allzu abgeklärt, ja ironisch-distanziert aus. Auf die Frage eines Reporters, was er gegen das „Chaos“ auf den Straßen zu tun gedenke, erklärte er herablassend: „I don't think that other people in the world share the view there is mounting chaos.“³²⁵ Die Boulevardzeitung *Sun* spitzte diese Antwort auf ihrer Titelseite am folgenden Tag auf boshafte, aber nicht unzutreffende Weise zu: „Crisis – What Crisis?“. Die Schlagzeile wurde zum geflügelten Wort und fügte dem Ruf des Premiers weiteren Schaden zu.³²⁶ „Oppositions don't win elections“, konnte man Mitte Januar im *Guardian* lesen, „Governments lose them and the Callaghan Government was busy losing the next election with the powerful assistance of the trade union movement.“³²⁷

³²⁴ Siehe MORGAN, Callaghan, S. 658.

³²⁵ Zit. nach COCKERELL, S. 242–3.

³²⁶ *The Sun*, 11. Januar 1979. Siehe auch Schlagzeile und Kommentar des *Daily Telegraph*, 11. Januar 1979. Vgl. zu der Episode auch MORGAN, Callaghan, S. 661–2.

³²⁷ *The Guardian*, 17. Januar 1979.

Je größer die Schwierigkeiten der Regierung wurden, umso hoffnungsfroher blickten die Strategen des Thatcher-Lagers in die Zukunft. Ein Umschwenken der öffentlichen Meinung gegenüber den Gewerkschaften zeichnete sich als Silberstreif am Horizont ab. Schon in den Jahren zuvor hatten sie mit Spannung verfolgt, wie eine Reihe prominenter Labour-Anhänger ihrer Partei wegen der Gewerkschaftspolitik den Rücken kehrte. Der Historiker und Publizist Hugh Thomas zum Beispiel, seit Mitte der fünfziger Jahre für die Linke engagiert, hatte sich 1976 zu den Tories bekannt und seinen Sinneswandel unter anderem mit Labours Willfährigkeit gegenüber den Gewerkschaften begründet. „[T]he unions have become established outside the law“, schrieb er, „in a way that no other institution has been since the collapse of the medieval nobility and the church. The power workers could, if they desired, hold to ransom any government.“³²⁸ Auch Lord George-Brown hatte seine Partei im März 1976 aus Protest gegen die Gewerkschaftspolitik der Regierung verlassen. Anlaß war ein Gesetz, das seiner Ansicht nach die Pressefreiheit zugunsten der Gewerkschaftsmacht einschränkte und Redakteure wie Herausgeber der Willkür der Druckergewerkschaften auslieferte. Nach seinem Austritt erklärte er:

I have been a member of the Labour Party since 1931. I am breaking a lifetime's devotion to the party. But for me it has always been the party standing for individual freedom and that means the freedom to speak, to write and to argue. The passage of this Bill tonight denies a man that right. [...] The Labour Party has become the establishment. It refuses freedom to individuals.³²⁹

Der Publizist Paul Johnson, von 1965 bis 1970 Herausgeber der sozialistischen Monatsschrift *New Statesman*, sah ebenfalls die individualistischen und freiheitlichen Traditionen des Sozialismus durch die Gewerkschaftspolitik der Partei gefährdet. In einem Artikel, der den Titel „Farewell to the Labour Party“ trug, prangerte er insbesondere die *closed shop*-Gesetzgebung an. Ein Grund, warum er der Labour-Partei beigetreten sei, so Johnson, „was that I believed it stood by the helpless and persecuted, and by the angular non-conformist who – wrong headedly perhaps – reserved the right to think for himself. Labour's closed shop legislation represented a historic shift in its doctrinal loyalties to the grinning triumph of the field-grey regiment.“ Seine Beweggründe seien weniger politisch als moralisch, fuhr er fort. Seit die Labour-Partei in den Kollektivismus abdrifte, habe er zum erstenmal in seinem Leben erkannt, wie wichtig für ihn Freiheit und Individualismus seien.

³²⁸ HUGH THOMAS, A Letter to a Social Democrat, in: CORMACK (Hrsg.), S. 94. Vgl. auch Thomas' Artikel in der *Daily Mail*, 23. November 1976.

³²⁹ Zit. nach *The Times*, 3. März 1976.

[T]he individual conscience is the most precious gift humanity possesses. A political creed which respects it – whatever evil it may otherwise do or stand for – is inherently healthy, for it contains within it a self-correcting mechanism. But in a system of belief where conscience is collectivised, there is no dependable barrier along the highway which ultimately may lead to Auschwitz and the Gulag.³³⁰

Im Herbst und Winter 1978 gewannen Einstellungen wie diese an Gewicht. Hatten im Februar 1974 noch sechzig Prozent der Briten in Meinungsumfragen geäußert, Gewerkschaften seien eine positiv zu beurteilende Einrichtung, glaubten dies an der Jahreswende 1978/1979 nur noch 44 Prozent. Im gleichen Zeitraum hatte sich die Zahl derer, die glaubten Gewerkschaften seien schädlich, von 25 auf 44 Prozent nahezu verdoppelt.³³¹ Mit Spannung registrierte Howe im November, daß selbst Peter Jenkins, der einflußreiche Kommentator des linksliberalen *Guardian*, in einem Leitartikel schrieb, die Gewerkschaftsfrage sei nun „at the heart of British politics“.³³² In der „Stepping Stones“-Arbeitsgruppe konstatierte Hoskyns am 2. November sichtlich zufrieden, das Presse-Echo auf die konservativen Reformvorschläge klinge viel freundlicher als noch wenige Monate zuvor. „Media treatment of Geoffrey Howe’s recent speeches has been very different from their familiar response, at the beginning of this year, of ‚union-bashing‘.“³³³ Mitte Dezember stellte Sherman in einem für Thatcher bestimmten Memorandum zur Gewerkschaftsfrage fest: „[T]he public mood *vis à vis* the Unions has changed. The Unions’ moral ascendancy has been eroded, they are no longer seen as valiant fighters for the underdog but as selfish and often ruthless operators.“ Endlich sei es wieder möglich, öffentlich darüber nachzudenken, wie man dem Gewerkschaftsproblem beikommen könne.³³⁴

Wie die öffentliche Argumentation der Tories aussehen solle, führte Sherman in einem anderen Strategiepapier aus: Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder habe sich seit dem Zweiten Weltkrieg vervierfacht, erklärte er. Selbst der Öffentliche Dienst, mit dem fast alle Bürger direkt zu tun hätten, werde inzwischen von den Gewerkschaften dominiert. Durch den *closed shop* wachse der Einfluß militanter Aktivisten, während gleichzeitig die Inflation dafür Sorge, daß auch gemäßigte Gewerkschaftsmitglieder sich radikalisierten. „In a period of stable prices, many unions and their members will

³³⁰ *New Statesman* vom September 1977 (Kurzfassung in: *Sunday Telegraph*, 11. September 1977).

³³¹ Siehe TAYLOR, S. 371.

³³² HOWE, S. 107.

³³³ Zit. nach ebd., S. 107.

³³⁴ Alfred Sherman: Our exposed flank – free collective bargaining, in: Sherman Papers AR MT/5/2/3, S. 11 (Box 6, Folder 2).

accept the status quo. In a period of inflation, no one can afford to be left behind; once they have tasted blood, even artificial blood, their appetite grows.“ Hinzu komme, daß sich die Verhandlungslage zugunsten der Gewerkschaften verschoben habe, zum einen weil alle Parteien miteinander wetteiferten, wer mit den Gewerkschaften am besten auskomme, zum anderen weil sozialstaatliche Absicherung das Risiko der Streikenden verringere. Das Meinungsklima begünstige außerdem seit langem die Arbeitnehmer und demoralisiere die Unternehmer und das Management, zumal der Staat allzu selten sein Gewaltmonopol nutze, um seinen Gesetzen bei Übergriffen der Gewerkschaften Geltung zu verleihen. „[W]e have reached a stage where trade union activity makes almost everybody, including most Trade-Unionists, worse off than they would otherwise be“, lautete Shermans Fazit. „Therefore, almost everyone has the incentive to accept reform.“³³⁵

Unter dem Eindruck ständig neuer Hiobsbotschaften von der Streikfront entschloß sich Thatcher in den Weihnachtsferien, Shermans Drängen nachzugeben und einen Schritt nach vorn zu wagen. Anfang Januar kehrte sie mit dem festen Willen nach London zurück, die konservative Gewerkschaftspolitik zu verschärfen.³³⁶ Ohne ihr Schattenkabinett zu informieren, arbeitete sie mit Hilfe von Sherman und Reece neue Vorschläge aus, wie eine künftige Tory-Regierung den Einfluß der Gewerkschaften begrenzen könnte. Streikende Arbeiter und ihre Familien sollten nur dann in den Genuß von staatlichen Ausgleichszahlungen gelangen, wenn ihre Gewerkschaft vor dem Ausstand eine geheime Abstimmung durchgeführt hätte. Außerdem sollten diese Ausgleichszahlungen fortan steuerpflichtig sein. Einige Berufssparten in besonders sensiblen Bereichen wie Gas- und Stromversorgung sollten schließlich gegen angemessene Kompensationen vom Streikrecht ausgenommen werden.³³⁷

Die Politikerin nutzte ein Fernsehinterview in der Sendung *Weekend World* am 7. Januar, um die neuen Ideen zu lancieren und zugleich scharfe Kritik an den Gewerkschaften zu üben.³³⁸ Nicht nur die Presse reagierte überwiegend positiv auf diesen Vorstoß, auch breite Bevölkerungsschichten gaben zu erkennen, daß die Politikerin ihnen aus dem Herzen sprach.³³⁹ „Unterstützungsangebote, Informationen und neue Ideen überschwemm-

³³⁵ Alfred Sherman: Notes on Policy for the Unions and its Presentation, in: Sherman Papers AR MT/5/2/3, S. 1, 3 (Box 8, Folder 2).

³³⁶ Vgl. THATCHER, Erinnerungen, S. 497.

³³⁷ Vgl. *The Economist*, 13. Januar 1979; *Daily Telegraph*, 8. Januar 1979.

³³⁸ Vgl. THATCHER, Erinnerungen, S. 498. Siehe auch *Daily Telegraph*, 8. Januar 1979.

³³⁹ Der prominenteste Sympathisant war Lord George-Brown, der inzwischen als Unabhängiger im Oberhaus saß. Siehe den Kommentar im *Daily Telegraph*, 8. Januar 1979.

ten jetzt mein Büro“, berichtete sie später³⁴⁰ Zwar hütete sie sich, ihre Partei eindeutig auf bestimmte Einzelmaßnahmen festzulegen. Doch die Stoßrichtung ihrer Aussagen war deutlich: Die Tory-Chefin verband ihren Namen öffentlich mit dem Anliegen eines Kurswechsels in der Gewerkschaftspolitik. Allein dadurch, daß sie verschiedene Möglichkeiten öffentlich erörterte, bekamen „diese Themen natürlich mehr Gewicht [...], als einige meiner Kollegen wollten“, wie sie später hintersinnig schrieb.³⁴¹ Es verwundert nicht, daß Prior am folgenden Tag seinerseits in einem Fernsehinterview erklärte, er sei gegen obligatorische Geheimabstimmungen. In der Frage der Ausgleichszahlungen für Streikende sei mit ihm nichts vereinbart worden, sie bedürfe in jedem Falle einer gründlichen Prüfung, bevor man zu einem Entschluß kommen könne.³⁴²

Seine Parteichefin ließ sich jedoch nicht mehr aufhalten. Am 10. Januar schrieb sie einen Brief an den Premierminister und beantragte eine außerplanmäßige Unterhausdebatte über die Folgen des Streiks für den 15. und 16. Januar. „Because of the hardship and suffering which has already been experienced, and the deep concern about the future, I believe that this is the least the country expects of Parliament.“³⁴³ Erst jetzt band sie die Parteigremien in die Entscheidungsprozesse ein. Die zentrale Frage vor der Parlamentsdebatte lautete: Sollte die Oppositionsführerin einen ihrer üblichen Frontalangriffe auf die Regierung starten, oder war es ratsamer, Labour unter gewissen Bedingungen konservative Unterstützung anzubieten? Die Parteichefin selbst neigte instinktiv zur ersten Alternative. Diese befand sich im Einklang mit ihrer Einschätzung von den Aufgaben einer Oppositionspartei und den unüberbrückbaren inhaltlichen Differenzen zwischen Labour und Tories. „You don't join hands with a government you're trying to overthrow except in wartime. Ceasing to be an Opposition and becoming the Government oneself is the solution to what happening to this country“, erklärte sie einem Freund, der zur Mäßigung riet.³⁴⁴ Zudem enthielt ein Kooperationsangebot eine Reihe von Unwägbarkeiten: Stellte man unannehmable Bedingungen, würde die Regierung das Angebot als reine Propaganda abtun. Kam man Labour zu weit entgegen, bestand die Gefahr, daß Callaghan das Angebot annahm und die Konservativen seine unpopuläre Politik mitzuverantworten hatten, ohne von möglichen Erfolgen zu profitieren.

³⁴⁰ THATCHER, Erinnerungen, S. 498.

³⁴¹ Ebd.

³⁴² Siehe *Daily Telegraph*, 9. Januar 1979.

³⁴³ Brief von Thatcher an Callaghan vom 10. Januar 1979: News Service 29/79.

³⁴⁴ Zit. nach MILLAR, S. 247.

Auf der anderen Seite war der Druck aus den eigenen Reihen, der Regierung in einer nationalen Krisensituation begrenzte Zusammenarbeit anzubieten, beträchtlich.³⁴⁵ Thatcher beugte sich schließlich dem Mehrheitswillen, nicht zuletzt weil sie darauf spekulierte, im innerparteilichen Richtungsstreit aus ihrem Einlenken Nutzen zu ziehen. Stimmten Prior und seine Anhänger einem Kooperationsangebot an die Regierung und den damit verbundenen Konditionen zu, so hoffte die Parteichefin, dann konnten sie sich nicht mehr dagegen wenden, wenn eine konservative Regierung diese Maßnahmen später in Kraft setzen würde.³⁴⁶

Die Rede, mit der Thatcher am nächsten Tag vor das Unterhaus trat, war eine raffinierte Mischung aus Konfrontation und Kooperationsangeboten. „Whatever view the Prime Minister may take about the situation in Britain, the opposition took the view that we were in a position of grave trouble of crisis proportions“, begann sie, auf Callaghans mißglückte Pressekonferenz anspielend. Es folgte eine ausführliche Beschreibung der Krise: Der Gütertransport sei weitgehend lahmgelegt; es führen keine Züge mehr; und der Export litte unter den Unruhen der Hafenarbeiter. Mindestens 125 000 Menschen seien bereits entlassen worden, bis Ende der Woche sei mit einer Million zu rechnen. Grundnahrungsmittel wie Speiseöl, Hefe, Salz und Zucker würden immer knapper. „If that is not mounting chaos, it is difficult to see what is.“ Das Problem wurzele in der übergroßen Macht, die den Gewerkschaften aufgrund der Nachgiebigkeit des Staates zugewachsen sei. Die Regierung könne von Glück sagen, daß sich die Konservativen in dieser Notsituation verantwortungsbewußter benähmen als Labour fünf Jahre zuvor. Ihre Partei sei bereit zur Zusammenarbeit, falls Labour die Probleme wirklich angehen wolle: Weder eine Veränderung des Streikrechts noch eine Begrenzung des *closed shop* werde an den Tories scheitern. Nicht weniger als sechs Mal wiederholte Thatcher die Floskel „Wir werden die Regierung unterstützen“, machte zugleich aber unmißverständlich klar, daß die Zusammenarbeit auf die Gewerkschaftsgesetzgebung begrenzt und an die Bedingung einer entschiedenen Reformpolitik geknüpft sei.³⁴⁷

³⁴⁵ Nicht nur Gegner des Thatcher-Kurses wie Patten drängten die Parteichefin, sich staatsmännisch und kooperativ zu geben. Auch Gefolgsleute wie Utley und Millar glaubten, in der gegenwärtigen Krise erwarte die Nation einen engen Schulterschuß aller Parteien und lehne Parteiengezänk ab. Am Abend des 15. Januar sprach sich schließlich auch eine Mehrheit im inneren Kreis des Schattenkabinetts, für ein Kooperationsangebot aus; vgl. THATCHER, *Erinnerungen*, S. 500–1; MILLAR, S. 247–8.

³⁴⁶ Vgl. THATCHER, *Erinnerungen*, S. 502.

³⁴⁷ Wörtlich erklärte sie: „While we are critical of [the Prime Minister’s] complacency, and while we are critical of the way in which matters have hardened and he has not been prepared to take the requisite action, and while we are critical of much of his political philos-

Während die Parlamentsrede zwischen Konfrontation und Kooperation oszillierte, drängten Thatchers Berater darauf, in der Fernsehansprache am folgenden Tag ganz auf den Versöhnungsgestus zu setzen.³⁴⁸ Die Parteichefin jedoch versuchte bis zum letzten Augenblick, den Ton des Manuskripts zu verschärfen. „You’re asking me to let Callaghan off the hook“, warf sie ihren Beratern vor. Erst der Hinweis, in Notzeiten müssten nationale vor Partei-Interessen rangieren, veranlaßte sie nachzugeben.³⁴⁹ Als das Kamerateam am Morgen des 17. Januar in Thatchers Büro im Unterhaus erschien, um die Ansprache aufzuzeichnen, merkte man ihr die innere Reserve nicht mehr an. „[T]onight I don’t propose to use the time to make party political points. I do not think you would want me to do so“, begann sie, direkt an die Zuschauer gewandt. Die Lage sei viel zu ernst für Parteienstreit. Nach den Exzessen der zurückliegenden Streikwochen frage sie sich, „what has happened to our sense of common nationhood and even of common humanity. [...] What we face is a threat to our whole way of life.“ Der Bedrohung könne man nur durch eine Veränderung der Gewerkschaftsgesetzgebung entgegenwirken. Es folgten die bekannten Vorschläge einer Reform des Streikrechts, der *closed shop*-Gesetzgebung sowie geheimer Abstimmungen innerhalb der Einzelgewerkschaften. In ihren Schlußworten verband Thatcher den Gedanken einer radikalen Reformpolitik geschickt mit dem Lieblingsmotiv ihrer innerparteilichen Gegner, der *One Nation*-Parole, der sie auf diese Weise eine neue Stoßrichtung gab: Wenn die gegenwärtige Krise irgendetwas lehre, so Thatcher,

it has surely taught us that we have to think of others as well as ourselves; that no-one, however strong his case, is entitled to pursue it by hurting others. There are wreckers among us who don’t believe this. But the vast majority of us, and that includes the vast majority of trade unionists, do believe it, whether we call ourselves Labour, Conservative, Liberal – or simply British. It is to that majority that I am talking this evening We have to learn again to be one nation, or one day we shall be

ophy, if he will take steps to deal with the situation of trade union power and consider new laws and new practices against picketing, of alleviating the effect of the closed shop and of trying to achieve more secret ballots so that people do not go on strike before they have been consulted about a matter which affects their whole livelihood – if he will agree to take action on these issues, we will support him through and through. [...] If he does not, I hope that he will step aside for a party that will“; am 16. Januar 1979 im Unterhaus; Hansard Vol. 960, col. 1541.

³⁴⁸ „[A]n emotional appeal would take advantage of her being a woman“, glaubte Millar, der gemeinsam mit Patten den Redetext verfaßt hatte, „and her natural feminine sympathies could [...] have a powerful effect on the people. Above all by offering to unite the country it would present her for the first time as a national, as distinct from a Party, leader“; MILLAR, S. 247.

³⁴⁹ So jedenfalls MILLAR, S. 248.

*no nation. If we have learnt that lesson from these first dark days of 1979, then we have learnt something of value.*³⁵⁰

In den folgenden Tagen zeigte sich, daß die Rechnung der Tory-Strategen aufging: Der Graben zwischen den Parteien war zu breit, als daß Callaghan die ausgestreckte Hand der Oppositionsführerin hätte ergreifen können. Die Regierung blieb eine direkte Antwort auf das konservative Angebot schuldig. Gleichzeitig machten Thatchers fulminante Auftritte im Parlament und auf dem Bildschirm großen Eindruck. Sogar der skeptische *Economist* bescheinigte ihr „a rousing parliamentary performance“, die Labours Gewinnchancen bei den nächsten Wahlen einen schweren Schlag versetzt habe.³⁵¹ Der Leitartikler des *Daily Telegraph* fand Thatchers Rede „remarkable“ und konstatierte: „What emerged most clearly was not the appeal for a common effort by both parties to meet a common and immediate danger, but a crystal-clear definition of where the Tories stand in relation to the present crisis. [...] Nothing of comparable clarity was yielded by Mr. Callaghan.“³⁵²

Thatchers Berater waren im Rückblick überzeugt, der Parlamentsauftritt und vor allem die anschließende Fernsehansprache seien der entscheidende Wendepunkt auf dem Weg nach 10 Downing Street gewesen.³⁵³ Millar glaubte, die Fernsehansprache sei ein entscheidender Durchbruch gewesen. „It wasn't so much the words, it was the gesture of holding out the hand to the political enemy that grabbed the country. People who had no love for the Conservative Party warmed to its leader.“³⁵⁴ Thatcher selbst setzte die Akzente ein wenig anders. Ihrer Ansicht nach hatte sich „unser erkennbarer Wille, die Militanten in den Gewerkschaften auf die Hörner zu nehmen, der bisher ein Passivum gewesen war, [...] plötzlich als Vorteil entpuppt“.³⁵⁵ Immer wieder profilierte sie in den folgenden Wochen als unbarmherzige Gegnerin militanter Gewerkschaften. „Some of the unions are confronting the British people“, erklärte sie Ende Januar in einem Radiointerview, „they are confronting the sick, they are confronting the old, they are confronting the children. I am prepared to take on anyone who is confronting those and who is confronting the law of the land [...] If someone is confronting our essential liberties, if someone is inflicting injury, harm and damage on the

³⁵⁰ Am 17. Januar 1979 in einem Party Political Broadcast: News Service 71/79, S. 1, 4.

³⁵¹ *The Economist*, 20. Januar 1979.

³⁵² *Daily Telegraph*, 17. Januar 1979.

³⁵³ „Although I am not a political scientist“, erklärte Tim Bell, als Managing Director der Werbeagentur Saatchi and Saatchi für die Produktion des Spots zuständig, „my feeling is that this broadcast won her the election“; zit. nach COCKERELL, S. 244.

³⁵⁴ MILLAR, S. 249.

³⁵⁵ THATCHER, Erinnerungen, S. 504.

sick, my God, I will confront them.“³⁵⁶ Die Umfrageergebnisse gaben ihr Recht. Sie zeigten, daß die öffentliche Stimmung vollends gegen die Gewerkschaften umgeschlagen war. „Meanwhile party in grip of mild euphoria“, notierte Hoskyns in seinem Tagebuch. „[I]dea of special relationship between Labour and unions a joke. Union issue is now top of the list.“³⁵⁷ Ende Januar erklärten 80 Prozent der Befragten, sie stimmten mit Thatchers Vorschlägen zur Gewerkschaftsreform überein. Der Popularitätsrückstand der Tories vom Herbst hatte sich in einen Vorsprung von zwanzig Prozent verwandelt.³⁵⁸

Zum Leidwesen der Konservativen hatte Callaghan noch bis zum Herbst Zeit, ehe er die Bürger zu den Urnen rufen mußte. Seine Regierung wollte die Galgenfrist nutzen, um den entstandenen Schaden zu begrenzen. Am 21. Februar akzeptierten die Beschäftigten der Kommunen eine Lohnerhöhung von neun Prozent, die eine unabhängige Kommission unter dem Vorsitz von Professor Hugh Clegg vorgeschlagen hatte. Die Ziffer lag zwar deutlich über den von der Regierung ursprünglich angestrebten fünf Prozent, zugleich aber weit unter den anfänglichen Forderungen der Streikenden. Wenig später erklärten sich Schwestern, Pfleger und anderes Krankenhauspersonal mit einem vergleichbaren Kompromiß einverstanden. Auch die Verhandlungen zwischen Regierung und TUC kamen wieder in Gang und führten am 23. Februar zum sogenannten *Concordat*, einer Art Miniatúrausgabe des *Social Contract*. Darin einigten sich beide Seiten, die Inflationsrate innerhalb von drei Jahren auf unter fünf Prozent zu senken und in jährlichen Wirtschaftsberichten die hierfür notwendigen Zielvorgaben für Lohnerhöhungen festzulegen. Darüber hinaus stimmten die Gewerkschaftsführer freiwilligen Richtlinien zu, die Streikverhalten, Verhandlungsverfahren in Tarifstreitigkeiten und innergewerkschaftliche Organisationsreformen regeln sollten.³⁵⁹ Kaum ein Minister hielt die Übereinkunft langfristig für eine ausreichende Antwort auf die Probleme des Streikwinters. Kurzfristig jedoch beruhigte sie die politische Szene, verschaffte der Regierung eine Atempause und gab der Labour-Partei die Chance, den Vorsprung der Konservativen in den Meinungsumfragen aufzuholen, der bis Ende März auch tatsächlich von zwanzig auf gut zehn Prozent schmolz.³⁶⁰

³⁵⁶ Am 31. Januar 1979 im Jimmy Young Programme auf BBC 2 Radio, zit. nach CAMPBELL, Thatcher, S. 423.

³⁵⁷ Tagebucheintrag vom 18. Januar 1979, in: HOSKYNs, S. 85.

³⁵⁸ Vgl. BUTLER und KAVANAGH, S. 263. Siehe auch COCKERELL, S. 244; THATCHER, Erinnerungen, S. 504.

³⁵⁹ Vgl. TAYLOR, S. 259; HOLMES, Labour Government, S. 141–2.

³⁶⁰ Siehe BUTLER und KAVANAGH, S. 122–3, 167. Auch in der Forschung ist das Concordat

Die Tories mußten deswegen daran interessiert sein, möglichst bald Neuwahlen zu erzwingen. Eine günstige Gelegenheit ergab sich Anfang März auf einem Politikfeld, das nichts mit den Unruhen des Winters zu tun hatte: die Autonomiebestrebungen in Wales und Schottland. Die Callaghan-Regierung war nach dem Ende der Zusammenarbeit mit der Liberalen Partei und einer Reihe von Niederlagen bei Nachwahlen für ihre parlamentarische Mehrheit auf die Stimmen der nordirischen Abgeordneten sowie der schottischen und walisischen Nationalisten angewiesen und hatte sich gezwungen gesehen, Referenda in beiden Ländern abzuhalten, um ihre Devolutionsvorschläge gegen den Widerstand in der eigenen Partei durchzusetzen. Am 1. März scheiterte dieses Vorhaben: Die Abstimmung in Schottland erbrachte zwar eine knappe Mehrheit der abgegebenen Stimmen, aber nicht die erforderlichen vierzig Prozent aller Stimmberechtigten; in Wales wurden die Vorschläge deutlich abgelehnt.³⁶¹ Zwar hielt die walisische Partei *Plaid Cymru* weiterhin zu Labour, die schottischen Nationalisten jedoch signalisierten, daß sie nicht länger vorhatten, die Regierung zu tolerieren. Weil auch die Liberale Partei inzwischen an einem möglichst frühen Wahltermin interessiert war, hing alles von der Entscheidung der nordirischen Abgeordneten ab. Als genügend Zusagen vorlagen, entschieden sich die Tories, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einzubringen. Das Ergebnis, das am Abend des 28. März ermittelt wurde, war denkbar knapp: für den Mißtrauensantrag stimmten 311 Abgeordnete, dagegen 310. Das genügte. Erstmals seit 1924 war wieder eine britische Regierung von der Opposition gestürzt worden.³⁶²

Zum Wahltermin bestimmte Callaghan den 2. Mai 1979 – fünf Wochen nach der Abstimmungsniederlage. Der bevorstehende Wahlkampf würde somit der längste seit 1945 werden. Für die Entscheidung des Premiers gab es zwei Gründe. Pragmatisch ließ sich die lange Frist mit den Osterferien erklären, die den Wahlkampf Mitte April für fünf Tage unterbrechen würden. Callaghans politische Überlegung jedoch ging dahin, daß eine möglichst ausgedehnte Wahlkampagne seine Partei mehr begünstige als die Tories. Der *Winter of Discontent* würde in den Hintergrund rücken, und die Erfolge seiner Regierung bei der Inflationsbekämpfung könnten deutlicher hervortreten. Gleichzeitig setzte er darauf, daß Thatcher in ihrem ersten

ganz überwiegend negativ bewertet worden. Die Urteile reichen von „an orderly retreat“; BUTLER und KAVANAGH, S. 122; über „too little, too late“; TAYLOR, S. 259, bis hin zu „the redrawing of boundaries for the next industrial relations war“; HOLMES, Labour Government, S. 142.

³⁶¹ Vgl. hierzu SKED und COOK, S. 315–8, 325–7.

³⁶² Vgl. BUTLER und KAVANAGH, S. 123–7.

Wahlkampf als Parteichefin eine derart lange Kampagne mental und physisch nicht durchhalten werde, sei es daß ihre Stimme versagte, sie gesundheitlich zusammenbrach oder sich zu einer unbedachten Äußerung hinreißen ließ.³⁶³ „Maggie’s Nerve Is The Target“, titelte der *Observer* am 1. April.³⁶⁴

Callaghan war entschlossen, die Persönlichkeit seiner Kontrahentin zum Dreh- und Angelpunkt seiner Wahlkampfstrategie zu machen.³⁶⁵ Thatcher sollte als unbedarfte und gefährlich radikale Politikerin dargestellt werden, gegen die er selbst sich als erfahrener, moderater Staatsmann umso positiver abhob. Die Zuversicht seiner Wahlkampfberater stützte sich auf Umfrageergebnisse, die seit langem belegten, daß die Wähler Callaghan als Regierungschef der konservativen Parteichefin vorzogen. Im Verlauf des Wahlkampfes vergrößerte der Premierminister seine Zustimmungsrate von 40 auf 44 Prozent, während diejenige Thatchers von 33 auf 25 Prozent sank.³⁶⁶ Eine vom *Economist* Ende April veröffentlichte Umfrage ergab, daß sowohl Thatchers Persönlichkeit als auch ihr Geschlecht Wähler abschreckten. Viele sahen in ihr eine unerfahrene Extremistin, die wenig Gespür für die Sorgen des einfachen Bürgers hatte und diesen von oben herab behandelte.³⁶⁷ Diese Einschätzung versuchte Labour durch eine Wahlkampfstrategie zu verstärken, die weniger die eigenen Leistungen betonte als vielmehr die negativen Auswirkungen einer Regierungsübernahme durch die Tories in düsteren Farben malte.

Die Konservativen reagierten auf Labours Wahlkampfführung mit drei verschiedenen Strategien, die nicht immer reibungslos ineinandergriffen. Thorneycroft und die Parteizentrale setzten ihre Hoffnung darauf, daß sie mit dem größten Vorsprung in den Meinungsumfragen gestartet waren, den jemals eine britische Partei am Beginn eines Wahlkampfes besessen hatte. Ihr Kalkül ging dahin, den Vorsprung ins Ziel zu retten, indem man keine Fehler machte, strittige Themen mied und darauf vertraute, daß Labour diskreditiert sei.³⁶⁸ Die wichtigste Waffe in ihrem Arsenal war die Erinnerung an die Unruhen und Streiks des Winters. Ein Wahlwerbespot der Partei

³⁶³ Vgl. MORGAN, Callaghan, S. 686; BUTLER und KAVANAGH, S. 165.

³⁶⁴ *The Observer*, 1. April 1979. Am 22. April lautete die Schlagzeile in derselben Zeitschrift: „The Search for the Tory Banana Skin“. „The issue is Thatcher“, hieß es im *Economist* am 31. März 1979. „[T]he limelight will fall directly on Mrs Thatcher’s personality as a leader. If unions and the economy are her election issues, she herself is the Labour issue“.

³⁶⁵ Vgl. COCKERELL, S. 246.

³⁶⁶ BUTLER und KAVANAGH, S. 323.

³⁶⁷ *The Economist*, 28. April 1979.

³⁶⁸ Vgl. BUTLER und KAVANAGH, S. 141, 167.

zeigte Bilder von Müll, der sich in den Straßen türmte, Streikposten vor Krankenhäusern, geschlossene Flughäfen, verlassene Bahnsteige und streikende Totengräber. Aus dem Hintergrund ertönte dazu nicht weniger als acht Mal die – von einer an Callaghan erinnernden Stimme vorgetragene – Frage: „Crisis? What Crisis?“³⁶⁹

Callaghans Attacken auf die Spitzenkandidatin versuchte die Parteizentrale zu begegnen, indem sie Thatcher aus der Schußlinie nahm. Man riet ihr, keine heißen Eisen, etwa das Thema der Gewerkschaftsreform, anzufassen, sich auf unkontroverse Stellungnahmen zu beschränken und jeden Verdacht des Extremismus weit von sich zu weisen. „Mr Callaghan tried to frighten you with a picture of Conservatives ,tearing everything up by the roots““, erklärte Thatcher den Wählern. „But we are the party of roots, of tradition.“³⁷⁰ Eine direkte Konfrontation mit dem Premierminister in der Fernsehsendung *Weekend World*, der Callaghan bereits zugestimmt hatte, sollte unter allen Umständen vermieden werden. Thatcher hingegen neigte nach eigenem Bekunden dazu, sich dem Duell zu stellen.³⁷¹ Thorneycroft, Gordon Reece und William Whitelaw glaubten jedoch, ein Verzicht sei weiser. Ihrer Ansicht nach würde ein Showdown der beiden Spitzenkandidaten im Fernsehen den gesamten Wahlkampf dominieren, von den Sachthemen ablenken und auf diese Weise Labours Strategie in die Hände spielen. Zudem war der Ausgang eines Schlagabtausches unberechenbar, und die Konservativen hatten es bei ihrer sicheren Führung in den Umfragen nicht nötig, Risiken einzugehen.³⁷² Am Ende siegte die Vorsicht. Die Politikerin lehnte in einem Schreiben an *Weekend World* ihre Teilnahme mit der Begründung ab, die Wähler sollten über politische Inhalte, nicht über Personen entscheiden.³⁷³

Bestandteil derselben Sicherheitsstrategie war es, die eigenen Versprechen im Wahlmanifest zu begrenzen.³⁷⁴ Konkrete Festlegungen, gerade auch im

³⁶⁹ Vgl. COCKERELL, S. 250; BUTLER und KAVANAGH, S. 222–4. In den Wahlkampfreden konservativer Politiker rangierte das Thema ebenfalls an erster Stelle. Thatcher selbst erklärte in ihrer ersten Fernsehansprache: „We have just had a devastating winter of industrial strife – perhaps the worst in living memory, certainly the worst in mine. We saw the sick refused admission to hospital. We saw people unable to bury their dead. We saw children locked out of their schools. We saw the country virtually at the mercy of secondary pickets and strike committees. And we saw a Government apparently helpless to do anything about it“; am 2. April 1979 als Antwort auf Callaghans Prime Minister’s Ministerial Broadcast vom 29. März 1979: News Service 439/79, S. 2

³⁷⁰ Ebd., S. 4.

³⁷¹ Siehe THATCHER, Erinnerungen, S. 521.

³⁷² Vgl. BUTLER und KAVANAGH, S. 168.

³⁷³ Vgl. COCKERELL, S. 247.

³⁷⁴ Tatsächlich war das konservative Wahlmanifest vom Frühjahr 1979 nur halb so lang wie sein

Hinblick auf eine Lohnpolitik, wurden vermieden, was Healey zu der spöttischen Bemerkung veranlaßte, im Tory-Manifest nach konkreten Politikvorschlägen zu suchen sei ähnlich frustrierend wie im Kohlenkeller nach einer schwarzen Katze zu suchen.³⁷⁵ Joseph als Exponent des marktradikalen Flügels der Konservativen Partei spielte während des Wahlkampfes keine hervorgehobene Rolle. Die Parteizentrale wollte den Eindruck vermeiden, die Tories seien hartherzig und auf eine Konfrontation mit den Gewerkschaften aus.³⁷⁶ Heath dagegen war neben der Parteichefin die zweite Hauptfigur des konservativen Wahlkampfes. Er sprach im ganzen Land und warb für einen Regierungswechsel, wenn er es in seinen Reden auch sorgfältig vermied, Thatchers Namen zu erwähnen. Als in der letzten Woche der Kampagne der Vorsprung der Tories auf fünf Prozentpunkte zusammengeschmolzen war, plante Thorneycroft, seiner Partei durch einen gemeinsamen Auftritt von Thatcher und Heath neuen Schwung zu verleihen, zumal Umfragen ergeben hatten, daß mit Heath als Parteiführer der Vorsprung 18 Prozentpunkte betragen würde. Der Vorschlag scheiterte jedoch am Widerstand Thatchers, die Thorneycrofts Ansinnen wutenbrannt ablehnte.³⁷⁷

Anders als die Parteizentrale wollte Thatchers Medienberater Gordon Reece die Spitzenkandidatin durchaus ins Zentrum der Wahlkampagne rücken, allerdings weniger mit prononcierten politischen Stellungnahmen als mit den „weichen“ Seiten ihrer Persönlichkeit. Er hielt sie an, sich vornehmlich bei alltäglichen Verrichtungen fotografieren und filmen zu lassen: beim Einkaufen, beim Abwasch, beim Nähen oder Staubsaugen. Obwohl die Tory-Chefin in den Meinungsumfragen weit hinter Callaghan zurück-

Vorgänger vom Oktober 1974; Labours Manifest hingegen verdoppelte im selben Zeitraum seinen Umfang. Während die Tories ihre Wahlversprechen von 87 auf 57 zurückstutzten, erhöhte sich die Anzahl bei der Labour-Partei von 72 auf 77; vgl. BUTLER und KAVANAGH, S. 144.

³⁷⁵ Zit. nach ebd., S. 188. In der Passage über „Responsible Pay Bargaining“ hieß es im konservativen Wahlmanifest vage: „There should [...] be more open and informed discussion of the Governemnt's economic objectives (as happens, for example, in Germany and other countries) so that there is wider understanding of the consequences of unrealistic bargaining and industrial action. Pay bargaining in the private sector should be left to the companies and workers concerned. At the end of the day, no one should or can protect them from the results of the agreements they make“; CRAIG, Manifestos, S. 271.

³⁷⁶ In der umfangreichen Wahlanalyse des Nuffield College taucht sein Name im Zusammenhang mit dem Wahlkampf nur an zwei Stellen auf – jeweils mit dem bezeichnenden Zusatz: „[he was] carefully kept off the central stage“ bzw. „[he was] conspicuous by his absence“; BUTLER und KAVANAGH, S. 178, 332.

³⁷⁷ Vgl. THATCHER, Erinnerungen, S. 535; BUTLER und KAVANAGH, S. 192, 323. Zu Heaths Rolle im Wahlkampf siehe HEATH, Course, S. 572–3.

lag, versuchte Reece, die Kampagne zu personalisieren. Er wollte zeigen, daß Thatcher keineswegs die mitleidlose, arrogante und unsympathische Person war, für die viele sie hielten. Dabei setzte er vor allem auf das Privatfernsehen und die Massenblätter *Sun* und *Daily Mirror*. Von Reece in Auftrag gegebene Umfragen hatten ergeben, daß diese Medien vor allem jene Gruppe liberaler und Labour-Wähler beeinflussten, die von den Konservativen abgeworben werden mußten, wollten sie die Wahl gewinnen.³⁷⁸ Um den gewünschten Effekt zu erzielen, führte Reece die aus den USA übernommene Idee des Fototermins in den Wahlkampf ein. Die Spitzenkandidatin posierte in einem unpolitischen, aber telegenen Umfeld und gab Pressefotografen und Kameralenten Gelegenheit, sie von ihrer „sympathischsten“ Seite zu präsentieren. Sie nähte in einer Kleiderfabrik Taschen an Overalls an, ließ sich gemeinsam mit ihrem Ehemann Herz und Lunge testen, posierte in einer Süßwarenfabrik. Der Belegschaft einer Teefabrik vertraute sie an, sie finde Teebeutel praktisch; und in einem Werk, das Besen herstellte, verkündete sie, neue Besenkehrten gut. Besonders glücklich war Reece über Thatchers Besuch bei einem Bauern, auf dessen Hof sie fünfzehn Minuten lang ein neugeborenes Kalb streichelte, bis auch der letzte Fotograf sein Bild gemacht hatte. Denis Thatcher betrachtete den unbeholfenen Umgang seiner Frau mit dem Tier amüsiert und murmelte: „Wenn wir nicht aufpassen, haben wir ein totes Kalb am Hals.“³⁷⁹

Thatcher erwies sich als gelehrige Schülerin und zunehmend auch als begabte Selbstdarstellerin. Dennoch behagte ihr der defensive Charakter des Wahlkampfes und die Beschränkung auf reine Imagepflege nicht. Sie wollte angreifen und war überzeugt, „daß wir kühn und klar ansprechen mußten, was falsch gewesen war“.³⁸⁰ Zur Wahlkampföffnung hatte sie erklärt: „We are at the Spring of the year, the traditional season of hope and new beginnings. I think we all know in our hearts it's time for a change.“³⁸¹ Es widerstrebte ihr, bei der bloßen Leerformel stehenzubleiben. Zumindest auf dem Gebiet der Gewerkschaftsreform wollte sie die Forderung nach einem Politikwechsel mit Inhalt füllen. Der Manifestentwurf vom Sommer 1978 müsse „angesichts der jüngsten Ereignisse und unserer eigenen, sehr viel handfesteren Gewerkschaftspolitik radikal umgeschrieben werden“, hatte sie schon im Winter Maude und Patten, den Autoren des Entwurfs, mit-

³⁷⁸ Vgl. hierzu COCKERELL, S. 247–8; BUTLER und KAVANAGH, S. 138–40, 172.

³⁷⁹ THATCHER, Erinnerungen, S. 525–541 (S. 528). Vgl. auch COCKERELL, S. 248–9.

³⁸⁰ THATCHER, Erinnerungen, S. 517.

³⁸¹ Am 2. April 1979 als Antwort auf Callaghans Prime Minister's Ministerial Broadcast vom 29. März 1979: News Service 439/79, S. 5.

geteilt.³⁸² Die weitgehend von Priors Vorstellungen geprägten Passagen des Entwurfs, die sich mit der konservativen Einstellung zu den Gewerkschaften befaßten, waren nach Ansicht der Politikerin durch die Ereignisse des Winters obsolet geworden. Das Bekenntnis, man sei „even-handed in our approach to industrial problems“, erschien ihr nach dem Streikwinter ebenso unzureichend wie die Versicherung, die Tories „[would] not undertake any sweeping changes in the law of industrial relations“, oder das Versprechen, „[to] seek to promote an era of continuity and constructive reform“. Statt dessen hieß es im überarbeiteten Wahlmanifest, die Regierung habe zwischen 1974 und 1976 eine Gewerkschaftsgesetzgebung durchgesetzt, „[which] tilted the balance of power in bargaining throughout industry away from management and towards unions, and sometimes towards unofficial groups of workers acting in defiance of their official union leadership“. Während Labour behauptete, Gesetzesänderungen würden das Klima zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Lande nicht verbessern, seien die Tories vom Gegenteil überzeugt. Konkret sprach sich das Manifest für Gesetzesänderungen hinsichtlich des *closed shop* sowie der Zulässigkeit betriebsfremder Streikposten aus und versprach, geheime Abstimmungen innerhalb einer Gewerkschaft würden künftig aus staatlichen Mitteln finanziert.³⁸³

Stärker als es der Parteizentrale lieb war, sprach sich Thatcher in ihren Wahlkampfreden für einen politischen Neuanfang und die Abkehr von der Vergangenheit aus, wobei sie andeutete, daß sie damit nicht nur die vier Jahre der Labour-Regierung, sondern auch die konservative Nachkriegspolitik meinte. „[I]f you’ve got a message, preach it“, rief sie auf einer Wahlkampfkundgebung in Cardiff.

I am a „conviction“ politician. The Old Testament prophets didn’t say „Brothers, I want consensus“. They said: „This is my faith and vision. This is what I passionately believe. If you believe it too, then come with me.“ Tonight I say to you just that. Away with the recent bleak and dismal past. Away with defeatism: Under the twin banners, choice and freedom, a new and exciting future beckons the British people.³⁸⁴

Thornycroft und seine Mitarbeiter in der Parteizentrale fühlten sich durch derartige Äußerungen alarmiert. Sie fürchteten, Thatcher spiele damit Callaghan in die Hände, indem sie es ihm erleichtere, sie als gefährliche, radikale „Überzeugungstäterin“ hinzustellen. Eigenhändig strich Thornycroft

³⁸² Zit. nach THATCHER, Erinnerungen, S. 512.

³⁸³ CRAIG, Manifestos, S. 270–1.

³⁸⁴ Am 16. April 1979 in der Stadthalle von Cardiff: News Service GE 542/79, S. 11–2.

einen besonders gewerkschaftskritischen Absatz aus einer von Paul Johnson verfaßten Rede, die Thatcher am 19. April in Birmingham hielt, und erklärte, in Zukunft werde er selbst an den Reden der Parteichefin mit-schreiben.³⁸⁵

Auf diese Weise sorgte er dafür, daß seine Parteichefin bis zum Ende des Wahlkampfes kaum noch Ausflüge auf das Feld der „conviction politics“ unternahm. Statt dessen beschränkte sie sich weitgehend auf die Kritik am britischen Niedergang und das Versprechen eines Neuanfangs unter ihrer Führung. „Unless we change our way and direction“, warnte sie, „our greatness will soon be a footnote in the history books, a distant memory of an offshore island, lost in the mists of time like Camelot, remembered kindly for its noble past.“³⁸⁶ Thatcher beharrte darauf, die Malaise ihres Landes sei nicht unvermeidlich, sondern auf bestimmte Fehler und Fehlentwicklungen in der Vergangenheit zurückzuführen, die man in die Zukunft korrigieren müsse. „Somewhere ahead lies greatness for our country again“, beschwor sie ihre Landsleute in ihrem letzten Wahlwerbespot. Statt radikale Reformvorschläge zu machen, appellierte sie an das Sicherheitsbedürfnis ihrer Landsleute. „Let us make this a country safe to work in. Let us make this a country safe to walk in. Let us make this a country safe to grow up in. Let us make it a country safe to grow old in. And it says, above all, may this land of ours, which we love so much, find dignity and greatness and peace again.“³⁸⁷

Die bewußt traditionalistische Rhetorik, die Thatcher gegen Ende der Kampagne benutzte, konnte nicht verschleiern, wie außergewöhnlich der Wahlkampf von 1979 war. Zum ersten Mal in der britischen Geschichte hatten Labour und Tories, Linke und Rechte die Rollen getauscht. Die Konservativen präsentierten sich als Reformpartei, die versprach, die bestehenden Verhältnisse radikal umzuwandeln. Labour hingegen, die klassische Partei von Fortschritt und Veränderung, stellte sich als Beharrungskraft dar, die für den Erhalt des Status quo, die Sicherung des Erreichten, die Garantie von Besitzständen eintrat. „The party of change and reform has become the party of benevolent immobilism“, schrieb der *Guardian*. „The party of resistance to change has sought to become the party of (at least rhetorical) revolution.“³⁸⁸ Zwei Karikaturen brachten den Rollentausch auf den Punkt.

³⁸⁵ Für die gereinigte Fassung der Rede vom 19. April 1979 in der Stadthalle von Birmingham siehe: News Service GE 601/79. Vgl. auch THATCHER, Erinnerungen, S. 526–9.

³⁸⁶ Zit. nach JUNOR, Thatcher, S. 125–6.

³⁸⁷ Am 30. April 1979 in einem Fernsehwahlwerbespot: News Service GE 786/79, S. 3.

³⁸⁸ Zit. nach BUTLER und KAVANAGH, S. 246.

Am 8. April erschien im *Sunday Mirror* eine Zeichnung, auf der Premierminister Callaghan zu sehen war, der sich auf einen Parteitag der Konservativen eingeschlichen hatte. Listig hinter einem Vorhang hervorschauend, präsentierte er den Delegierten sein Wahlprogramm. Darunter stand: „If you must have a Conservative Prime Minister, I'm your man.“³⁸⁹ Zehn Tage später brachte der *Daily Express* eine Karikatur, die Margaret Thatcher zeigte, wie sie mit großem Schwung in den Vorgarten der Labour-Partei stürmte, in der Hand eine Fahne, auf der zu lesen war: „Let Me Set You Free! Workers of the World unite! You've nothing to lose but your chains!“³⁹⁰

Der Rollentausch entsprach dem Selbstgefühl der Protagonisten auf beiden Seiten. Gegen Ende des Wahlkampfes entgegnete Callaghan einem Berater, der ihn auf die ermutigenden Umfrageergebnisse seiner Partei in den vergangenen Tagen hinwies: „I should not be too sure. You know there are times, perhaps once every thirty years, when there is a sea-change in politics. It then does not matter what the public wants and what it approves of. I suspect there is now such a sea-change – and it is for Mrs Thatcher.“³⁹¹ Kurz darauf erklärte die Tory-Chefin in ihrer letzten Wahlkampfreden: „I have heard no one deny that we are right to try and redress the balance because, except for those who are blinded by prejudice, most people see that the old era is ended and a new one is indeed beginning. Victor Hugo said that ,there is one thing stronger than armies and that is an idea whose time has come‘.“³⁹²

Tatsächlich war Thatchers große Stunde gekommen: Am 3. Mai gingen die britischen Konservativen mit 43,9 Prozent der Stimmen als stärkste Partei aus den Unterhauswahlen hervor. Sie erhielten 339 Mandate. Labour stellte künftig 268 Abgeordnete. Die Tories hatten gegenüber der Wahl vom Oktober 1974 drei Millionen Wähler hinzugewonnen und damit ihren Anteil um sieben Prozent vergrößert. Der Umschwung zu ihren Gunsten – 5,1 Prozent – war der größte, den bis dahin irgendeine Partei in Großbritannien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht hatte.³⁹³

Am Nachmittag des 4. Mai wurde Thatcher in den Buckingham-Palast zum Antrittsbesuch bei der Königin gebeten. Danach fuhr sie im Dienstwagen des Premierministers zu ihrem neuen Amtssitz. In der Downing

³⁸⁹ *Sunday Mirror*, 8. April 1979.

³⁹⁰ *Daily Express*, 18. April 1979.

³⁹¹ DONOUGHUE, S. 190.

³⁹² Am 1. Mai 1979 auf der Abschlussskundgebung in der Stadthalle von Bolton: News Service GE 800/79, S. 16–7.

³⁹³ Siehe BUTLER und KAVANAGH, S. 339.

Street angekommen, zitierte sie vor der wartenden Menge von Reportern und Kamaleuten ein Gebet des heiligen Franz von Assisi. Es beginnt mit den Worten: „Mögen wir Eintracht bringen, wo Zwietracht herrscht.“ Im Rückblick ist die harmonische Verheißung, die in diesem Satz anklingt, oft mit Spott bedacht worden. Doch wer die neue Premierministerin zu Ende hörte, konnte sicher sein, daß hier keine Konsenspolitikerin sprach, sondern eine Überzeugungstäterin. Sie fuhr fort: „Mögen wir Wahrheit bringen, wo Irrtum herrscht. Und mögen wir Hoffnung bringen, wo die Verzweiflung regiert.“³⁹⁴ Das Zeitalter des Konsenses in Großbritannien war vorüber. Ein Jahrzehnt des Konflikts hatte begonnen.

³⁹⁴ THATCHER, Downing Street, S. 42.